

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Ulrich Mählert

„Die gesamte junge Generation
für den Sozialismus begeistern“

Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend

Rainer Karlsch

„Ein Staat im Staate“

Der Uranbergbau der Wismut AG
in Sachsen und Thüringen

Burghard Ciesla

Der Spezialistentransfer in die UdSSR
und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR

André Steiner

Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus

Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung
der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947

B 49–50/93

3. Dezember 1993

Ulrich Mählert, M.A., geb. 1968; Doktorand am Arbeitsbereich IV – DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Die Instrumentalisierung des Antifaschismus-Begriffes durch die SED, in: Geschichte – Erziehung – Politik, 4 (1993) 7–8; „Bürgerlich-demokratische“ Jugendarbeit in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948, in: Helga Gotschlich (Hrsg.), „Links und links und Schritt gehalten“. FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen (i. E.); Expertise „Jugendpolitik und Jugendleben 1945–1961“ in der DDR im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, Veröffentlichung voraussichtlich 1994.

Rainer Karlsch, Dr. oec., geb. 1957; Studium der Wirtschaftswissenschaften in Berlin; wissenschaftlicher Mitarbeiter der Historischen Kommission zu Berlin. Der vorliegende Aufsatz entstand im Rahmen eines Forschungsvorhabens, das von der Stiftung Volkswagenwerk finanziell unterstützt wird.

Veröffentlichungen u. a.: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993; Von Agfa zu Orwo. Die Folgen der deutschen Teilung für die Filmfabrik Wolfen, Berlin 1992.

Burghard Ciesla, Dr. oec., geb. 1958; Studium der Geschichtswissenschaften in Berlin; Stipendiat am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Johannes Vogler. Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb. Aufzeichnungen eines Unternehmers der sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, München 1992; Die Entwicklung der Fischindustrie in der SBZ/DDR nach 1945, in: Unternehmen zwischen Markt und Macht, Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 1, Essen 1992; Das „Project Paperclip“ – deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946–1952), in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, hrsg. von Jürgen Kocka, Band 1 (i. E.).

André Steiner, Dr. oec., geb. 1959; Studium der Wirtschaftsgeschichte in Berlin; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen zu Fragen der Wirtschaftsgeschichte der DDR.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

„Die gesamte junge Generation für den Sozialismus begeistern“ Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend

I. Propaganda und Militanz – organisierte Jugend im Gleichschritt

Unter dem „stürmischen Beifall“ und den „lebhaften Hochrufen“ von über 2900 Delegierten und Gästen eröffnete Erich Honecker am 27. Mai 1952 das IV. Parlament der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Die Stimmung der einheitlich im blauen Hemd gekleideten Jugendfunktionäre in der mit Fahnen und Losungen geschmückten Leipziger Messehalle vermittelt das Protokoll der Konferenz: „Im Chor wurden Bravo- und Hurrarufe ausgebracht. Minutenlang und begeistert riefen die Delegierten unter rhythmischem Klatschen: Stalin! – Pieck! – Stalin! – Pieck! Als ein rotes Banner des ruhmreichen Lenin-Stalinschen Komsomol vor das Rednerpult gebracht wird, schwillt der tosende Beifall zu einem mächtigen Orkan an. Die große Halle, in der die Kampfberatung der deutschen Jugend stattfindet, ist minutenlang von stürmischem Jubel und Beifallklatschen erfüllt. Unzählige ‚Komsomol!‘-Rufe dröhnen durch den Tagungsraum. ‚Es lebe der beste Freund des deutschen Volkes und der deutschen Jugend, der große Stalin! Hurra!‘“¹

Am Nachmittag des dritten Tages stellten die Regisseure des Politspektakels im Anschluß an die Rede des SED-Generalsekretärs Ulbricht ihr Können erneut unter Beweis. Ulbricht hatte die Stimmung unter den Delegierten nach Kräften angeheizt. Er griff die Adenauer-Regierung wegen der zwei Tage zuvor erfolgten Unterzeichnung des „Generalkriegsvertrages“ – so lautete die Bezeichnung für den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der SED-Propaganda – scharf an und sprach „den Wunsch aus, daß aus der

Freien Deutschen Jugend recht viele Jugendliche hervorgehen, die die Auszeichnung als tüchtige Scharfschützen erhalten werden“².

Als die Delegierten, aufgeputscht durch die Rede, Louis Fünbergs Lied „Die Partei, die Partei die hat immer recht“ sangen, richtete sich ein riesiger Scheinwerfer auf den Eingang des Saales. „Im Schein der Strahlenbündel marschierten festen Schrittes Einheiten der Volkspolizei und der Deutschen Seepolizei in die Tagungshalle. ‚Es lebe unsere Volkspolizei!‘ hallte es immer wieder durch den Raum. Im Karree nehmen sie vor dem Präsidium Aufstellung, die entschlossenen Gesichter den 2900 Delegierten zugewandt“, so schilderte es anderntags das Zentralorgan der FDJ, die „Junge Welt“³. „Spontan“ beantragte der 1. Sekretär der FDJ Sachsen-Anhalt angesichts „dieser gewaltigen Manifestation der Freundschaft der deutschen Jugend zu unserer Volkspolizei“ unter „nicht enden wollenden Beifallsstürmen“ die „Übernahme der Patenschaft über die deutsche Volkspolizei durch die Freie Deutsche Jugend“⁴, was die Delegierten per Akklamation sofort beschlossen.

Als Heinz Lippmann am Abend des 30. Mai das Parlament schloß, konnten die Organisatoren mit dem Verlauf mehr als zufrieden sein. Erich Honecker war einstimmig zum Vorsitzenden der FDJ wiedergewählt worden, und die Delegierten hatten programmgemäß die Abänderung der erst 1949 neu gefaßten Verfassung des Jugendverbandes verabschiedet. In ihr bekräftigte die FDJ, sie gehöre ins „Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, an dessen Spitze die große Sozialistische Sowjetunion steht“, und anerkenne „die führende Rolle der Arbeiterklasse und der großen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“⁵.

Gekürzter Vorabdruck eines Beitrags zu Jürgen Weber (Hrsg.), Neues über eine vergangene Diktatur – Der SED-Staat (Akademiebeiträge zur Politischen Bildung, Band 27), München, Olzog-Verlag 1994.

1 IV. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Messehalle Leipzig vom 27. bis 30. Mai 1952, Berlin (Ost) o. J., S. 80ff.

2 Ebd., S. 236f.

3 Junge Welt vom 30. Mai 1952.

4 IV. Parlament (Anm. 1), S. 245f.

5 Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend. Nach den vom IV. Parlament der Freien Deutschen Jugend Pfingsten 1952 in Leipzig einstimmig angenommenen Abänderungen und Ergänzungen, Berlin (Ost) 1952, S. 11f.

II. Die FDJ im Stalinismus

Drei Jahre nach Gründung der DDR stand der Stalinismus im ostdeutschen Teilstaat in voller Blüte. Unter dem Schutz der sowjetischen „Brudermacht“ war es der SED gelungen, die Hegemonie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu erringen. Offener Widerspruch war verstummt, die anderen Parteien und Organisationen hatten sich ihrem Führungsanspruch unterworfen. Im Glauben an die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft versuchte die Einheitspartei – ähnlich wie die Bolschewisten in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren –, die strukturellen Defizite der durch Krieg und Reparationen geschwächten Volkswirtschaft im Zuge des 1951 angelaufenen Fünfjahresplans mit einer Gewaltanstrengung zu überwinden: Binnen fünf Jahren sollte die Industrieproduktion nahezu verdoppelt und in der DDR eine leistungsfähige Schwerindustrie aufgebaut werden.

Dies ging zwangsläufig zu Lasten der Konsumgüterproduktion. Der Lebensstandard stagnierte auf ohnehin niedrigem Niveau. Die Partei- und Staatsführung vertröstete die Bevölkerung auf ein besseres Morgen, auf die Zeit des Sozialismus, dessen Aufbau die SED auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 proklamiert hatte. Entsprechend dem sowjetischen Vorbild sollten Massenkundgebungen und Kampagnen die Bevölkerung zu stärkeren Wirtschaftsleistungen anspornen. Im Zeichen des Stalin-Kultes kam es zwischen 1950 und 1952 zu einer massiven Ideologisierung des Alltags und der politischen Kultur. Innerhalb und außerhalb der SED erzeugten Säuberungen, Agenten- und Sabotagehysterie ein Klima des „verschärften Klassenkampfes“, eine Polarisierung im Sinne von „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“.

Dementsprechend hatte sich auch das Profil der FDJ, der einzigen in der DDR zugelassenen Jugendorganisation, gänzlich geändert. Auf dem ersten Parlament 1946 hatte Honecker unter dem „stürmischen Beifall“ der Delegierten erklärt, die Mitglieder und Funktionäre der FDJ hätten „die Verpflichtung, den überparteilichen Charakter unserer Organisation wie unseren eigenen Augapfel zu hüten“⁶. Die FDJ sollte „die politische Aufgeschlossenheit und jugendliche Kampfbereitschaft, die sich von den Burschenschaften bis zum kommunistischen Jugendverband erhalten hat, mit

dem naturverbundenen Leben der Wandervogelgruppen und der christlichen Toleranz der konfessionellen Verbände [Quickborn] zu einer einheitlichen, freien, die gesamtdeutsche Jugend umfassenden Jugendorganisation“ verbinden⁷.

Innerhalb weniger Jahre hatte der Jugendverband eine Transformation zu einer von der SED gelenkten Massenorganisation durchlaufen. Die Arbeit der FDJ wies bereits zu Beginn der fünfziger Jahre alle Wesensmerkmale auf, die für sie in den folgenden nahezu vier Jahrzehnten bestimmend sein sollten: Sie hatte die Jugend zu konformen Staatsbürgern zu erziehen, ideologisch im Sinne des Marxismus-Leninismus zu schulen und als Kaderreserve Nachwuchs für Partei, Staat und Gesellschaft heranzubilden. Ferner galt es, die Heranwachsenden zu verstärkten Anstrengungen in Ausbildung und Beruf zu motivieren, dementsprechend auf außerhalb des Verbandes stehende Jugendliche in anderen Erziehungsinstanzen, etwa in Schulen und Hochschulen und dem im Aufbau befindlichen Militär, einzuwirken sowie eine systemkonforme Freizeitgestaltung zu organisieren. Idealerweise sollte die FDJ die SED zudem über die Interessen und Bedürfnisse „der“ Jugend informieren⁸.

Schon 1950 schien die Monopoljugendorganisation zu einem mächtigen Millionenverband herangewachsen zu sein, der als zuverlässiger Transmissionsriemen die Politik der führenden Partei innerhalb der Jugend durchzusetzen verstand. Im Juni 1950 gehörten 1 200 856 oder 38,5 Prozent aller Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren der FDJ an. Ein weiteres Wachstum war vorprogrammiert, lag doch der Organisationsgrad der 14- bis 21jährigen bei 46 Prozent⁹.

Hatten FDJ-Führung und SED anfangs zumindest verbal auf die „Überparteilichkeit“ der FDJ insistiert, brachte das III. Parlament des Jugendverbandes im Juni 1949 auch formell die Abkehr von diesem von der Realität längst überholten Postulat. In ihrer neuen „Verfassung“ definierte sich die FDJ als „einheitliche, unabhängige, demokratische Organisation“, die – vier Monate vor Gründung der DDR – „entschieden für die Festigung und Entwicklung der neuen demokratischen Ord-

7 Edith Baumann, Die Geschichte der Deutschen Jugendbewegung, Berlin 1947, S. 32.

8 Vgl. DDR-Handbuch, wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmermann unter Mitarbeit von Horst Ulrich und Michael Fehlauer, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Band 1 A-L, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985, S. 451–459.

9 Vgl. Jugendarchiv, Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, A 2.400 (künftig zitiert als: JA, IZJ). Der überwiegende Teil der Akten des Jugendarchivs ist nicht paginiert.

6 Erstes Parlament der Freien Deutschen Jugend Brandenburg an der Havel, Pflingsten 1946, Berlin o. J., S. 52.

nung im Osten Deutschlands“ kämpft. Noch fehlte das Bekenntnis zur führenden Rolle der SED, doch erklärte die FDJ es zur Pflicht eines jeden Mitglieds, „ein aktiver Kämpfer für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, gegen Kriegshetze, Imperialismus und Faschismus zu sein und stets für den Sieg der fortschrittlichen Sache des Volkes einzutreten“¹⁰.

Zugleich wurde das für kommunistische Organisationen konstitutive Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ auf die FDJ übertragen: „Leitende Grundsätze für den organisatorischen Aufbau der Freien Deutschen Jugend sind: . . . c) Disziplin und Einordnung der Minderheit unter die Mehrheit; d) die Beschlüsse der jeweils übergeordneten Leitungen sind für alle Organisationseinheiten und die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend bindend.“¹¹

Anders als im Statut von 1946 waren der freiwillige Austritt aus der FDJ 1949 überhaupt nicht, dafür die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber unbotmäßigen Mitgliedern um so detaillierter geregelt. Wahlen hatten nun in „offener“ Form stattzufinden, und die Kandidaten für die Sekretariate der jeweiligen Leitungsebene, die die eigentlichen Entscheidungsgremien innerhalb der FDJ darstellten, bedurften bereits der Bestätigung durch die übergeordnete Führung¹².

Damit sicherte die SED ihre Hegemonie im Funktionskörper der FDJ, die seit Gründung des Verbandes bestand, auch statuarisch ab. Alle Mitglieder des vom Zentralrat im Anschluß an das III. Parlament im Juni gewählten Sekretariats waren Mitglieder der SED¹³; ebenso 28 Prozent aller im Frühjahr 1949 gewählten Funktionäre. Lediglich zwei Prozent gehörten „bürgerlichen Parteien“ an. Bei den Kreisvorständen der FDJ unterstanden 72 Prozent der Funktionäre der Parteidisziplin der SED, 22 Prozent hatten kein Parteibuch, die wenigen restlichen Prozent verteilten sich auf CDU, Liberal-Demokratische Partei (LDP) und auf die 1948 von der SED ins Leben gerufenen Nationaldemokraten (NDPD) sowie Mitglieder der Bauernpartei (DBD)¹⁴.

10 Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend, hrsg. vom ZR der FDJ, Berlin o. J., S. 19.

11 Ebd., S. 26f.

12 Vgl. ebd., S. 16ff.; Erstes Parlament (Anm. 6), S. 199, 203.

13 Vgl. Hermann Weber, Freie Deutsche Jugend (FDJ); in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 681.

14 Vgl. JA, IzJ, A 359.

III. Kaderreserve der Partei

Zwei Monate vor Gründung der DDR gab Walter Ulbricht am 2. August 1949 in einer Arbeitsbesprechung mit der Personal-Politischen Abteilung (PPA) der SED die Direktiven für die künftige Kaderarbeit, die sich auch auf die FDJ auswirken sollten: „Die Hauptaufgabe, von der jetzt alles abgeleitet wird, ist: ‚Wie leitet die Partei den Staatsapparat‘.“¹⁵ Für den Aufbau ihres Staates benötigte die SED eine Vielzahl von zuverlässigen Kadern, um die Vormachtstellung in allen Bereichen gewährleisten zu können. Die FDJ mußte dafür als Kaderreservoir dienen. Schon im Rechenschaftsbericht des Zentralrates vor den Delegierten des III. Parlaments hatte Erich Honecker stolz verkünden können, daß aus der FDJ seit Frühjahr 1948 „über 3000 bewährte Funktionäre unseres Verbandes, vom Gruppenleiter bis zum Mitglied des Zentralrates, in verantwortliche Funktionen in Parteien, Gewerkschaften und staatlichen Verwaltungen aufgerückt“ seien¹⁶.

Die personalpolitische Arbeit war jedoch unsystematisch und nur bedingt erfolgreich, wie auf einer Besprechung mit Vertretern der FDJ-Landesverbände eingeräumt wurde. Während die Werbung für die Volkspolizei auf großen Zuspruch bei den FDJlern stieß, hätten sich zwar auch ausreichend viele Jugendliche als „Zugbegleitpersonal für die Züge ins Ausland“ gemeldet, aber „leider nicht die jungen Menschen . . ., die auch die politische Qualifikation“ dafür besäßen. Schwierigkeiten bereitete auch die Werbung für den Besuch der „Arbeiter- und Bauern-Fakultäten“, die Jugendliche ohne Hochschulreife aus diesen Schichten für ein Studium qualifizieren sollten: „Arbeiter- und Bauern-Kinder sind nur schwer zu bewegen, sich zum Studium zu melden . . . Als Aktivisten verdienen diese jungen Menschen viel Geld und genießen Ansehen, während sie als Studenten vor jahrelangen Entbehrungen stehen.“¹⁷ Die zum Teil geringe Allgemeinbildung der eigenen Funktionäre hatte die Arbeit zudem nicht erleichtert: „Von den 55 Plätzen auf der Landesjugendschule werden 45 von hauptamtlichen Funktionären der FDJ eingenommen“, so wurde auf der Besprechung geklagt.

15 Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv, IV 2/16/96, Bl. 4 (künftig zitiert als: SAPMO, BArch. – ZPA).

16 III. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Leipzig, vom 1. bis 5. Juni 1949, Berlin o. J. (1952), S. 43f.

17 SAPMO, BArch. – ZPA, IV 2/16/96, Bl. 2.

„Diese jungen Menschen erklären in Aufsätzen oder beim Unterricht Rostock zur Hauptstadt von England, Japan zur Volksdemokratie und Jendretzki und Schumacher zu Vorsitzenden des FDGB usw.“¹⁸

Im März 1950 wurde auch die personalpolitische Arbeit der FDJ der kommunistischen Organisationspraxis angepaßt. Die Personalpolitischen Abteilungen hießen von nun an „Kaderabteilungen“, die für die „Koordination und operative Lenkung der Kaderpolitik und für die Überprüfung und unmittelbare Entwicklung der in die Nomenklatur fallenden Funktionäre verantwortlich“ zeichneten¹⁹. Die „Nomenklatur für die Bestätigung von Funktionären durch das Sekretariat und die Kaderabteilung des Zentralrates“ vom August 1950 erfaßte von den FDJ-Volkskammerabgeordneten über die Mitglieder der Leitung des Deutschen Sportausschusses, von der Redaktionssekretärin der „Jungen Welt“, den Mitgliedern der FDJ-Landesleitungen, den Vorsitzenden der FDJ-Hochschulgruppen bis hin zu den FDJ-Kreisvorsitzenden und den Kreissekretären insgesamt rund 150 Nomenklaturpositionen²⁰.

Mit dem Ausbau der Planwirtschaft rückten immer stärker ökonomische Aufgaben ins Zentrum der FDJ-Arbeit. Bereits auf ihrem Jungaktivistenkongreß im Frühjahr 1948 in Zeitz hatte sich die FDJ angesichts des Zweijahrplans verpflichtet, die Jugend in den Betrieben zur kollektiven Mehrarbeit anzuspornen. Nach Gründung der DDR wurde die Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte für den 1951 beginnenden ersten Fünfjahrplan mit seinen weitgesteckten Zielen zu einem zentralen Anliegen der SED-Politik. Es galt nicht nur die Lebensfähigkeit des ostdeutschen Teilstaates, sondern die Überlegenheit des sozialistischen Systems an sich zu beweisen.

Entsprechend dem Vorbild der SED berief die FDJ im November 1950 eine in den Statuten nicht vorgesehene „I. Funktionärskonferenz“ ein. Dort gab der im Juli zum Generalsekretär der SED gekürte Walter Ulbricht die Direktiven für die künftige Verbandsarbeit aus: „Lernt Wissenschaft und Technik meistern, damit ihr imstande seid, die Höchstleistungen der Produktion, die höchste Qualität der Arbeit zu erreichen und als künftige

Meister, als Leiter von Betrieben, als Agronomen, als Staatsfunktionäre eure Aufgaben zu erfüllen.“²¹

IV. Im Zeichen des Personenkults

Zugleich erfolgte auf der Funktionärskonferenz offiziell die ideologische Neuorientierung des Jugendverbandes: „Die Freie Deutsche Jugend kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands anerkennt“, so Walter Ulbricht in seinem Referat. Es gelte nun, der jungen Generation „die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin zu übermitteln“²². Diese „Anregung“ nahm die FDJ in ihre Entschließung bereitwillig auf²³.

In der FDJ kam damit jedoch lediglich eine Entwicklung zum Abschluß, die bereits 1948/49 eingesetzt hatte. Die Ideologisierung des Jugendverbandes im Sinne des Marxismus-Leninismus (ML) erfolgte maßgeblich durch die Übernahme des Stalin-Kultes, der in den ausgehenden vierziger und beginnenden fünfziger Jahren die politische Propaganda in der DDR gekennzeichnet hatte. Wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus bot die SED der deutschen Bevölkerung eine neue, diesmal marxistisch-leninistische Heilslehre und mit Stalin eine übermenschliche Führerfigur zur Identifikation und Unterordnung an. Im Sommer 1949 begann die FDJ-Führung, die Verherrlichung Stalins systematisch vorzubereiten. Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Stalin-Kult Anfang Juni 1950. Als Antwort eines telegrafischen „Grußes“ der 500 000 „jungen Friedenskämpfer“ an Stalin, die Ende Mai auf Einladung der FDJ am ersten „Deutschlandtreffen der Jugend“ in Berlin teilgenommen hatten, sandte der Generalissimus eine zwei Sätze umfassende Antwort an den Zentralrat (ZR): „Ich danke für die Grüße der jungen deutschen Friedenskämpfer, Teilnehmer an dem gesamtdeutschen Treffen. Ich wünsche der deutschen Jugend, dem aktiven Erbauer des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands, neue Erfolge bei diesem großen Werk.“²⁴ Daraufhin beschloß die FDJ-Führung eine angesichts der spärlichen Aussagekraft

18 Ebd.

19 Beschluß der Sitzung des Sekretariats des ZR vom 9. März 1950, JA, IZJ, A 2.395.

20 JA, IZJ, A 2.400. Die Zahl der Funktionäre, die vom ZR-Sekretariat bestätigt werden mußten, war natürlich beträchtlich höher. So waren im Frühjahr 1950 in den 159 Kreisverbänden der FDJ allein 1431 Sekretäre zu bestimmen, JA, IZJ, A 359.

21 Walter Ulbricht, An die Jugend, Berlin (Ost) 1954, S. 270.

22 Ebd., S. 265.

23 Vgl. Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, zweiter Band, Berlin (Ost) 1960, S. 160.

24 Junge Welt vom 6. Juni 1950.

des Telegramms absurd anmutende Propagandakampagne: In einer Auflage von 800 000 Exemplaren überschwemmte eine Sondernummer der „Jungen Welt“, auf deren Titelseite ein Bildnis Stalins prangte, die Republik. 300 000 Plakate sowie 100 000 Wandzeitungen, Rundfunk und Presse sollten von diesem denkwürdigen Telegramm berichten²⁵.

Der Stalin-Kult wurde zu einem Vehikel, durch das die SED- und FDJ-Führung den Jugendverband organisatorisch und inhaltlich am Beispiel des sowjetischen Komsomol ausrichteten. Zwischen Ende 1949 und Anfang 1951 reisten Pionierleiter- und FDJ-Delegationen, eine Gruppe von Hochschulfunktionären, Redakteure der „Jungen Welt“, Sportfunktionäre und Bergarbeiterjugendliche in die Sowjetunion, um dort die überlegenen Methoden der Verbandsarbeit des Komsomol zu studieren. In hoher Auflage verbreitete der FDJ-Verlag „Neues Leben“ Bücher und Broschüren über die Sowjetunion und die Arbeit des Komsomol sowie die Schriften Stalins und Lenins.

Mit dem 1. Jugendgesetz der DDR vom 8. Februar 1950²⁶ wurde der politische Monopolanspruch der FDJ auf die Interessenvertretung der DDR-Jugend auch staatsrechtlich fixiert und institutionalisiert²⁷. Damit war die rechtliche Grundlage für die zukünftige „gesellschaftliche Mitwirkung [der FDJ] an jugendpolitischen Entscheidungen in Beratungsgremien staatlicher Organe, in Betrieben und an Lehrinrichtungen der DDR“ sowie als Ordnungsmacht im Kampf gegen „Bürokratismus“ etc. im Wirtschaftsleben gegeben²⁸.

Im Laufe des Jahres 1951 versuchte die FDJ, die erreichte Position im politischen System zu festigen und auszubauen. Im Januar begann das erste „Schuljahr der FDJ“, in dessen Rahmen alle Mitglieder aufgefordert waren, die Biographien Stalins und Piecks sowie die Geschichte und den gesellschaftlichen Aufbau der Sowjetunion zu studieren. Nachdem es der SED und der FDJ 1950 gelungen war, organisierte Opposition an den

Hochschulen weitgehend auszuschalten²⁹, hatte sie für die propagandistische Durchsetzung des Ministerratsbeschlusses vom 22. Februar über den obligatorischen Russisch- und ML-Unterricht an den Universitäten zu sorgen. Das „Stalin-Aufgebot“ der FDJ von Juni 1951 bildete den Anfang einer Vielzahl von Kampagnen, die der Jugendverband bis zum Ende des SED-Regimes zur Übererfüllung des Plans inszenieren sollte. Bis August absorbierten jedoch die Vorbereitungen für die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin fast vollständig die Arbeit der FDJ. In vierzehn Tagen nahmen insgesamt zwei Millionen Jugendliche aus der DDR am Festival teil und drückten dabei in Großkundgebungen – nach Ansicht des Jugendverbandes – ihre Verbundenheit mit der DDR aus³⁰.

V. Die Militarisierung der Einheitsjugend

Schließlich rückte im Frühjahr 1952 die propagandistische und organisatorische Unterstützung der militärischen Aufrüstung der DDR in den Vordergrund der FDJ-Arbeit. In Korea war der Kalte zu einem heißen Krieg zwischen Ost und West geworden. Eine Verständigung zwischen den beiden Deutschlands schien auf absehbare Zeit nicht mehr möglich. Der Westen war fest entschlossen, die Westintegration der Bundesrepublik fortzusetzen und sie auch militärisch in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft einzubinden. Nachdem der als „Stalin-Note“ in die Geschichte eingegangene Vorstoß der Sowjetunion vom 10. März 1952 mit dem Ziel, die Westbindung der Bundesrepublik in letzter Minute abzuwenden, gescheitert war³¹, erhielten Pieck, Grotewohl und Ulbricht bei ihrem Befehlsempfang in Moskau in der ersten Aprilwoche die Anweisung, eine „Volksarmee“ zu schaffen.

Auch die Militarisierung der FDJ, die auf dem IV. Parlament im Mai zum Ausdruck kam, war in Moskau angeordnet worden. In den Notizen

25 JA, IzJ, A 2.397.

26 Vgl. Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung, abgedruckt in: Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hilft der Jugend. Dokumente der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 5, hrsg. vom Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, o. O. u. J., S. 41 ff.

27 Vgl. Hans-Andreas Schönfeldt, Die FDJ im Rechtssystem der DDR, in: Jahresbericht 1992. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, o. O. (Berlin) u. J. (1992), S. 121.

28 Ebd., S. 121.

29 Vgl. Sabine Grunwald, Demokratie als Herrschaftsinstrument. Die Studentenratswahlen in der DDR 1950, in: Deutschland-Archiv, 26 (1993) 7, S. 834 ff.

30 Vgl. Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik, Berlin (Ost) 1976, S. 79 ff.

31 Zur Stalin-Note auf der Grundlage neuer sowjetischer Quellen vgl. Gerhard Wettig, Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums, in: Deutschland Archiv, 26 (1993) 7, S. 786 ff.

Piecks hieß es dazu: „FDJ muß schießen lernen.“³² Vor diesem Hintergrund ist die eingangs beschriebene Übernahme der KVP (Kasernierte Volkspolizei)-Patenschaft durch die FDJ auf dem IV. Parlament zu sehen. Bis zur Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1962 gehörte die Rekrutierung von Freiwilligen für Polizei und Militär fortan zu den zentralen Aufgaben der FDJ. Eine wichtige Rolle spielte dabei die im August 1952 gegründete „Gesellschaft für Sport und Technik“, die bis zum Ende der DDR maßgeblich an der vormilitärischen Ausbildung Jugendlicher beteiligt war.

Ebenfalls im Sommer 1952 ins Leben gerufen wurde die von der FDJ-Geschichtspropaganda später gänzlich totgeschwiegene Organisation „Dienst für Deutschland“. Nach Plänen der SED sollten in dieser von der FDJ betreuten paramilitärischen Verfügungstruppe, die fatal an den Reichsarbeitsdienst der Nationalsozialisten erinnerte, bis zu 100 000 Jugendliche den Aufbau der für die Streitkräfte notwendigen Infrastruktur bewerkstelligen. Bald wurde jedoch deutlich, daß der wirtschaftliche Nutzen in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen finanziellen Aufwand für die Organisation stand. Hinzu kam, daß eine Abordnung des Politbüros bereits im September 1952 „katastrophale Verhältnisse“ bei der Unterbringung und Versorgung der überwiegend siebzehnjährigen Mädchen und Jungen feststellen mußte. Im Frühjahr 1953 wurde die Organisation von der SED stillschweigend aufgelöst.³³

VI. Widersprüche zwischen Theorie und Praxis

Im siebten Jahr ihres Bestehens schien die FDJ „zugleich als Lern- und Arbeitsorganisator in Schulen und Betrieben, als gigantischer Freizeitverein mitsamt der Sportförderung und der Massenkultur, als politische Weiterbildungseinrichtung

32 Zitiert nach Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: Deutschland Archiv, 24 (1991) 7, S. 686–700, hier: S. 696f.

33 Vgl. Michael Buddrus, Die Organisation „Dienst für Deutschland“. Arbeitsdienst und Militarisierung in der frühen DDR. Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers. Die fundierte und auf breiter Quellenbasis erstellte Studie von Michael Buddrus erscheint zum Jahreswechsel 1993/94 im Juventa-Verlag, Weinheim, als dritter Band der Reihe „Materialien zur historischen Jugendforschung“.

und als politischer Vortrupp die Jugend an sich zu ziehen und zu überzeugtem Handeln zu mobilisieren“³⁴. Da führte der Juni-Aufstand 1953 der SED-Führung deutlich vor Augen, daß es ihr trotz intensiver Propaganda nicht gelungen war, die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Politik zu gewinnen. Insbesondere Jugendliche hatten sich in großer Zahl den aufständischen Arbeitern angeschlossen³⁵. Die FDJ war während und nach den Unruhen wie gelähmt gewesen³⁶.

Eine im Nachlaß Grotewohls im Zentralen Parteiarchiv der SED gefundene Analyse vom 27. Oktober 1953 fällt ein vernichtendes Urteil über den Jugendverband: „Für die Mehrzahl der Jugendlichen in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Zugehörigkeit zur Freien Deutschen Jugend keine Herzenssache... Eine kritische Betrachtung der FDJ-Arbeit offenbart auf den ersten Blick, daß diese viel zu starr, schematisch und eingeschachtelt ist, um den vielseitigen Interessen und Bedürfnissen der Jugend gerecht werden zu können... Hinzu kommt, daß die Fluktuation der Jugendfunktionäre seit Jahren sehr stark ist. Es gibt nur wenig Kreissekretäre, die länger als ein halbes Jahr dieselbe Funktion ausüben... Die rasche Entwicklung vieler junger Menschen hat eine starke Tendenz zum Karrierismus unter den FDJ-Funktionären ausgelöst. Daraus entwickelte sich ein großes Geltungsbedürfnis und die Neigung zur 150prozentigkeit. Eine besonders häßliche Form das Partei-Jargons und Kaltschnäuzigkeit gegenüber den ‚Unwissenden‘ gehören zu ihren Umgangsformen. Ihre Art ist anmaßend, bürokratisch, verkrampft und herzlos... Daß der westliche Einfluß in seinen häßlichen Ausartungen zu dämmen ist, zeigt die Arbeit der Jungen Gemeinde. Dort nehmen die Jugendlichen sehr gern am Jugendleben teil. Sie betonen, daß es ihnen besonders deshalb gut gefällt, weil alles gut organisiert sowie erfahren und umsichtig geleitet wird... Sie berücksichtigen die Interessen der Jugend in jeder Weise... Schon die Auswahl der Themen spricht die Jugendlichen sehr verschieden an. In der FDJ behandelt man wochenlang ein Thema unter dem Titel: ‚Auswertung der 6. Zentralrats-tagung‘. In der Jungen Gemeinde dagegen werden die Vortragsabende unter folgenden Titeln popula-

34 Christian Stappenbeck, Tarnorganisation für Kriegshetze und Spionage. Der geheime Plan zur Liquidierung der Jungen Gemeinde 1953, in: Utopie konkret, (1990) 9, S. 66–68, hier: S. 66.

35 Vgl. Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 148f.

36 Vgl. Gert Noack, Die FDJ und der 17. Juni 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv der FDJ, in: Geschichte Erziehung Politik (GEP), 4 (1993) 6, S. 379ff.

risiert: ‚Kann denn Liebe Sünde sein?‘ – ‚Aufmachen! Kriminalpolizei‘ ... Eine wesentliche Ursache für die schlechte Lage in der Freien Deutschen Jugend ist die Überbetonung der Losung: Jugend soll von Jugend geleitet werden ... Die FDJ-Führung, vom Zentralrat bis zu den Kreisleitungen, muß verändert werden. Es fehlen vor allem reife Menschen ... Es darf keine Leitung geben, in der nicht mindestens ein älterer, erfahrener Genosse den entscheidenden Einfluß ausübt. Ehemalige gute FDJ-Funktionäre müssen, wenn irgend möglich, in die Jugendarbeit zurückbeordert werden.“

Die Beurteilung schloß mit der Empfehlung, „den Genossen Honecker durch einen anderen, fähigeren, erfahreneren Genossen zu ersetzen“³⁷. Eine daraufhin eingesetzte „Kommission zur Überprüfung der Arbeit der Freien Deutschen Jugend“ kam zu einem ähnlichen Ergebnis³⁸.

Es lag jedoch sicher nicht allein an der Protektion Erich Honeckers durch Walter Ulbricht³⁹, daß aus diesen Berichten keine nennenswerten Konsequenzen gezogen wurden. Denn die Kritikpunkte waren Ausdruck der Janusköpfigkeit der FDJ, die zeit ihrer Existenz unter den Widersprüchen litt, die sich aus den divergierenden Interessen von Partei und Jugend ergaben.

Es war die Partei, die Anfang der fünfziger Jahre ihren Kaderbedarf oft rücksichtslos aus den Reihen der FDJ stillte und dabei in Kauf nahm, daß die Jugendarbeit dadurch geschwächt, ja auf lokaler Ebene vielfach zum Erliegen kam. Während dies die Massenarbeit der FDJ beeinträchtigte, bot andererseits die Mitarbeit im Jugendverband zahlreichen Jugendlichen aus Arbeiter- und Bauernfamilien ungekannte Aufstiegsmöglichkeiten. Dies führte zur Heranbildung einer neuen, loyalen Elite, die zum Rückgrat des Systems werden sollte. Allein von den 50 Sekretären des Zentralrates zwischen 1945 und 1955 wurden neun im Laufe ihrer Karriere Politbüromitglieder, fünfzehn gelangten in hohe Partei- und Staatsfunktionen bzw. wurden hochrangige Generäle des Ministeriums für Staatssicherheit⁴⁰.

37 SAPMO, BArch. – ZPA, NL 90/516, B. 49–55.

38 Vgl. ebd., Bl. 87–95.

39 In einer Politbürositzung am 7. Juli 1953 hatte die Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), Elli Schmidt, festgestellt: „Wer Dir (Ulbricht) zum Munde redet und immer hübsch artig ist, der kann sich viel erlauben. Honecker, zum Beispiel, das liebe Kind.“ Zitiert nach Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument, hrsg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek 1990, S. 128.

40 Vgl. Gert Noack, Das Führungspersonal der FDJ zwischen 1945 und 1955, in: Jahresbericht 1992 (Anm. 27), S. 92.

Die Partei verkannte, daß in dem Maße, in dem sie die Verbandsarbeit ihrer Politik unterordnete und dies auf Kosten der Erfüllung jugendspezifischer Interessen geschah, die Motive für den Verbleib bzw. den Beitritt zur FDJ schwanden. Im Sommer 1952 mußte die FDJ konstatieren, daß „die Zahl der Anhänger der sogenannten ‚Jungen Gemeinde‘ in vielen kleinen Ortschaften bei Dörfern der Mitgliederzahl der Grundeinheiten der FDJ gleichkam“⁴¹. Daraus zog sie allerdings nicht die Konsequenz, die eigene Jugendarbeit endlich den Interessen der Jugendlichen anzupassen, sondern begann, die kirchlichen Jugendgruppen als die einzigen in der DDR verbliebenen Konkurrenten in der Jugendarbeit zu bekämpfen. Als weder die propagandistischen Bemühungen der FDJ noch die Gängelei junger Christen an den Schulen die „Junge Gemeinde“ zurückdrängen konnten, plante das Politbüro der SED im Januar 1953 die Inszenierung mehrerer Schauprozesse, um junge Christen exemplarisch als Agenten und Saboteure zu kriminalisieren⁴². Erst mit dem „Neuen Kurs“ Anfang Juni 1953 wurde der „Kirchenkampf“ abrupt abgebrochen.

Kennzeichnend für die FDJ von ihrer Gründung bis zum Zusammenbruch der SED-Diktatur im Herbst 1989 war ihre völlige Unterordnung unter die Interessen der „führenden Partei“. Im Konfliktfall obsiegte stets die Rolle der FDJ, als Transmissionsriemen der SED-Politik zu fungieren, über ihre Aufgabe, die Interessen der Jugend gegenüber der Partei auch nur zu artikulieren. Eine eigenständige Rolle spielte die FDJ somit in der DDR nicht.

Vor allem während der Tauwetterperioden 1956 und zwischen 1963 und 1965 offenbarte sich dieses Dilemma der SED-Jugendpolitik. Im Februar 1956 mußte die FDJ in ihrem Aufruf „An euch alle, die ihr jung seid!“ eingestehen, „daß es noch viele gibt, die abseits stehen“. Sie beklagte, daß aufgrund der „Engstirnigkeit bei einigen Funktionären und durch Bürokratismus“ häufig nicht beachtet werde, „daß die Jugendlichen verschiedener Schichten spezielle Bedürfnisse und Interessen haben, die der Jugendverband befriedigen und vertreten muß“⁴³. Und im September 1963, zwei Jahre nach dem Mauerbau, betonte die SED in ihrem Kommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“: „Es geht nicht länger an, ‚unbequeme‘ Fragen von Jugendlichen als lästig oder gar als Provokation abzutun, da

41 JA, IzJ, A 11.893, Bl. 56.

42 Vgl. JA, IzJ, A 11.891, Bl. 1–6; vgl. auch C. Stappenbeck (Anm. 34).

43 Junge Welt vom 9. Februar 1956.

durch solche Praktiken Jugendliche auf den Weg der Heuchelei abgedrängt werden. Wir brauchen vielmehr den selbständigen und selbstbewußten Staatsbürger mit einem gefestigten Charakter, mit einem durch eigenes Denken und in der Auseinandersetzung mit rückständigen Auffassungen und reaktionären Ideologien errungenen sozialistischem Weltbild.“⁴⁴

Sowohl 1956 als auch in der ersten Hälfte der sechziger Jahre veranstaltete die FDJ daraufhin verstärkt „Jugendforen“, „auf denen Vertreter des Verbandes, Männer und Frauen des öffentlichen Lebens, Mitarbeiter des Staatsapparates auf jede Frage junger Menschen in aller Offenheit und Klarheit die richtige Antwort geben“⁴⁵. Beide Male wurden die Verantwortlichen von der Intensität der Diskussion und der dort erörterten Themen überrascht. In einer Stellungnahme unterzog der Honecker-Nachfolger Karl Namokel die 1956 durchgeführten Jugendforen einer heftigen Kritik. Er bemängelte, „daß anstatt einer ideologischen, offensiven Auseinandersetzung von unserer Seite nur die vom Gegner gestellten Fragen beantwortet wurden, wir uns aber mit unseren Fragen in der Defensive anstatt in der Offensive befanden“⁴⁶.

Nachdem im Herbst 1956 der Einmarsch der Sowjetunion in Ungarn das Ende des Tauwetters im Ostblock eingeleitet und sich die FDJ im April 1957 zur „sozialistischen Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik“ proklamiert hatte⁴⁷, war kein Platz mehr für Foren, bei denen „der Eindruck entsteht, die Jugend kontrolliert bei uns in erster Linie den Staat, Staats- und Parteifunktionäre müssen Stellung nehmen und die Jugend fordert nur“, wie Namokel in seiner Stellungnahme beklagt hatte⁴⁸.

Auch 1963 entglitten die wieder aktivierten Jugendforen rasch der Kontrolle der FDJ. Ein jüngst veröffentlichtes Protokoll einer Diskussion, die im Dezember 1963 an der Humboldt-Universität stattgefunden hat, verdeutlicht, mit welcher Vehemenz bis dahin tabuisierte Bereiche der Gesellschaft, wie etwa Justiz, Strafvollzug und Wehrdienst, die vermißte Meinungs- und Pressefreiheit sowie brennende politische Fragen, die sich aus dem Mauerbau oder dem Passierscheinabkommen

ergaben, von den Jugendlichen diskutiert wurden⁴⁹: Es war „der objektive Widerspruch zwischen [dem sozialistischen] Ideal und der (DDR-)Wirklichkeit“, der „in der Übergangsperiode... nur durch die umwälzende Praxis des sozialistischen Aufbaus gelöst werden“ konnte, der „im Kopf manches Jugendlichen... infolge von Unzulänglichkeiten in der Bildungs- und Erziehungsarbeit, natürlich auch infolge der Einwirkungen der bürgerlichen Ideologie, nicht selten die Form eines tatsächlichen Auseinanderfallens von Ideal und Wirklichkeit“ annahm⁵⁰.

Mit der Verbreitung eines marxistischen Geschichtsbildes, die mit der marxistisch-leninistischen Schulung einherging, waren die jungen Menschen *auch* mit dem Kampf der Arbeiterbewegung für soziale Gerechtigkeit, für Emanzipation und Freiheit vertraut gemacht worden, hatten bei Marx vom Absterben des Staates gelesen, und so mancher mag von Rosa Luxemburgs Plädoyer für „die Freiheit des Andersdenkenden“ gehört haben. Nun forderten sie die Verwirklichung dieser humanistischen Ideale für die Gegenwart ein⁵¹. 1964 konstatierte eine abschließende Lageeinschätzung bezüglich der Jugendforen, „daß die Propagierung von ‚rückhaltloser Wahrheitsliebe‘ eine ‚falsche Strategie‘ gewesen sei“⁵².

Das 11. Plenum des ZK der SED setzte im Dezember 1965 der liberalen Phase, die vor allem den kulturellen Bereich betraf, ein Ende. Junge Schriftsteller und Lyriker, die 1963/64 bei Veranstaltungen der FDJ für volle Säle gesorgt hatten, fielen in Ungnade. In einem als Geheime Verschlusssache klassifizierten Schreiben informierte der damalige 1. Sekretär der FDJ, Horst Schumann, die Kreis- und Bezirksleitung der FDJ am 1. November 1965: „Wolf Biermann wird es nicht gestattet, in Zusammenkünften unserer Organisation sowie in den durch die FDJ für die Öffentlichkeit organisierten Veranstaltungen, gleich welcher Art, aufzutreten. Es ist auch alles zu unterlassen, was der Propagierung irgend eines seiner Gedichte, Lieder, Songs und Chansons in Wort, Schrift und Ton dient.“⁵³

49 Vgl. Gert Noack/Ulrike Bresch, „Freiheit im Sozialismus“. Ein Streitgespräch an der Humboldt-Universität zu Berlin 1963, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 41 (1993) 7, S. 605 ff.

50 Neues Deutschland vom 21. September 1963.

51 Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 295.

52 JA, IzJ, A 10.882, zitiert nach G. Noack/U. Bresch (Anm. 49), S. 607.

53 JA, IzJ, A 3.713.

44 Neues Deutschland vom 21. September 1963.

45 Junge Welt vom 9. Februar 1956.

46 JA, IzJ, A 999.

47 Vgl. Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, vierter Band, Berlin (Ost) 1963, S. 11 ff.

48 JA, IzJ, A 999.

VII. Die gelähmte Massenorganisation

Seit den sechziger Jahren wurde die Mitgliedschaft in der FDJ mehr und mehr obligatorisch. Waren 1960 48 Prozent aller Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren Mitglied des Jugendverbandes, stieg diese Zahl innerhalb von vier Jahren auf 56 Prozent an. 1977 betrug der Anteil 70 Prozent und pendelte sich in den achtziger Jahren bei 75 Prozent ein. Mit 87 Prozent erreichte dieser Wert 1987 kurzzeitig einen Höchststand⁵⁴. Vor allem Schüler und Studenten, Wehrpflichtige und Auszubildende gehörten fast ausnahmslos der FDJ an. Durch die Mitgliedschaft bzw. ein Engagement in der FDJ konnte das notwendige politische Wohlverhalten dokumentiert werden, das für den Besuch beispielsweise der Erweiterten Oberschule oder der Universität notwendig war. Damit verlor der Organisationsgrad der DDR-Jugend jegliche Indikatorfunktion für deren Übereinstimmung mit dem politischen System. Ein Lied von Hartmut König, das zur Hymne der FDJ-Singebewegung werden sollte, illustriert die daraus erwachsenden Probleme⁵⁵:

*„Sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.
Wir haben ein Recht darauf, dich zu erkennen,
auch nickende Masken nützen uns nichts.
Ich will beim richtigen Namen dich nennen.
Und darum zeig mir dein wahres Gesicht!“*

Spätestens in den achtziger Jahren erstarrte das Leben im Jugendverband. Die vergreiste Parteiführung ließ sich nur zu gern von den Massenaufmärschen, den kostspieligen Festivals und Rockkonzerten, bei denen oft Hunderttausende von Blauhemden die Städte bevölkerten, blenden. Sie ignorierte die zahlreichen Alarmsignale, die seit Mitte der achtziger Jahre in unverhohlener Deutlichkeit die wachsende Ablehnung der SED-Politik innerhalb der Jugend vermeldeten. Darüber geben vor allem die Akten des „Büro Krenz“ im Zentralen Parteiarchiv Aufschluß. Stellvertretend für viele Studien, Analysen und Einschätzungen zur politischen Einstellung der DDR-Jugend soll im

54 Vgl. Dorle Zilch, Die FDJ – Mitgliederzahlen und Strukturen, in: Jugend '92. Die neuen Länder. Rückblick und Perspektiven, Band 3, Opladen 1992, S. 63 (Angaben gerundet).

55 Vgl. Leben – Singen – Kämpfen. Liederbuch der Freien Deutschen Jugend, Leipzig 1985¹⁷, S. 32. Vgl. auch Lutz Kirchenwitz, Folk, Chanson und Liedermacher in der DDR. Chronisten, Kritiker, Kaisergeburtstagssänger, Berlin 1993.

folgenden ausführlicher aus einer Expertise zitiert werden, die der Leiter des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, Walter Friedrich, im Herbst 1988 eigens für den Honecker-Kronprinzen Egon Krenz erstellt hat. Darin verweist Friedrich auf die durch die rasante technologische Entwicklung hervorgerufenen „stürmischen Veränderungs- und Umbruchsprozesse“, die die „menschliche Zivilisation“ am Ende des 20. Jahrhunderts durchlaufen würde und die auch innerhalb der DDR-Bevölkerung einen tiefgreifenden Mentalitätswandel mit sich brächten⁵⁶.

Es sei ein Trugschluß, zu glauben, „daß man mit einer Verbesserung der ökonomischen Lage (Entwicklung der Produktion, Verringerung der Versorgungsprobleme) die geistig-kulturellen Entwicklungsprozesse in die gewünschten Bahnen lenken kann“. Die „Eigenständigkeit“ dieser Prozesse habe im letzten Jahrzehnt zugenommen. „Das verlangt entschieden neue Formen, Methoden im Umgang (Informieren, Leiten, Agitieren, Regieren) der Menschen. Heute kommen wir eben oft mit den Formen und Inhalten (Worten, Formeln, Argumentationsmustern), mit denen wir vielleicht vor 20 Jahren erfolgreich waren, bei der großen Mehrheit der Bevölkerung bzw. der Jugend nicht mehr an... Meist erreichen wir heute genau das Gegenteil.“⁵⁷ Die Parteiführung werde durch „nach oben“ hin „schöngefärbte“ und selektierte Berichte über die Lage in der Bevölkerung desinformiert. „Abgesehen vom Jugendbereich gibt es so gut wie keine repräsentativen Forschungen über das Denken der Bevölkerung. Wir wissen also gar nicht, wie das Volk denkt, was es will, wie sich das Denken verändert.“⁵⁸

Die SED betrachte den Menschen als „Gewohnheits-Wesen... dem man nur die richtigen Denk- und Verhaltensweisen beibringen müsse“. Dieses Menschenbild sei „Produkt und Produzent eines Machtbewußtseins, eines Führer-Masse-, eines Erzieher-Zögling-Verhältnisses“, zwingt „in Denkgleise, die auf Anpassung, Erziehung, Unterordnung gerichtet sind“⁵⁹. Man fordere einerseits „die Aktivität, Selbständigkeit, Schöpferkraft der Jugend, reagiert aber andererseits auf abweichende Schritte, Gedanken, kritische Bemerkungen junger Leute intolerant. Kritik ‚von unten‘ an ‚oben‘ ist nicht erwünscht, wird nicht zur Kenntnis genommen oder negativ sanktioniert.“⁶⁰

56 Vgl. SAPMO, BArch. – ZPA, IV 2/2.039/246, Bl. 170f.

57 Ebd., Bl. 171f.

58 Ebd. Bl. 172.

59 Ebd., Bl. 175.

60 Ebd., Bl. 176.

Friedrich konstatiert demgegenüber einen tiefgreifenden Mentalitätswandel in der Bevölkerung „in Richtung eines höheren Selbstwerterlebens, einer stärkeren Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung... Im Zusammenhang damit steht ein kritisches Verhältnis (das bis zur Ablehnung gehen kann) gegenüber formellen Institutionen und Verbänden (Schule, FDJ) bei Jugendlichen, wenn sie deren Selbstansprüche (d. h. spezielle Interessen, Bedürfnisse, Vorstellungen, Vorschläge) nicht berücksichtigen. Umgekehrt erklärt sich daraus die Bevorzugung und Neigung zu informellen Gruppen, Cliquen, Bewegungen (Kirche, Umweltschutz, Freizeitgruppierungen aller Art)... Ebenso der Anspruch, selbst bestimmen zu wollen, wohin man reist, was man sich gern ansehen möchte... Wäre der Austritt aus der FDJ folgenlos, würden die Jugendlichen heute gewiß massenhaft den Jugendverband verlassen.“⁶¹ „Die Identifizierung der Bevölkerung mit unseren Zielen und Werten, mit der Politik unserer Partei, kann nur erhöht werden, wenn wir zu bedeutenden neuen Formen im Umgang (Information, Offenheit, demokratische Mitgestaltung) mit den Menschen finden... Andernfalls“, so die weitsichtige Schlußfolgerung des Jugendforschers, „werden sich die Menschen in den nächsten ein bis drei Jahren weiter, und zwar in einem bedrohlichen Ausmaß von uns entfernen.“⁶²

Zahlreiche Unterstreichungen und Randnotizen bezeugen, daß Krenz durchaus die angesprochenen Probleme zur Kenntnis genommen hatte. Überhaupt wird aus den heute zugänglichen Archiven der ehemaligen DDR ersichtlich, daß die Parteiführung durch Berichte der Staatssicherheit und der eigenen Partei über die desolante wirtschaftliche und politische Situation in den achtziger Jahren informiert war. So mag man sich verwundert die Frage stellen, warum der politische Nachwuchs in der SED-Führung keinerlei Konsequenzen aus dieser Kenntnis gezogen hatte, nachdem offenbar wurde, daß die greise Politbürokratie um Erich Honecker nicht mehr zu Reformen fähig war. Anders als bei der Ulbricht-Ablösung 1971 stand jedoch 1988 keine sowjetische Bruderpartei mehr bereit, diesen Schritt zu forcieren und abzusichern. 1986 hatte Gorbatschow die „Selbständigkeit jeder Partei, ihr Recht auf souveräne Entscheidungen über Entwicklungsprobleme ihres Landes“⁶³ betont. Jede parteiinterne Opposition mußte daher

auf sich allein gestellt im Bewußtsein der omnipräsenten Staatssicherheit handeln.

Ein noch wichtigerer Grund für das Schweigen von Krenz und Genossen zum Niedergang des Systems mag jedoch in der eigenen Konzeptionslosigkeit gelegen haben. Die katastrophale wirtschaftliche Lage der DDR bot jedenfalls keinen Spielraum mehr, um politisches Wohlergehen, das propagandistisch nicht mehr zu erreichen war, durch eine Erhöhung des Lebensstandards zu erkaufen.

VIII. Der Anfang vom Ende

Als der damalige 1. Sekretär der FDJ, Eberhard Aurich, gemeinsam mit zwei weiteren Spitzenfunktionären es am 9. Oktober 1989 – zwei Tage nach den gespenstischen Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR – endlich wagte, den „lieben Genossen Erich Honecker... über die politische Lage unter der Jugend zu informieren“, da jetzt „energisch gehandelt werden“ müsse, „wenn die Jugend der Partei auch künftig wie in den vergangenen 40 Jahren folgen soll“, war es längst zu spät.

Auch wenn die dabei übermittelte „Vorlage an das Politbüro des ZK der SED“ mit dem Titel „Einschätzungen der politischen Lage unter der Jugend – Schlußfolgerungen für die weitere Vorbereitung des XII. Parteitages der SED und XIII. Parlaments der FDJ“ in nie dagewesener Deutlichkeit Kritik am Generalsekretär und an der gegenwärtigen Politik der SED übte, ging sie kaum über die Darstellung negativer Sachverhalte hinaus. Programmatisch-konzeptionell blieb das Papier bei solchen Allgemeinplätzen wie „energischer muß daran gearbeitet werden, den massenverbundenen Arbeitsstil jedes FDJ-Funktionärs zu entwickeln“⁶⁴. „An den Dogmen der realsozialistischen Machtausübung wurde nicht gerüttelt. Über den Schatten der ‚führenden Rolle‘ der SED konnte man nicht springen, die ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ trotz der offensichtlich schlimmen Folgen nicht antasten, das Feindbild kaum abbauen.“⁶⁵

Nach dem Rücktritt Erich Honeckers von allen Ämtern am 18. Oktober 1989 und der Wahl von

61 Ebd., Bl. 181–184.

62 Ebd., Bl. 195.

63 Honecker – Gorbatschow, Vieraugengespräche, hrsg. und eingel. von Daniel Küchenmeister unter Mitarbeit von Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1993, S. 15.

64 SAPMO, BArch. – ZPA, IV 2/2.039/322, Bl. 12–61, hier: Bl. 85.

65 Gerd-Rüdiger Stephan, Die Bewertung der politischen Situation in der DDR im Sommer und Frühherbst 1989 durch die Führung der FDJ, in: Jahresbericht 1992 (Anm. 27), S. 163.

Egon Krenz zum Generalsekretär hatten SED und mit ihr die FDJ wohl noch gehofft, sie könnten sich an die Spitze der Reformbewegung stellen und so einen Teil ihres früheren Einflusses bewahren. Auf der 10. ZK-Tagung der SED, die am 8. November 1989 begann, versuchte Eberhard Aurich, die FDJ nachträglich als Hort des Widerstandes zu profilieren: „Als wir die Schnauze so richtig voll hatten, unter dem Eindruck dessen, was sich um den 40. Jahrestag zugespitzt hatte, und sich drei Mitglieder des Zentralkomitees (Eberhard Aurich, Wilfried Poßner, Gerd Schulz) am 9. Oktober in einem Brief an den Generalsekretär mit einer Einschätzung wandten, wurde diese Einschätzung... vom damaligen Generalsekretär als größter Angriff der FDJ auf die Parteiführung in 40 Jahren bezeichnet, im Politbüro verteilt und als Mittel benutzt, den jetzigen Generalsekretär gegebenenfalls daran zu hindern, die Wende einzuleiten.“⁶⁶

In einem internen Strategiepapier „Zur künftigen Rolle der FDJ in der DDR“ schlug Aurich seine eigene Ablösung als 1. Sekretär der FDJ vor⁶⁷ und forderte: „Ziel des Jugendverbandes darf nicht mehr Bildung und Erziehung der Jugend sein. Er darf nicht mehr – wie bisher – die Jugendlichen unterweisen, was sie zu tun und zu lassen haben. Die Mitglieder sind nicht für den Jugendverband, sondern der Jugendverband ist für die Mitglieder

66 Neues Deutschland vom 11./12. November 1989, abgedruckt in: Deutschland Archiv, 22 (1989) 12, S. 1452 ff., hier: S. 1453.

67 Vgl. SAPMO, BArch. – ZPA, IV 2/2.039/322, Bl. 72.

da... Es muß in der Öffentlichkeit bewußt gemacht werden, es handelt sich um einen *Bruch* mit der bisherigen Konzeption – deshalb NEUE FDJ.“⁶⁸ Die neue „sozialistische Jugendorganisation“ sollte „antifaschistisch, internationalistisch“ und „parteiunabhängig“ die „Interessen der Jugend selbständig und verantwortungsbewußt“ vertreten⁶⁹. Als „absehbare Konsequenzen“ sah Aurich einen „drastischen Mitgliederrückgang“ voraus. Viele haupt- und ehrenamtliche FDJ-Funktionäre würden abgewählt werden, „FDJ-Organisationen werden zahlungsunfähig“, und es sei damit zu rechnen, daß „Angriffe auf FDJ-Eigentum... zunehmen“ werden. Aber: „Diese Entwicklung muß jedoch sein, sonst löst sich die FDJ von allein auf.“⁷⁰

Tatsächlich war der Zerfall der FDJ nicht aufzuhalten⁷¹. Bald war die einstige Monopoljugendorganisation nur noch eine unter vielen. Schlagzeilen machte sie nur noch, als ruchbar wurde, daß sich ehemalige Spitzenfunktionäre mit billigen Krediten und Nutzungsverträgen über FDJ-Immobilien einen goldenen Start in die Marktwirtschaft verschafft hatten⁷². Im vereinigten Deutschland schrumpfte die mittlerweile klein geschriebene fdj bis zur Bedeutungslosigkeit.

68 Ebd., Bl. 75.

69 Ebd., Bl. 76.

70 Ebd., Bl. 85.

71 Vgl. Arnold Freiburg, Die FDJ nach Honecker. Chronik eines Abgangs, in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 4, S. 517 ff.

72 Vgl. Der Morgen vom 1. Juni 1990.

„Ein Staat im Staate“ Der Uranbergbau der Wismut AG in Sachsen und Thüringen

I. Der Forschungsstand

Die Geschichte der Wismut AG, des einstmals größten europäischen Uranproduzenten, liegt noch weitgehend im Dunkeln. Bis zum Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion herrschte über die Tätigkeit dieses Unternehmens eine nahezu totale Nachrichtensperre. Das Wort Uran wurde tunlichst vermieden, doch um nichts anderes ging es der Sowjetunion in der Nachkriegszeit. Mit der Wismut AG entstand im Zuge der sowjetischen Reparationsforderungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ein völlig neuartiger Industriezweig. Bis 1956 unterstand das Unternehmen direkt dem sowjetischen Verteidigungsministerium. Gefördert und aufbereitet wurden uranhaltige Erze. Das Uranerz wurde bis 1962 ausschließlich in die Sowjetunion geliefert, danach auch zu einem geringen Teil für Kernkraftwerke in der DDR verwandt.

Obwohl manches bekannt war bzw. vermutet werden konnte, waren die Ausmaße der Umweltschäden erst abzuschätzen, nachdem sich die Sowjetunion Ende 1990 endgültig aus dem Uranbergbau in Sachsen und Thüringen zurückgezogen hatte. Immer neue Katastrophenmeldungen erschienen in der Presse¹. Verschiedentlich wurde der Wismut-Bergbau als der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte, nach Hiroshima und Tschernobyl, bezeichnet². Die Stichhaltigkeit solcher Einschätzungen bedarf indessen noch eingehender Prüfung.

Begleitend zu den noch auf viele Jahre nötigen Sanierungsarbeiten verdient die Geschichte der Wismut eine kritische Bestandsaufnahme. Seriöse wis-

senschaftliche Untersuchungen waren bis 1989 kaum möglich. Lediglich im Zusammenhang mit den Untersuchungen zu den Reparationsleistungen der SBZ/DDR fand die Wismut AG Erwähnung³. Nach dem Fall der Mauer haben sich zunächst Journalisten und Zeitzeugen zur Geschichte der Wismut AG geäußert⁴. Die bisher interessanteste Selbstdarstellung des Unternehmens ist unter dem Titel „Seilfahrt“ unmittelbar nach dem Ende der DDR veröffentlicht worden.

Die nunmehr zugänglichen Quellen zur Geschichte des Wismut-Bergbaus sind in ihrer Quantität und Qualität sehr heterogen. Umfangreiches Material für die Zeit von 1956 bis 1990 enthält das Wismut-Archiv in Chemnitz⁵. Die Akten der Industriewerkschaft der Wismut lagern inzwischen im Archiv der IG Bergbau und Energie in Bochum⁶. Darüber hinaus stehen einige Akten im sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden zur Verfügung. Weitere, eher verstreute Hinweise auf die Tätigkeit der Wismut AG finden sich in verschiedenen Beständen des Bundesarchivs, Abteilung Potsdam, und in der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv. Leider ist das für die Zeit bis 1956 wichtigste Schriftgut aus-

3 Vgl. Nikolai Grishin, *The Saxony Uranium Mining Operation („Wismut“)*, in: Robert Slusser, *Soviet Economy Policy in Postwar Germany. A Collection of Papers by former Soviet Officials*, New York 1953; Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), *Der Uranbergbau in der Sowjetischen Besatzungszone*, o. O. o. J. (Bonn 1951); Vorstand der SPD (Hrsg.), *Die Reparationen in der Sowjetzone 1945–1952* (Sopade Informationsdienst, Denkschriften 51), Bonn o. J. (1953); Werner Matschke, *Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945 bis 1948*, Berlin 1988, S. 216 ff.

4 Vgl. Michael Beileites, *Untergrund*, Berlin 1992; Reimar Paul, *Das Wismut-Erbe. Geschichte und Folgen des Uranbergbaus in Thüringen und Sachsen*, Göttingen 1991.

5 Vgl. Eintrag der Wismut GmbH für das Verzeichnis „Deutsche Wirtschaftsarchive“, Bd. 1 (Neuaufgabe), erscheint Ende 1993. Neben den genannten Archivalien sind außerdem die in Chemnitz lagernden Akten der SED-Gebietsparteileitung der Wismut AG von Interesse. Mit ihrer Auswertung hat Heidi Roth vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden begonnen.

6 Mit der Auswertung dieser Materialien hat Ralf Engeln von der Ruhr-Universität Bochum im Rahmen seiner Dissertation begonnen.

1 Vgl. Ernst-Ludwig von Aster, *Mit den Nebelschwaden kommt die Müdigkeit*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27. Juni 1990; Andreas Oldag, *Verzweifelter Kampf gegen die unsichtbare Gefahr*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. September 1990.

2 Vgl. Thomas Rothbart, *Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte*, in: *Thüringer Allgemeine* vom 31. August 1992.

nahmslos von sowjetischer Seite ausgelagert worden. So sind derzeit vor allem für die Anfangsjahre wichtige Fragen nur ansatzweise zu klären.

II. Die Gründung der Wismut AG

Der Name „Wismut“ wurde erstmals Mitte des 15. Jahrhunderts erwähnt. Das vorrangig in der Umgebung von Schneeberg geförderte Wismut-Metall fand zusammen mit Zinn und Blei bei der Herstellung einer Legierung für das Lettermetall im Buchdruck Verwendung. Die bescheidenen Anfänge des tatsächlichen Uranerzbergbaus datieren auf Mitte des 19. Jahrhunderts. Im Jahr 1908 erklärte die sächsische Regierung alle Funde an radioaktiven Stoffen zu Staatseigentum. Die radioaktiven Wässer des Schlematals wurden fortan als Heilquellen genutzt (Radiumbad Oberschlema). Während des Zweiten Weltkrieges kam der Erzbergbau im westlichen Erzgebirge fast völlig zum Erliegen. Ende April 1945 besetzten amerikanische Truppen große Teile von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die dortigen rüstungsrelevanten Unternehmen und Einrichtungen wurden von Spezialeinheiten eingehend inspiziert. Allein aus Thüringen sind Ende Juni mindestens 1300 deutsche Spezialisten, einzelne Quellen sprechen gar von zirka 4000, von den abziehenden amerikanischen Truppen evakuiert worden⁷.

Als Kriegsbeute betrachtete das amerikanische Militär auch die Radiumreserve des Deutschen Reiches, gelagert in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Weida (Thüringen)⁸. Ein amerikanisches Spezialkommando erzwang am 26. Juni 1945 die Übergabe der Radiumreserve (21,8 Gramm) und von Spezialgeräten im Wert von drei Mio. US-Dollar. Die alliierte Jagd nach der deutschen Radiumreserve war eine von vielen Episoden aus der alliierten Konkurrenz um Kriegsbeute, deutsches Know-how und „Spezialisten“⁹. Die Amerikaner hielten sich mit ihrem mehrfach verzögerten Rückzug schließlich an die alliierten Vereinbarungen. Dabei dürfte ihnen die Bedeutung

7 Vgl. John Gimbel, U.S. Policy and German Scientists: The Early Cold War, in: *Political Science Quarterly*, (1983) 3, S. 443; ders., *Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*, Stanford 1990.

8 Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam (BAP), Amt für Standardisierung-, Meß- und Warenprüfung (F-5), Nr. 14.

9 Vgl. Mark Walker, *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe*, Berlin 1992; Ulrich Albrecht/Andreas Heinemann-Grüder/Arend Wellmann, *Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945*, Berlin 1992; J. Gimbel (Anm. 7).

der sächsischen und thüringischen Uranvorkommen in groben Umrissen durchaus bekannt gewesen sein¹⁰. In Anbetracht des eigenen technologischen Vorsprungs und möglicher schwer kalkulierbarer Risiken stellten sie die 1944 getroffenen Vereinbarungen über die Besetzungsgrenzen nicht in Frage.

Unmittelbar nach dem Abzug der Westalliierten ordnete der sowjetische Innenminister Berija die Fortsetzung der Erkundungsarbeiten im sächsischen Bergbaugebiet an¹¹. Die Sowjetunion verfügte damals nicht über ausreichende Mengen an Natururan für ihr Atombombenprojekt und sah den Ausweg in der Erschließung von hochwertigen Uranvorkommen in der SBZ und im böhmischen Jachymov (Jochimsthal). Ab September 1945 begannen sowjetische Fachleute in Sachsen mit intensiven geologischen Untersuchungen; sie verliefen erfolversprechend. Im Juni 1946 beschloß daraufhin der Ministerrat der UdSSR die Ausbeutung der sächsischen Uranvorkommen. Der Beginn der Aufschluß- und Schürfarbeiten wurde von sowjetischen Militäreinheiten organisiert. Unter der Feldpostnummer 27304 wurden Bergbaufachleute zusammengefaßt und durch Pioniereinheiten und Soldaten ergänzt.

Die für den Uranabbau in Frage kommenden Gruben und Betriebe der Sachsenerz-Bergwerks AG wurden beschlagnahmt und später in sowjetisches Eigentum überführt. Als Rechtsgrundlage für die Enteignungen galt der Befehl Nr. 128 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 26. Mai 1947. Dessen Durchführung wurde durch den Befehl Nr. 131 der SMA/Sachsen vom 30. Mai 1947 geregelt. Auf Grundlage dieser Befehle gingen die Bergverwaltungen Johanngeorgenstadt, Schneeberg, Oberschlema, Annaberg, Lauter und Marienberg sowie das Pechtelsgrüner Anreicherungswerk als Reparationen in das Eigentum der UdSSR über¹². Auf einer Gebietskarte des Landes Sachsen steckte eine sowjetische Kommission das „Interessengebiet“ der Wismut AG in Sachsen ab. Allein in Sachsen umfaßte das Wismut-Gebiet 13 Stadt-

10 Die von Reimar Paul aus Zeitzeugenreports hergeleitete These von der „Dummheit der Amerikaner“, die von der Existenz der Uranvorkommen in Thüringen und Sachsen kaum Notiz genommen hätten, läßt sich anhand der bisher zugänglichen Quellen nicht belegen. Die von den Amerikanern konsequent betriebene Suche nach der Radiumreserve und die Mitnahme namhafter Physiker und anderer Experten sprechen gegen die These von Paul.

11 Vgl. N. Grishin (Anm. 3), S. 127.

12 Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv (SÄHSTA), Landesregierung Sachsen (LRS), Ministerpräsident (Min. Präs.), Nr. 147, Bl. 4.

bzw. Landkreise, mit rund 2,1 Mio. Einwohnern. Im Jahr 1950 lebten ungefähr 40 Prozent aller Sachsen in den „Wismut-Kreisen“¹³.

Die Aufsicht über die Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) Wismut lag beim Volkskommissariat für Staatssicherheit, so daß die SMAD weitgehend ausgeschaltet blieb. Als Direktor der Wismut AG wurde der NKWD-General Malzew (1945–1950) eingesetzt. Ihm zur Seite stand als deutscher Leiter ein erfahrener Ingenieur (ehemals NSDAP-Mitglied), der sich nach Bekunden sowjetischer Offiziere zur „Seele“ des Unternehmens entwickelte. Im Verlauf der Jahre 1947/48 wurden der Wismut AG weitere Bergwerksbetriebe angegliedert. Die Übernahmen regelte der Befehl Nr. 1 des Chefs des SMA/Sachsen, Generalmajor Dubrowskij, vom 3. Januar 1948¹⁴. Konzentrierte sich der Uranabbau zunächst auf einen breiten Streifen zwischen Aue und Freital, so kamen ab 1948 noch Gruben im Harz (bei Wernigerode) und in Thüringen (bei Ronneburg) hinzu.

III. Schnelle Ausweitung des Uranbergbaus

Der Auf- und Ausbau des Uranbergbaus in der SBZ genoß höchste strategische Priorität¹⁵. Die Ausstattung der Wismut AG mit Ausrüstungen und Arbeitskräften hatte Vorrang vor allen anderen Aufgaben. Aus der gesamten SBZ wurden Ausrüstungen für den Wismut-Bergbau zusammengetragen. Sofern bestimmte Ausrüstungen wie Pumpen und Grubenlampen nicht ausreichend zur Verfügung standen, begann der schrittweise Aufbau eines Systems von Zulieferbetrieben. Die Phase des schnellen Wachstums des für die Sowjetunion strategisch äußerst wichtigen Uranbergbaus erstreckte sich von 1946 bis Anfang der fünfziger Jahre. Die Wismut AG weitete ihre Tätigkeit rasch aus; sie unterhielt insgesamt 27 Objekte, darunter zehn Produktionsstätten und mehrere große Zulieferbetriebe¹⁶. Im Bewirtschaftungssystem der SBZ nahm die Wismut AG eine bevorzugte Stellung ein. Knappe Güter aller Art mußten zuerst für den Wismut-Bergbau bereitgestellt werden. Das

im Aufbau befindliche Sonderversorgungssystem führte zwangsläufig zu Engpässen in anderen Wirtschaftsbereichen¹⁷.

Je weiter sich das Tätigkeitsfeld der Wismut ausdehnte, desto strenger wurden Sicherheitsvorkehrungen aller Art gehandhabt. Bereits unmittelbar nach Gründung der Wismut AG erhielten die Kreise Aue, Marienberg, Schwarzenberg und Annaberg den Charakter von „Sonderregionen“. Der Zutritt zu diesen Sperrkreisen und den dortigen Straßen und Bahnhöfen war bis 1949 nur noch mit Sonderausweisen bzw. speziellen Einreisegenehmigungen der SMAD möglich¹⁸. In späterer Zeit wurden die rigiden Sicherheitsbestimmungen auf die Gruben und Produktionsstätten beschränkt. Das Wismut-Gebiet wurde immer stärker gegen Westen abgeriegelt. Für sämtliche strafbare Handlungen im Sperrgebiet wurde eine spezielle Wismut-Gerichtsbarkeit eingeführt. Das NKWD baute ein dichtes Überwachungsnetz auf. Bisweilen nahm das Sicherheitsdenken der SMAD und der Wismut-Direktion groteske Züge an. Für die Sperrgebiete besaßen selbst Leichentransporte keine „Dauereinfahrtgenehmigung“, wie es im unnachahmlichen DDR-Amtsdeutsch hieß. Für jede Fahrt mußten auf umständlichem Amtswege Papiere besorgt und Genehmigungen der sowjetischen Kommandantur in Chemnitz eingeholt werden. Erst energische Proteste des Ministeriums für Gesundheitswesen beim Chef der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKKD) brachten Ende 1951 eine Vereinfachung des Verfahrens¹⁹.

IV. Rasantes Wachstum der Beschäftigtenzahl

Bei Beginn des Wismut-Bergbaus herrschte Arbeitskräftemangel. Vor allem fehlte es an Fachkräften. Um Arbeitskräfte anzuwerben, startete die SMAD in der gesamten SBZ eine Rekrutierungskampagne. Offiziere der SMAD, Funktionäre der SED und der Gewerkschaft versprachen allen Interessenten gute Arbeitsbedingungen, hohe Löhne sowie zusätzliche Lebensmittelrationen. In dem Maße, wie der Perso-

13 Vgl. ebd., Nr. 2484.

14 Vgl. ebd., Nr. 223.

15 Vgl. W. Matschke (Anm. 3), S. 216.

16 Vgl. Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft, Bonn 1952.

17 Vgl. SÄHSTA, LRS, Min. Präs., Nr. 223, LR Sachsen 5. 11. 1948, betr.: Notstände aus Anlaß der Tätigkeit der Wismut AG.

18 Vgl. Landesarchiv Berlin, Abteilung Breite Straße, Rep. 420, Nr. 283/1, betr.: Einreiseverbot nach Sachsen.

19 Vgl. BAP, Nachlaß Maxim Zetkin (Q-1), Nr. 1743, Bl. 185 ff.

nalbedarf weiter stieg und die Werbungsaktionen nicht den gewünschten Erfolg brachten, nahmen Zwangsmaßnahmen zu. Ende 1947 wurde die Einweisung von Heimatvertriebenen in die Kreise Aue, Annaberg und Marienberg von der SMAD mit Rücksicht auf den Erzbergbau gestoppt. Der knappe Wohnraum sollte den Wismut-Beschäftigten vorbehalten bleiben²⁰. Die Unterbringung der Wismut-Arbeiter erfolgte zu Lasten der Einheimischen. Wohnungen wurden zwangsgeräumt und Massenquartiere in Fabriken, Gasthöfen und öffentlichen Gebäuden eingerichtet. In kürzester Zeit hatte sich in einigen Bergbauorten die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt. In Johannegeorgenstadt stieg die Einwohnerzahl von 6 559 im Jahr 1946 auf rund 32 870 im Jahr 1950²¹. Die Stadt Aue verzeichnete einen Zuwachs von fast 10 000 Einwohnern innerhalb von vier Jahren (1946 = 25 567; 1950 = 35 785).

Mehrere Befehle der SMAD verpflichteten die Deutsche Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DZVAS) kurzfristig zur Rekrutierung Zehntausender von Arbeitskräften²². Die Mitarbeiter der DZVAS waren damit überfordert und wußten sich oft nur über unhaltbare Versprechungen und Zwangsverpflichtungen zu helfen. Als juristische Grundlage für die Zwangsverpflichtungen diente der Befehl Nr. 3 des Alliierten Kontrollrats vom 17. Januar 1946. Dieser Befehl ermächtigte die Ämter für Sozialfürsorge, Personen für die Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren einen Arbeitsplatz zuzuweisen²³. Auf dieses aus der NS-Zeit überkommene Instrumentarium der Dienstverpflichtungen wurde bis 1947, trotz geringer Effizienz, von den Militärregierungen in allen Zonen hauptsächlich im Bergbau zurückgegriffen²⁴.

In Durchführung des Kontrollratsbefehls erließ die DZVAS am 16. Mai 1947 eine Richtlinie für die

20 Vgl. Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv (StAPMO), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), IV 2/2027/25.

21 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 17.

22 Vgl. StAPMO, ZPA, IV 2/2027/25.

23 Vgl. Ralf R. Leinweber, *Das Recht auf Arbeit im Sozialismus. Die Herausbildung einer Politik des Rechts auf Arbeit in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Marburg 1983, S. 80ff. Dem Kontrollratsbefehl Nr. 3 ging in der SBZ der Befehl der SMAD Nr. 153 voraus. In wichtigen Punkten übernahm der Kontrollratsbefehl Nr. 3 die Intentionen des SMAD-Befehls Nr. 153. Die Möglichkeit einer befristeten zwangsweisen Einweisung von Arbeitskräften durch die Arbeitsämter wurde damit in allen Besatzungszonen festgeschrieben.

24 Vgl. Werner Abelshäuser, *Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung*, München 1984, S. 30.

Lenkung von Arbeitskräften in der SBZ. Der Mißbrauch dieser Richtlinie nahm kurz darauf gravierende Formen an und erreichte im Sommer 1947 seinen Höhepunkt²⁵. Sofern Arbeitssuchende bei den Arbeitsämtern eine Verpflichtung zur Arbeit in der Wismut AG nicht unterzeichneten, mußten sie mit einer Eintragung in ihrem Nachweisbuch rechnen („Bergbautauglich, lehnt freiwilligen Einsatz ab“). Damit wurden sie praktisch von der Arbeitsaufnahme in anderen Betrieben ausgeschlossen und gingen der höheren Lebensmittelkarten sowie ggf. der Arbeitslosenunterstützung verlustig. Die SMAD sah sich schließlich im Oktober 1947 genötigt, die Arbeitsämter zur Einschränkung der Zwangseinweisungen aufzufordern²⁶. In Durchführung des Befehls Nr. 234, der im Interesse der dringend notwendigen Produktivitätssteigerung auf die Wiederherstellung eines Systems von Leistungsanreizen zielte, erließ die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) schließlich am 2. Juni 1948 eine Verordnung, mit der die Dauer der Einweisung auf sechs Monate begrenzt wurde. Wiederholt beklagte die Direktion der Wismut AG, die am Aufbau einer qualifizierten und motivierten Stammebelegschaft interessiert war, die Praktiken der Arbeitsämter, die oft nur ihren „Ausschuß“²⁷ ins Wismut-Gebiet schickten. „70 % der Beschäftigten sind Abenteurer und Betrüger.“²⁸

Mit einigem Erfolg bemühte sich die Wismut-Direktion deshalb, eine alternative Strategie zu den Zuweisungspraktiken der Arbeitsämter zu entwickeln. Werber der Wismut AG zogen über Land und erreichten einen wachsenden Zustrom Freiwilliger. Was Werner Abelshäuser bereits für den Ruhrbergbau konstatierte, galt ebenso für den Wismut-Bergbau in der SBZ: „Nahrung, Kleidung, Unterkunft – um diese handfesten materiellen Lebensbedürfnisse drehte sich alles in den ersten drei Nachkriegsjahren. Die nackte Not setzte dem Handeln der Menschen Prioritäten...“²⁹.

Insbesondere Vertriebene, Flüchtlinge und Heimkehrer sahen im Wismut-Bergbau eine neue Perspektive. Aber auch zunehmend mehr Einheimische zog es zur rasch expandierenden Wismut AG. Vom Privilegiensystem des Wismut-Bergbaus ging eine Sogwirkung aus. Zahlreiche kleinere Firmen im näheren Umkreis beklagten die massive Abwerbung von Arbeitskräften. Andere sahen sich, auch unter dem Druck der Belegschaften, gezwun-

25 Vgl. R. Leinweber (Anm. 23), S. 83.

26 Vgl. ebd., S. 84.

27 Vgl. StAPMO, ZPA, IV 2/2027/25.

28 Ebd.

29 W. Abelshäuser (Anm. 24), S. 30.

gen, ihre Werkstätten der Wismut AG zu verpachten. Das Landratsamt Aue befürchtete gar den vollständigen Zusammenbruch der Industrie im Kreis Aue infolge der permanenten Abwanderung von Beschäftigten in Richtung Wismut AG³⁰. Nach der Ausdünnung der lokalen Arbeitsmärkte bekamen auch weiter entfernte Regionen die Anziehungskraft der Wismut AG zu spüren³¹. Ab 1949 konnte auf Zwangsverpflichtungen weitgehend verzichtet werden³². Die Sättigungsgrenzen bei der Belegschaftszahl waren erreicht, teilweise schon überschritten. Ein Teil der Belegschaft, Quellen sprechen Mitte 1949 von 30 Prozent, war nicht ausgelastet³³.

In dem Maße, wie die Nachfrage nach Arbeit bei der Wismut AG über deren Angebot hinauswuchs, begann die Direktion, das Arbeitsregime zu straffen und zu einer strengeren Personalauswahl überzugehen. Einerseits sollten leistungsfähige und qualifizierte Arbeitnehmer mit attraktiven Verdienstchancen und Vergünstigungen, aber auch rüden Entmündigungspraktiken zur Verlängerung ihrer Kontrakte bewogen werden, andererseits wurden zunehmend mehr leistungsschwächere Kumpel schon bei geringfügigen Verstößen oder im Krankheitsfall entlassen. Ende 1949 häuften sich aus diesem Grund bei der Wismut AG Beschwerden von Arbeitsämtern aus allen Ländern der SBZ, in denen die Entlassungswelle beklagt wurde³⁴. Eine rechtliche Handhabe gegen willkürliche Entscheidungen der Unternehmensleitung gab es indessen nicht. Für die Wismut AG galten Ausnahmeregelungen.

Symptomatisch war der Umgang mit der bereits genannten DWK-Verordnung vom 2. Juni 1948 zur „Sicherung und Schutz der Rechte bei Einweisung von Arbeitskräften“³⁵. Den in der Verordnung enthaltenen Passus, wonach der Arbeitsvertrag von einem Zwangsvermittelten nach sechs Monaten aufgekündigt werden konnte, versuchte die Wismut-Direktion, mit Einverständnis des Chefs der sächsischen Polizei, auszuhebeln³⁶. Zwangsverpflichtete mußten ihre Personalpapiere und ihren Personalausweis abgeben. Ohne Personal-

ausweis waren weder eine Wohnungsanmeldung noch der Bezug der kaum entbehrlichen Lebensmittelmarken möglich. Sofern die Betroffenen ihre Kontrakte kündigen wollten, verweigerte die Personalverwaltung in vielen Fällen eine sofortige Herausgabe der Papiere. Den Betroffenen blieb mitunter nur die Flucht. Wer dabei aufgegriffen wurde, kehrte in Handschellen zum Arbeitsort zurück. Ebenfalls auf die Straffung der Arbeitsdisziplin gerichtet war die von General Malzew am 25. März 1949 erlassene Verordnung Nr. 66, die ein strenges Vorgehen gegen „Bummelanten und Simulanten“ anordnete³⁷.

Die großangelegten Werbeaktionen für die Wismut AG liefen Ende 1951 aus. Seit dieser Zeit entwickelten sich die Beschäftigtenzahlen der Wismut AG rückläufig³⁸. Die Regulierung des Arbeitskräftebedarfs erfolgte jetzt hauptsächlich über den Lohn. Immerhin lag der Durchschnittslohn Mitte 1951 in der Wismut AG um nahezu 50 Prozent über dem Durchschnittslohn in der metallverarbeitenden Industrie der DDR³⁹.

Tabelle 1: Registrierte Arbeitskräfte der Wismut AG (Dezember 1946 – April 1950)

Monat	Beschäftigte	Stichtag	Beschäftigte
Dez. 1946	10 000	Dez. 1948	100 000
Dez. 1947	46 000	Juni 1949	137 000
März 1948	50 000*	April 1950	110 000*
Sept. 1948	70 000*	Dez. 1953	133 000

* Beim Arbeitsamt Aue registrierte Arbeitnehmer der Wismut AG.

Quellen: SAPMO, ZPA, Nr. IV 2/2027/25, vom Arbeitsamt Aue registrierte Arbeitnehmer; BAP, Q-2, Nr. 2105, Aktennotiz der LR Sachsen vom 3. November 1949.

Die tatsächliche Beschäftigtenzahl lag möglicherweise noch etwas höher als in Tabelle 1 angegeben, da direkt von der Wismut AG angeworbene Arbeitskräfte sowie sowjetische Arbeiter auf den Ämtern nicht in jedem Fall erfaßt wurden⁴⁰. Bisher ist die Anzahl sowjetischer Bürger an den Wismut-Beschäftigten nur für 1953 bekannt, sie wird mit 3 358 angegeben. Seit Mitte der fünfziger Jahre

30 Vgl. SÄHSTA, LRS, Min. Präs., Nr. 2 253.

31 Vgl. BAP, Ministerium für Gesundheitswesen (Q-2), Nr. 1 698 und Nr. 2 134.

32 Bezogen auf die gesamte SBZ ging die Anzahl der Zwangsvermittelten an den insgesamt Vermittelten von 17,2 Prozent im Juli 1947, über 5,6 Prozent im Juli 1948 auf 2,1 Prozent im Dezember 1948 zurück. (Vgl. BAP, Q-2, Nr. 1 936).

33 Vgl. ebd., Q-2, Nr. 2 105.

34 Vgl. ebd., Nr. 1 995.

35 Ebd.

36 Vgl. ebd., Nr. 2 105.

37 Vgl. ebd., Nr. 1 995.

38 Vgl. BA Koblenz, B 137 (Bundesministerium für Wirtschaft), Nr. 3 153.

39 Vgl. ebd.

40 Sämtliche Zahlenangaben über die Beschäftigtenentwicklung der Wismut AG sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten. Die Fluktuation war vor allem in den ersten Jahren außerordentlich hoch. Nicht mehr haltbar sind jedoch Schätzungen, in denen die Beschäftigtenzahl der Wismut AG in der Spitze mit 250 000 bis 400 000 angegeben wurden. Vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.) (Anm. 3); Vorstand der SPD (Hrsg.) (Anm. 3).

wurde die Belegschaftszahl deutlich reduziert. Arbeiteten 1956 rund 100 000 Menschen bei der Wismut AG, so waren es 1961 nur noch zirka 45 000⁴¹.

V. Soziale Probleme

Das rasche Wachstum forderte seinen Preis. Die Bergbauregion platzte förmlich aus allen Nähten. Soziale Mißstände in den ersten Jahren waren die Folge. Die Ärzteschaft in der Bergbauregion wurde in den Anfangsjahren vom sowjetischen Geheimdienst massiv unter Druck gesetzt. Ärzte, die zu viele der für den Bergbau Gemusterten untauglich schrieben, wurden verhaftet⁴². Große Teile der Belegschaft waren notdürftig in Barackenlagern und Zeltstädten untergebracht. Krankheiten aller Art, insbesondere Geschlechtskrankheiten, häuften sich. Gewalttaten blieben nicht aus. Raubüberfälle, Einbrüche und Mordanschläge waren an der Tagesordnung. Die menschenunwürdigen Bedingungen im Wismut-Gebiet waren dem Zentralsekretariat der SED bekannt. Berichte über die rüden Praktiken der Arbeitsämter und Werber, über tödliche Unfälle, prügelnde sowjetische Obersteiger und die Fluchtwelle von Wismut-Arbeitern standen Pieck, Ulbricht, Selbmann und anderen zur Verfügung. In einem dieser Berichte vom August 1949 heißt es: „Die Einweisung nach Aue wird als eine der schlimmsten Strafen betrachtet... Unsere Zeitungs- und Rundfunkkommentare lügen.“⁴³ Die tatsächlichen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Wismut blieben allerdings für die SED-Führung gering. Ihr wurde von sowjetischer Seite bis 1954 im wesentlichen nur die Verantwortung für soziale Fragen in der Wismut-Region zugebilligt.

Trotz der geschilderten Mißstände – ein den Stalinischen Lagern vergleichbares Regime herrschte bei der Wismut AG nicht. Zeitgenössische Kommentatoren aus den Westzonen hatten wiederholt Parallelen zwischen den Arbeitsbedingungen im sächsisch/thüringischen Bergbauggebiet und den sowjetischen Arbeitslagern bzw. Konzentrationslagern gezogen. Der Vorsitzende der SPD, Schumacher, sprach von „schlimmster Sklavenarbeit“. Solche Vergleiche waren auf dem Höhepunkt des Kalten

Krieges nicht ungewöhnlich und wurden häufig bemüht, zumal einige formale Analogien zur NS-Zeit gegeben waren. Dennoch, eine Gleichsetzung der Wismut-Betriebe mit den Konzentrationslagern der Nazis oder dem Stalinischen Gulag-System geht an der historischen Wahrheit vorbei.

In den ersten Jahren der Wismut AG blieb der Arbeitsschutz weit hinter den Erfordernissen zurück. Das Urangestein wurde per Hand verlesen. Dann kamen die sowjetischen Preßluftschlämmer. „Die liefen zwar sehr schnell“, erinnert sich ein Kumpel, „aber haben die Körper kaputt gemacht. Was die Russen anbrachten, das war ja Steinzeit.“⁴⁴ Die Grubenbewetterung war mangelhaft und Staubschutzmasken fehlten. Auch das Wissen um die Schneeberger Bergmannskrankheit veranlaßte die Generaldirektion nicht zu sofortigen Schutzmaßnahmen. Der geringe Mechanisierungsgrad in Verbindung mit dem Zeitdruck, unter dem die Arbeit stattfand, führte zu zahlreichen schweren Unfällen⁴⁵. Der fahrlässige Umgang mit der Gesundheit der Wismut-Kumpel resultierte sowohl aus den allgemeinen Mangelercheinungen als auch aus dem Zeitdruck, unter dem die Wismut AG aufgebaut wurde.

Mit der Ausweitung des Uranbergbaus war ein latentes Konfliktpotential gegeben. Vor allem die zwangsweise Räumung von Wohnungen zugunsten der Wismut AG rief unter der ortsansässigen Bevölkerung Verbitterung und Proteste hervor. Bei der sowjetischen Generaldirektion fanden die Proteste der Betroffenen kein Gehör. Sie versuchten deshalb mit Eingaben an Pieck und die sächsische Landesregierung zu ihrem Recht zu kommen⁴⁶. Nachdem ein Teil der Bevölkerung eingeschüchtert und die Sprecher der betroffenen Mieter fast kriminalisiert wurden, erzwangen die Behörden schließlich den Wohnungstausch. Ende 1951 versuchte die sächsische Landesregierung, auf die sozial-ökonomische Entwicklung der Wismut-Kreise Einfluß zu nehmen. Ein Bericht „über die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung des Normalzustandes im Wismut-Gebiet“ wurde erarbeitet. Bereits der Titel des Berichts läßt Rückschlüsse zu. Da allerdings selbst die einfachsten Daten (Zahl der Krankenhausbetten in der Wismut-Region, Zahl der kulturellen Einrichtungen) nicht erfaßt werden durften, blieb es im wesentlichen bei Planspielen⁴⁷.

41 Vgl. Wismut GmbH (Hrsg.), Informationen zur Wismut, Chemnitz 1993.

42 Vgl. BAP, Nachlaß Maxim Zetkin (Q-1), Nr. 1612, Notiz vom 16. 7. 1947 betr.: Einsatz im Bergbau.

43 StAPMO, ZPA, Nachlaß Pieck 36/738, Bl. 4ff.

44 Zit. in: R. Paul (Anm. 4), S. 45.

45 Vgl. BA Koblenz, B 137, Nr. 642, Bericht: Zwangsarbeit in der Wismut AG, Januar 1951.

46 Vgl. SÄHSTA, LRS, Min. Präs., Nr. 334, Bl. 7ff.

47 Vgl. ebd., Nr. 2841.

VI. Sonderrechte

Die strategische Bedeutung des Wismut-Bergbaus und die strenge Abschottung nach außen führten Schritt für Schritt zur Herausbildung eines weitgehend autarken Gebildes. Die vielzitierte Sonderversorgung der Wismut-Kreise war Anfang der fünfziger Jahre im Aufbau begriffen. Von Anfang an wurde versucht, für die Bergbaukreise eine über dem Durchschnitt anderer Kreise und Städte liegende Versorgung zu gewährleisten. Symbole der Sonderversorgung waren die „Stalin-Pakete“ – die Analogie zu den seit 1947 für die Bergleute im Ruhrgebiet ausgegebenen amerikanischen „Care-Pakete“ war unverkennbar.

Ende 1951 wurde zwischen der DDR-Regierung und der SKKD eine Vereinbarung getroffen, nach der die DDR ab 1952 die alleinige Verantwortung für den Wohnungs-, Kultur- und Sozialbau im Wismut-Gebiet tragen sollte. Für diesen Zweck stellte die Staatliche Plankommission (SPK) für 1952 insgesamt 150 Mio. Mark zur Verfügung („Sonderbaustab Erzbergbau“)⁴⁸. Nach langem Hin und Her wurde im September 1951 vom Ministerpräsident Grotewohl auch ein „Sonderkommissar für Siedlungsfragen“ eingesetzt. Er hätte wohl eher den Titel „Sonderkommissar für Umsiedlungen“ verdient gehabt. Die sowjetische Generaldirektion verlangte vom Sonderkommissar eine streng vertrauliche Arbeit. Seine wichtigste Aufgabe bestand in der Abwicklung von insgesamt 3 400 Umsiedlungen, „ohne Aufsehen und Härten“⁴⁹. An einer möglichst „geräuschlosen“ Umsiedlung war auch die sächsische Landesregierung interessiert. Enteignungen wurden soweit als möglich vermieden. Grundstücksbesitzer erhielten für ihre Grundstücke 135 Prozent des Preises von 1944, d. h., es kam eine Ausnahmeregelung zur Anwendung⁵⁰. Im wesentlichen gelang es dem Sonderkommissar, bis Ende 1956 die Umsiedlungen ohne größere Verwerfungen abzuwickeln⁵¹. Die Regionalpolitik kam demgegenüber in Anbetracht der nach wie vor geltenden strengen sowjetischen Geheimhaltungsbestimmungen, der begrenzten materiellen Möglichkeiten und der Mißstände der Planwirtschaft zunächst kaum über Ansätze hinaus.

Gegenüber sozialen Spannungen reagierte die sowjetische Direktion zumeist sehr zurückhaltend

48 Vgl. BAP, C-20, Nr. 105.

49 Vgl. ebd.

50 Vgl. ebd., Nr. 223, Bl. 137f.

51 Vgl. ebd.

und überließ deren Schlichtung bzw. Unterdrückung deutschen Behörden. Mehrfach wurde die Polizeigewalt im Wismut-Gebiet in Frage gestellt. Selbst nachdem Ende 1951 mehrere Amtsstuben der Volkspolizei im Saalfelder Revier von Bergleuten gestürmt wurden, wagte es die Polizei nicht, gegen die rebellierenden Bergleute vorzugehen⁵². Der Mangel an Fachkräften und vor allem der enorme Zeitdruck, unter dem die Wismut AG ausgebaut wurde, führten zu einer Konfliktbewältigungsstrategie, die es in dieser extremen Form in keiner anderen sowjetischen Aktiengesellschaft in der SBZ/DDR gab. Zum einen war der Druck auf die Bergleute besonders stark (Sondergebiet, Überwachung, russische Vorarbeiter, Militärgesetzgebung), zum anderen zwangen die Fluktuationen und die Mangelsituation die Generaldirektion zu weitreichenden Zugeständnissen (hohe Löhne, Sonderversorgung, Tolerierung von Straftaten). Der Uranbergbau war somit ein Sonderfall der industriellen Tätigkeit der Besatzungsmacht. Er stellte einen schwerwiegenden Eingriff in das Wirtschaftsgefüge der SBZ dar und belastete die Wirtschaft extrem. Die ökonomischen und sozialen Folgen des Uranbergbaus waren ungleich größer als bei jeder anderen SAG⁵³. Die Folgen des Ausbaus der Wismut-Region „unter Hochdruck“ gehörten zu den schwersten Hypotheken aus der Besatzungszeit. Es fand ein Sozialisierungsprozeß statt, wie es ihn in dieser Extremform in keiner anderen Region der DDR gegeben hat.

VII. Reparationsproduktion

Für die sowjetische Generaldirektion zählte zuallererst das Produktionsergebnis. Moskau brauchte das Urangestein dringend für das Atombombenprojekt und übte einen enormen Druck auf die Leitung der Wismut AG aus. Mit dem Einsatz immer neuer Arbeitskolonnen, zum Teil auch sowjetischer Soldaten, mit Sonderschichten und Produktionswettbewerben wurde die Erzproduktion rasch gesteigert. „Je mehr Erz, desto stärker die Sache des Friedens“, so argumentierte die sowjetische Generaldirektion.

Eine Antwort auf die Frage, welche Leistungen des Unternehmens den Reparationen zuzurechnen sind, fällt nicht ganz leicht, da aus der frühen Zeit der Wismut AG kaum Unterlagen erhalten sind. Immerhin erlauben die aus den Nachlässen von

52 Vgl. BA Koblenz, B 137, Nr. 642, Bericht vom November 1951.

53 Vgl. W. Matschke (Anm. 3), S. 219.

Grotewohl und Selbmann stammenden Angaben die Annahme, daß die Leistungen der Wismut AG von der Sowjetunion zu einem bescheidenen Teil dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Die aufbereiteten Erzmengen wurden in der geheimnisumwitterten „Zeche 50“, in der in den ersten Jahren nur sowjetische Soldaten arbeiteten, gewogen und auf ihren Urangehalt überprüft⁵⁴. Unabhängig von dem vom Sieger diktierten Abrechnungsmodus, der sich nur auf einen fiktiven Preis für das Urkonzentrat bezog, muß bis 1953 ein großer Teil der Betriebskosten der Wismut AG, ausschließlich der Lohnkosten, als Reparationsleistung betrachtet werden, da sämtliche Aufwendungen und Folgekosten zu Lasten der SBZ bzw. DDR gingen. Der hohe Finanzbedarf der Wismut wurde bis 1953 aller Wahrscheinlichkeit nach direkt und indirekt aus deutschen und sowjetischen Quellen (SAG-Gewinne, Beutegeld) gespeist. Insofern besteht bei der Addition aller Reparationsleistungen die Gefahr von Doppelzählungen. Anhand der von der Sowjetunion anerkannten Leistungen kann eine Mindestsumme geschätzt werden.

Tabelle 2: Von der SMAD bzw. SKKD anerkannte Reparationsleistungen der Wismut AG in den Jahren 1949, 1951 und 1952

Jahr	Gutschrift auf Reparationskonto	
	in US-Dollar	Gegenwert in DM (Ost)
1949	33 Mio.	350 Mio.
1951	57 Mio.	600 Mio.
1952	89 Mio.	934 Mio.

Quellen: StAPMO, ZPA, Nachlaß Pieck 36/736, Beratungen Pieck, Grotewohl-Tschuikow vom 22. Januar 1949, 4. April 1951 und 12. Dezember 1951; StAPMO, ZPA Nr. J IV 2/2/208, Sitzungsmaterial des Politbüros vom 11. September 1951.

Die Leistungen der Wismut AG wurden auf US-Dollar-Basis verrechnet. In Abweichung von anderen Reparationsarten legten die Sowjets lediglich eine Kursrelation von 1 US-Dollar: 11 RM/DM (Ost) zugrunde. Die Daten aus der vorstehenden Tabelle hochgerechnet ergäben Reparationsleistungen in Höhe von zirka 3,7 Mrd. DM (Ost), die jedoch höchstens zu Gutschriften von rund 335 Mio. US-Dollar auf dem Reparationskonto geführt haben.

Nach einer recht zuverlässigen amerikanischen Schätzung⁵⁵ (Tabelle 3) beliefen sich die Gesamt-

kosten der Wismut AG bis 1953 auf 7,3 Mrd. RM/DM (Ost) zu laufenden Preisen. Für den Zeitraum von 1956 bis 1960 liegt die Schätzung indessen noch deutlich unter den inzwischen belegbaren Werten (Tabelle 4). In den genannten Zahlen sind die Folgekosten des Wismut-Bergbaus wie Wohnungsbau, Infrastrukturaufwendungen, Entschädigungszahlungen und Sanierungskosten nicht enthalten.

Tabelle 3: Schätzungen der tatsächlichen Aufwendungen der Wismut AG 1946 bis 1960 (Angaben Mio. RM/DM-Ost zu laufenden Preisen)

Jahr	H. Köhler	Jahr	H. Köhler	F. Selbmann
1946	96,0	1954*	876,0	
1947	413,0	1955	750,0	732,0
1948	647,0	1956	709,0	750,0
1949	763,0	1957	406,0	
1950	1 081,0	1958	350,0	642,0
1951	1 594,0	1959	292,0	
1952	1 434,0	1960	250,0	
1953	1 275,0			
1946-1953	7 303,0	1946-60	10 936,0	

* ab 1954 ohne Berücksichtigung der sowjetischen Aufwendungen.

Quellen: Anm. 55, S. 25, sowie für Spalte 5 StAPMO, ZPA, NL 113/26.

Tabelle 4: Gesamtkosten der SDAG Wismut 1955, 1956 und 1958 in Mrd. DM (Ost)

	1955	1956	1958
Gesamtkosten	1,465	1,500	
davon:			
- Betriebsausgaben	1,167	1,192	0,739
- Investitionen	0,186	0,208	0,260
- geolog. Arbeiten auf DDR entfallen	0,111	0,100	
+ jährliche Einzahlung für Aktienkapital	0,732	0,750	0,642
	0,200	0,200	0,0

Quelle: StAPMO, ZPA, NL 113/26, Bl. 1ff.

VIII. Umwandlung in eine sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft

Den rechtlichen Rahmen für das weitere Vorgehen der Wismut AG stellten die Regierungsabkommen vom 22. August 1953 und vom 7. Dezember 1962

54 Vgl. R. Paul (Anm. 4), S. 51.

55 Vgl. Heinz Köhler, *Economic Integration in the Soviet Bloc*, New York-Washington-London 1965, S. 23.

dar⁵⁶. Mit dem Vertrag von 1953 räumte die DDR der Wismut AG das ausschließliche Recht auf die Erkundung und Gewinnung von Urangestein in allen damals in Betrieb befindlichen und künftig zu erschließenden Lagerstätten ein. Per 1.1. 1954 wurde die Wismut in eine sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft umgewandelt. Die sowjetische Seite übergab der SDAG Wismut sämtliche Betriebe mit ihrem Anlagekapital zu einem Bilanzwert von zwei Mrd. DM (Ost). Dieser Wert bildete das Aktienkapital der Gesellschaft. Zur Deckung ihres Anteils sollte die DDR im Verlauf von fünf Jahren eine Mrd. DM (Ost) an die Sowjetunion zahlen, wobei dieser Betrag zum Zweck der Bezahlung der Wismut-Produktion verbraucht wurde.

Der Vorstand der SDAG wurde paritätisch mit je zwei Personen besetzt. Für die ersten fünf Jahre übernahm der Minister für Schwerindustrie der DDR, Fritz Selbmann, den Vorsitz der SDAG. Als Stellvertretender Vorsitzender agierte der sowjetische Handelsminister Semischastnow⁵⁷. Für die folgenden fünf Jahre oblag der Vorsitz der sowjetischen Seite. Ob die Zusammensetzung des Vorstandes die tatsächlichen Entscheidungskompetenzen widerspiegelte, ist fraglich. Die Uranproduktion war für die Sowjetunion viel zu wichtig, als daß auf diesem Gebiet ein substantieller Entscheidungsverzicht zugunsten der DDR denkbar gewesen wäre.

An der Sonderstellung der Wismut änderte sich durch die Bildung der SDAG nichts. Bereits auf der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes am 21. Dezember 1953 wurde die geltende Ordnung zur vorrangigen Versorgung der Wismut ausdrücklich bestätigt⁵⁸. Beibehalten wurde auch der Finanzierungsmodus. Demnach wurden aus dem Staatshaushalt der DDR monatliche Überweisungen auf ein Sonderkonto der Garantie- und Kreditbank AG getätigt. Diese sowjetische Bank war von 1946 bis 1956 für die Abwicklung des gesamten Geschäftsverkehrs der SAG-Betriebe und anderer sowjetischer Einrichtungen in der SBZ/DDR verantwortlich⁵⁹. Im Frühjahr 1954 bestätigte der Vorstand die Eröffnungsbilanz der Ge-

sellschaft. Die bergbaulichen Rechte wurden der SDAG unentgeltlich übertragen. Von Steuer- und Abgabenzahlungen blieb die SDAG Wismut bis auf eine jährliche Pauschalsumme von 4,5 Mio. DM (Ost) für Gemeindesteuern befreit⁶⁰.

Die Betriebskosten für die Uranproduktion, einschließlich Investitionen und Aufwendungen für geologische Erkundungen, wurden von beiden Seiten zu gleichen Teilen übernommen. Doch während die DDR ihren Kostenanteil durch Übernahme der Material- und Lohnkosten ableistete, konnte die Sowjetunion ihren Anteil sowohl durch direkte Zahlungen als auch durch Verrechnungen über Handelsabkommen leisten. Da fast ausschließlich Verrechnungen über Handelsabkommen vorgenommen wurden, die der DDR keine güterwirtschaftliche Entlastung brachten, waren die Aufwendungen für die SDAG Wismut zumindest bis 1962 ungleich verteilt. Diese die Wirtschaft der DDR belastenden Regelungen gaben der DDR-Seite Anlaß zur Kritik. Im Juli 1956 fanden daraufhin auf Regierungsebene Verhandlungen über die Verrechnung der Produktion der SDAG Wismut statt⁶¹.

Im Ergebnis der Verhandlungen wurde der DDR die noch ausstehende Einzahlung von 400 Mio. DM (Ost) auf das Aktienkapital der Gesellschaft erlassen und die Berechnung der Betriebskosten modifiziert. Damit war die Sowjetunion der DDR entgegengekommen, trotzdem sicherte sich die sowjetische Seite über günstige Rubel-DM (Ost)-Kursrelationen Vorteile bei der Bewertung ihrer Kostenanteile. Ein viel weiter reichendes, von Selbmann vorgeschlagenes neues Kostenmodell, wonach die Uranlieferungen außerhalb der Handelsabkommen als zusätzliche Exporte der DDR gelten sollten, wurde von der sowjetischen Seite abgelehnt⁶². Die Hälfte der Aufwendungen für die Uranproduktion plus zehn Prozent der Selbstkosten als fiktiver Gewinn mußten auch weiterhin vom Staatshaushalt der DDR getragen werden. Es sollte dabei allerdings nicht vergessen werden, daß es für Uran keinen Markt gab und das Ziel der Wismut-Produktion aus sowjetischer Sicht nicht in der Erzielung eines wirtschaftlichen Gewinns bestand.

Ob für die Zeit ab 1954 deshalb von reparationsähnlichen Leistungen oder von einem ungleichen

56 Die Verträge sind zur Zeit nicht zugänglich. Deshalb vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 12/939; Gesetz zu dem Abkommen vom 16. Mai 1951 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beendigung der Tätigkeit der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut vom 12. 12. 1991, in: Bundesgesetzblatt, Teil II, 1991, Nr. 31.

57 Vgl. BAP, Ministerium für Schwerindustrie (G-2), Nr. 4 und Nr. 59.

58 Vgl. ebd., Nr. 59, Bl. 184ff.

59 Vgl. Rainer Karlsch, Die Garantie- und Kreditbank

AG – Hausbank der Besatzungsmacht in der SBZ/DDR von 1946 bis 1956, in: Bankhistorisches Archiv, Zeitschrift für Bankengeschichte, (1992)2.

60 Vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 12/939 (Anm. 56).

61 Vgl. StAPMO, ZPA, Nachlaß Selbmann 113/26, Bl. 17.

62 Vgl. ebd., Bl. 2ff.

Handel gesprochen werden sollte oder ob die von der DDR geleisteten Aufwendungen für die Uranproduktion schlechthin als systembedingte Verluste – entstanden in der Folge des Wettrüstens – bewertet werden sollten, müßte noch weiter erörtert werden. Inwiefern die Aufwendungen für die SDAG Wismut von der SED-Führung als notwendiger Beitrag der DDR im östlichen Bündnis angesehen und daher gebilligt wurden, bedarf ebenfalls noch weiterer Klärung. Das Abkommen vom 7. Dezember 1962 verbesserte die Position der DDR insofern, als nunmehr erstmals Preise für das Uran jeweils in besonderen Vereinbarungen zwischen den Vertragspartnern verhandelt werden konnten. Außerdem erhielt die DDR einen Teil der Wismut-Produktion für ihr Kernkraftwerksprogramm. Das zunächst bis Ende 1973 gültige Abkommen wurde später verlängert und sollte bis zum Jahr 2000 in Kraft bleiben.

IX. Das Ende der SDAG Wismut

Bis 1990 war die SDAG Wismut der größte europäische Uranproduzent. Von 1946 bis 1990 wurden von ihr insgesamt 220 000 t Urankonzentrat („Yellow cake“) produziert⁶³. Die Förderkosten lagen während der gesamten Tätigkeitszeit der SDAG Wismut nach deren eigenem Bekunden weit über den Weltmarktkosten, sofern bei Urangestein überhaupt von einem Weltmarkt gesprochen werden kann. Mit dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR vom 16. Mai 1991 über die Beendigung der Tätigkeit der SDAG Wismut schließt sich ein weiteres Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Die Rechtsnachfolge der SDAG Wismut hat das Bundeswirtschaftsministerium angetreten. Während der Uranbergbau und die damit zusammenhängenden Tätigkeitsfelder eingestellt wurden, existieren die ehemaligen Maschinen-, Bau- und Montanbetriebe der Wismut als selbständige Unternehmen fort.

Die jahrzehntelange Gewinnung und Verarbeitung von Uranerzen haben die Landschaft und die Umwelt in Sachsen und Thüringen nachhaltig beeinflußt. Mit der Einstellung des Uranbergbaus wurden die Umweltbelastungen und Gesundheitsrisiken deutlich sichtbar. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen liegt das größte Gefährdungspotential bei den Aufbereitungsrückständen, die in riesige Schlammteiche eingeleitet wurden. So lagern in den Schlammteichen der Aufberei-

tungsanlagen Seelingstädt und Crossen insgesamt rund 150 Mio. m³ Schlämme, die noch Uranreste, vor allem aber radioaktive Folgeprodukte des Urans enthalten⁶⁴.

Die Wismut AG selbst war es, die 1990 erste erschreckende Zahlen über gestorbene und lebensgefährlich erkrankte Uran-Bergleute vorlegte. Inzwischen ist von 7 000 gemeldeten Bergleuten mit Lungenkrebs und 6 000 „Silikose-Verdachtsfällen“ die Rede⁶⁵. „Ob und inwieweit auch die Wohnbevölkerung durch den Uranbergbau gesundheitlich geschädigt worden ist, läßt sich heute noch nicht klar beurteilen.“⁶⁶ Die wirkliche Zahl der Wismut-Opfer wird kaum noch zu ermitteln sein.

Im August 1991 hat die Wismut GmbH, die heute für die Sanierung der Altlasten zuständig ist und damit vor einer weltweit einmaligen Aufgabe steht, eine Sanierungskonzeption vorgelegt. Eine zweite, überarbeitete Fassung folgte im September 1992. Seitdem wurde u. a. ein Umweltkataster erarbeitet und die radioaktive Kontamination auf einer Fläche von 11 885 ha erfaßt. Nach den Angaben des Katasters gehören 3,4 Prozent der gesamten Fläche zu den durch Abdeckung, Bodenaustausch oder andere Maßnahmen zu sanierenden Gebieten⁶⁷. Die Konzepte für die Sanierung der Altlasten müssen sich nunmehr im Spannungsfeld zwischen kurzfristig gebotener Verbesserung der Umweltqualität und langfristiger Zuverlässigkeit bewähren.

Noch über viele Jahre werden die Folgen des Uranbergbaus den Bundeshaushalt belasten. Der Bund wird die Sanierung der der Wismut GmbH gehörenden Flächen mit jährlichen Aufwendungen von rund 800 Mio. DM in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren finanzieren⁶⁸. Diese erheblichen Sanierungsaufwendungen gehören mit zum Preis der Einheit und können mit einiger Berechtigung als Folgekosten des Kalten Krieges angesehen werden. Während die wirtschaftlichen Folgen der Teilung und der sowjetischen Reparationsforderungen zum größten Teil von der SBZ/DDR getragen werden mußten⁶⁹, sind die Folgekosten des Kalten Krieges nur vom geeinten Deutschland zu bewältigen.

64 Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Wismut. Stand der Stilllegung und Sanierung. Dokumentation Nr. 335, S. 10 f.

65 Vgl. R. Paul (Anm. 4), S. 89.

66 Vgl. Wismut und die Folgen des Uranbergbaus. Reihe: Wissenschaftliche Diskurse, Nr. 31, Bonn 1992, S. 40.

67 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Anm. 64).

68 Vgl. ebd., S. 32.

69 Vgl. Rainer Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993.

63 Vgl. Denkschrift zum Abkommen vom 16. Mai 1991, Bundestagsdrucksache 12/939 (Anm. 56).

Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR

I. Einleitung

Die letzten Oktobertage des Jahres 1946 stellten für das durch den Krieg erheblich angeschlagene Transport- und Kommunikationssystem der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) eine schwere Belastungsprobe dar. Die wichtigsten der in der SBZ für die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) auf rüstungsrelevanten Gebieten arbeitenden deutschen Naturwissenschaftler und Techniker wurden damals per Bahn in die UdSSR gebracht¹. Die großangelegte Zwangsverpflichtung² schloß die Familienangehörigen mit ein und kam für die meisten der Betroffenen überraschend. Gemeinsam mit den Fachleuten und ihren Familien gingen auch die entsprechenden Forschungsausrüstungen und -anlagen in Richtung Osten auf die Reise. 84 Prozent³ aller als so-

nannte „Spezialisten“⁴ nach 1945 in der UdSSR tätigen Deutschen wurden im Rahmen dieser Zwangsverschickung vom Oktober 1946 dorthin gebracht.

Bis heute sind die Ereignisse und Hintergründe dieses Transfers und seine Auswirkungen nur ausschnittsweise bekannt geworden. Die Forschung zu diesem Thema befindet sich noch in den Anfängen. Erst seit 1992 liegt dazu der Öffentlichkeit eine systematische Untersuchung von Ulrich Albrecht u.a. vor, die unter anderem auf eine Reihe von Forschungslücken und methodologischen Schwierigkeiten aufmerksam machte. So war es aufgrund der lückenhaften Quellenlage schwierig, Daten, Fakten und Schauplätze zu diesem Thema zu rekonstruieren. Die Öffnung der DDR-Archive bietet nun die Möglichkeit, das von Albrecht u.a. geschätzte Ausmaß des „intellektuellen Transfers“ und die von neueren Arbeiten⁵ vorgelegten Forschungsergebnisse zu überprüfen und weiterführende Fragen zu stellen.

In diesem Beitrag wird zum einen versucht, einige der bestehenden Unschärfen in der Datenbasis mit Hilfe neu erschlossener Archivalien zu beseitigen. Zum anderen sollen hier Strukturwirkungen des

1 Vgl. Ferdinand Brandner, *Ein Leben zwischen Fronten. Ingenieur im Schußfeld der Weltpolitik*, München 1987², S. 177; Werner Albring, *Gorodomlia. Deutsche Raketenforscher in Rußland*, hrsg. von Hermann Vinke, Hamburg 1991², S. 72; Ulrich Albrecht/Andreas Heinemann-Grüder/Arend Wellmann, *Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945*, Berlin 1992, S. 12.

2 In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1946 lief die auch als „Ossawakim“ bezeichnete Aktion des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes NKWD (*Narodnyi kommissariat wnutrennyk del*) an. Inwieweit diese Code-Bezeichnung allerdings zutreffend ist, muß erst noch durch künftige Forschungen überprüft werden. So liegt ein durch Quellen abgesicherter Beleg für diese Bezeichnung der Aktion im Oktober bisher nicht vor. „Ossawakim“ entspricht mit aller Wahrscheinlichkeit der unkorrekt wiedergegebenen Bezeichnung „OSOAWIACHIM“ (*Obschtschestwo sodejstwija oborone i awiacionnomu i chimitscheskomu stroitelstwu w SSSR*), hinter der sich die 1927 in der UdSSR gegründete und später umbenannte (DOSAAF) Massenorganisation „Gesellschaft zur Zusammenarbeit bei der Verteidigung und des Aufbaues der Luftfahrt und Chemie“ verbirgt. „OSOAWIACHIM“ hatte später in der paramilitärischen Organisation „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) in der DDR ein Pendant. Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 15; vgl. ferner Rainer Karlsch, *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953*, Berlin 1993, S. 152 ff., 252.

3 Dieser prozentuale Anteil bezieht sich auf die von Albrecht u. a. zugrunde gelegte Zahl von 2370 Personen. Diese Grundgesamtheit entspricht den namentlich bekannt gewordenen Spezialisten. Die Familienangehörigen sind hierbei ausgeklammert. Die Maximalrechnung ließ einen Schätzwert

von 3500 Naturwissenschaftlern und Technikern zu. Eine Minimalrechnung ergab eine Gesamtzahl von nicht mehr als 3000 Spezialisten. Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 176 ff.

4 Der Begriff „Spezialisten“ wird hier in seinem damaligen Kontext – als sowjetische Sammelbezeichnung für Fachleute – verstanden, d. h., er bezieht sich nicht nur auf Spitzenwissenschaftler, sondern auch auf die zur Umsetzung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse notwendigen Ingenieure, Techniker, Meister und Facharbeiter. Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 9; André Steiner, *Die Rückkehr deutscher „Spezialisten“ aus der Sowjetunion in die DDR. Integration und Rückwirkungen*, Vortragsfassung für die Konferenz „Allied Technology Transfer from Germany after 1945 or „Intellectual Reparations““, 16. bis 18. September 1993, German Historical Institute, Washington, D. C., S. 1. Die Beiträge dieser Konferenz werden im Herbst 1994 im Journal „History and Technology“ veröffentlicht.

5 Erste weitergehende und auf archivalischen Quellen beruhende Überlegungen über die Effekte der sowjetischen Indienstnahme deutscher Spezialisten für die SBZ und die DDR-Volkswirtschaft wurden von folgenden Autoren bisher vorgenommen: R. Karlsch (Anm. 2); Matthias Judt, *Exploitation by Integration? The Re-orientation of the German Economies by Research and Production Controls after 1945*, Vortragsfassung für die Konferenz (Anm. 4); A. Steiner (Anm. 4).

Spezialistentransfers hinsichtlich verschiedener Wirtschaftsbereiche für die SBZ und DDR dargelegt werden. Die Grundlage für die Analyse bildet die „Spezialistenkartei“⁶ (Mdl-Kartei) der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern (Mdl) der DDR aus dem Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BAP).

II. Struktureffekte des Spezialistentransfers in der SBZ und DDR

1. Die Verschickung der deutschen Spezialisten in die UdSSR (1945–1947)

Schätzungsweise wurden am Ende des Zweiten Weltkrieges – zwischen 1945 und 1947 – rund 2 500

6 Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BAP) 34.0, Spezialistenkartei A–Z, Signatur-Nummer 34661. Diese Kartei wurde von der Abteilung Bevölkerungspolitik der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern der DDR (Mdl) bei der Rückkehr der deutschen Spezialisten angelegt. Insgesamt sind in der Kartei des Mdl 2 401 Spezialisten namentlich erfaßt. Hinzu kommen Karteikarten über gesondert erfaßte Angehörige. Diese Personen wurden in die Gesamtrechnung der Angehörigen mitaufgenommen. Bei zirka zwölf Prozent der namentlich aufgeführten Spezialisten fehlten Eintragungen entweder über die Tätigkeit vor der Verschickung, die Tätigkeit nach der Rückkehr oder es fehlten beide Tätigkeitsverweise bzw. noch weitere Angaben („ungeklärte Fälle“). Die bis 1949 zurückgekehrten Spezialisten sind nicht in der Kartei berücksichtigt. Vgl. U. Albrecht (Anm. 1), S. 182. Die Registrierung begann 1950 und endete 1958. Ab 1956 ist die Erfassung der Spezialisten zum Teil lückenhaft. Stichproben ergaben, daß Spezialisten wie Adolf Peter Thiessen und Max Steenbeck (Rückkehr 1956) fehlten. Dabei handelte es sich um sogenannte „Spitzenkräfte“, die wahrscheinlich von anderen staatlichen Institutionen oder Einrichtungen der DDR empfangen und betreut wurden, d. h., die Abteilung Bevölkerungspolitik der Hauptabteilung (HA) Innere Angelegenheiten des Mdl war nicht mehr direkt zuständig und erhielt bei Ankunft dieser Spezialisten keine entsprechenden Angaben mehr. Des Weiteren sind für das Jahr 1957 keine Spezialisten in der Kartei erfaßt, und für das Jahr 1958 wurden nur drei registriert. In den Jahren 1957/58 waren aber nach einem Aktenvermerk des zuständigen Hauptreferenten für die „Gruppe Repatriierungen und Asyl“ der HA Innere Angelegenheiten des Mdl insgesamt noch 28 deutsche Fachleute mit dem Status „Spezialisten“ in der UdSSR. Vgl. BAP 34.0, Aktenvermerk vom 27. 3. 1957, Sign.-Nr. 2506. Aufgrund dieser Unstimmigkeiten – Fehlen der Remigranten bis 1950 (zirka 30 Personen) und Lücken bei der Registrierung ab 1956 – sowie möglicher anderer Unsicherheitsfaktoren mußte die Zahl von 2 401 Spezialisten um höchstens 100 Personen nach oben korrigiert werden. Insgesamt waren damit nicht mehr als rund 2 500 Spezialisten in der UdSSR. In dieser Rechnung sind die Spezialisten, die als Zivilinternierte, Kriegsgefangene und andere in die UdSSR gekommen waren und diesen Status während ihres Aufenthaltes oder bis zu ihrem eventuellen Tod in der UdSSR behielten bzw. danach nicht weiter als Spezialisten geführt wurden, nicht berücksichtigt worden.

deutsche Spezialisten mit rund 4 600 Angehörigen in die UdSSR gebracht⁷. Unmittelbar nach Kriegsende hatte die sowjetische Besatzungsmacht vor allem die für den Bau einer Atombombe notwendigen deutschen Fachkräfte ins Land geholt⁸.

Im Sommer 1945 begann die SMAD des Weiteren auf dem Gebiet der SBZ eine Reihe von Versuchskonstruktionsbüros⁹ mit deutschen Fachkräften zu bilden, deren Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sich im wesentlichen auf rüstungsrelevante Gebiete konzentrierten¹⁰. Ein Teil der Fachleute aus diesen Versuchskonstruktionsbüros kam speziell in der schon erwähnten Sonderaktion vom Oktober 1946 in die UdSSR.

Die Vorauswahl für diese Aktion erfolgte im Juli 1946¹¹. Zu diesem Zeitpunkt wurde zum Beispiel den in einem Versuchskonstruktionsbüro zusammengefaßten Spezialisten der ehemaligen Junkers-Flugzeugwerke mitgeteilt, daß aufgrund eines Befehls aus Moskau eine Reduzierung des Personals vorgenommen werden mußte, da eine Fortführung von Forschungen für die weitere Rüstung unzulässig sei und man diplomatische Verwicklungen mit den westlichen Alliierten befürchte. Es wurden deshalb Listen zur Entlassung von Mitarbeitern aufgestellt. Die so erfaßten Mitarbeiter vermittelte man auch tatsächlich in andere Betriebe. Im August/September 1946 erfolgte noch einmal eine Reduzierung des Personalbestandes. Damit wußte die sowjetische Seite schließlich ziemlich genau, wer wirklich „wichtig“ war¹².

Bis 1947 wurde dann nur noch eine kleine Anzahl von Fachleuten in die UdSSR geholt. Dies betraf

7 Vgl. ebd.

8 Der Anteil der zwischen Mai und November 1945 verschickten Atomforscher betrug vier Prozent. Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 176, und Anm. 3.

9 Die Versuchskonstruktionsbüros wurden im Russischen als Opytnoye Konstruktorskoye Byuro (OKB) bezeichnet. Die deutschen Spezialisten benutzten des Weiteren die Bezeichnung Sonderkonstruktionsbüro (SKB). Diese OKB/SKB waren zum Teil identisch mit den als Wissenschaftlich-technische Büros (WTB) bezeichneten Forschungseinrichtungen in einzelnen ostdeutschen Unternehmen bzw. SAG-Betrieben. Sie unterstanden der SMAD/SKK (Sowjetische Kontrollkommission) oder direkt Dienststellen in der UdSSR. Die letzten WTB wurden zum 1. Januar 1954 der DDR übergeben. Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch, München 1990, S. 33.

10 Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 180; BAP (Anm. 6).

11 Vgl. Heinz Hartlep, Entwicklung des Turbostrahltriebwerkes Pirna 014 und des Verkehrsflugzeuges 152. Eine Chronik über 15 Jahre Luftfahrtentwicklung im Osten Deutschlands, Deutsches Museum, München 1991, S. 9.

12 Ebd.

Tabelle 1: Verteilungsstruktur der Spezialisten vor der Verschickung* und nach der Rückkehr (in Prozent)

<i>Industriebereiche</i>	83,3	67,7
davon:		
Maschinenbau	49,1	30,8
Elektrotechnik	15,6	14,4
Feinmechanik/Optik	12,2	12,8
Chemie	3,7	3,6
Andere Bereiche ¹	2,7	6,1
<i>„Nichtproduktive“ Bereiche</i>	11,9	14,6
davon:		
Raketentwicklung ²	6,5	–
Rundfunk	–	2,6
Forschung ³	3,3	5,2
Sonstige ⁴	2,1	6,9
<i>Westabgänge</i>	–	10,8
<i>Ungeklärte Fälle</i>	4,8	6,8
	100,0	100,0
Grundgesamtheit (absolut)	2401	2401

* Diese Struktur spiegelt nicht direkt den Beschäftigungsbereich bei Kriegsende (Mai 1945) wider, sondern zeigt die Beschäftigung in der SBZ bis zur Verbringung in die UdSSR, d. h. für den Hauptanteil der deutschen Fachkräfte bis zum Oktober 1946.

1 Andere Wirtschaftsbereiche waren Grundstoff-, Leicht- und Lebensmittelindustrie.

2 Eine Aufschlüsselung der für diese Entwicklung zusammengefaßten Spezialisten nach den Industrie- und

Forschungsbereichen, aus denen sie ursprünglich bei Kriegsende stammten, war im nachhinein nicht mehr möglich. Da die Amerikaner die Kerngruppe der deutschen Raketenspezialisten unter Wernher von Braun in die USA gebracht hatten, suchte sich die sowjetische Seite aus den verschiedensten Industrie- und Forschungsbereichen Spezialisten für die Raketentwicklung zusammen. Ein Schwerpunktbereich befand sich in Sömmerda, wo auch Produktionsstätten von Rheinmetall-Borsig angesiedelt waren. Der Hauptteil der Raketenfachleute arbeitete jedoch im Harz-Gebiet, in welches man bei Kriegsende auch die wichtigsten Anlagen aus Peenemünde verlagert hatte. Von insgesamt rund 5000 überwiegend deutschen Beschäftigten, die für die sowjetische Raketentwicklung in der SBZ 1945/46 arbeiteten, kamen nur drei Prozent als Raketenspezialisten in die UdSSR. Rund 75 Prozent dieser in die UdSSR überführten Raketenspezialisten hatten vorher in den Versuchs- und Produktionsstätten im Süd-Harz (bei Bleicherode) gearbeitet. Der übrige Teil stammte aus Sömmerda.

3 Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin/Adlershof und von verschiedenen universitären und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Nach der Rückkehr sind hier Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW), das Ardenne-Institut und universitäre Einrichtungen erfaßt.

4 Beschäftigte in Verwaltungseinrichtungen, Spezialisten von nicht näher bestimmbarer sowjetischer Konstruktionsbüros, ehemalige Soldaten, Studenten, Lehrer sowie in der UdSSR verstorbene Spezialisten.

Quelle: Nach BAP 34.0, Spezialistenkartei A-Z, Sign.-Nr. 34661.

insbesondere Spezialisten aus der chemischen Industrie¹³. Neben diesen Naturwissenschaftlern und Technikern nutzte die sowjetische Seite qualifizierte deutsche Kriegsgefangene und Zivilinterne für ihre laufenden Forschungs- und Entwicklungsprogramme¹⁴.

2. Die Verteilung der Spezialisten vor ihrer Verschickung

Nimmt man einmal die in der MdI-Kartei registrierten Rückkehrer als Grundlage für die nähere Bestimmung der Verteilungsstruktur der deutschen Spezialisten vor ihrer Verschickung, so waren 83 Prozent der Spezialisten vor ihrem Abtrans-

port in verschiedenen Industriebranchen der SBZ tätig gewesen. Der Hauptteil der Fachleute aus der Industrie kam mit 49 Prozent aus dem Maschinenbau, wie aus Tab. 1 zu ersehen ist. Das Hauptinteresse der sowjetischen Seite richtete sich hier auf Spezialisten, die im deutschen Flugzeug- und Motorenbau beschäftigt waren. Sie stellten 96 Prozent der im Maschinenbau Tätigen. Von diesen kamen 64 Prozent aus den Junkers-Werken bei Dessau, 20 Prozent aus den in der SBZ gelegenen Betrieben der BMW und 15 Prozent aus den Siebel-Flugzeugwerken in Halle. Andere deutsche Flugzeugunternehmen wie Arado (Brandenburg, Warnemünde), Heinkel (Rostock-Marienehe, Oranienburg), Messerschmitt und Henschel (Berlin) waren lediglich mit einem Anteil von weniger als ein Prozent beteiligt.

Die Elektroindustrie nahm mit rund 16 Prozent den zweiten Platz in der Rangfolge derjenigen Industriebereiche ein, welche einen signifikanten Entzug von Fachkräften zu verzeichnen hatten. Den Schwerpunkt bildeten hier die Betriebe der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), insbesondere die AEG-Fabriken in Berlin Ober-

13 Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 176; Alfred Neubauer, Im hohlen Zahn des Löwen. Deutsche Chemiker in der Sowjetunion unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Chemie in unserer Zeit, 26 (1992)1, S. 17.

14 Vgl. Kurt Berner, Spezialisten hinter Stacheldraht. Ein deutscher Physiker enthüllt die Wahrheit, Berlin 1990; U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 13; Bernhard Weber, Erlebnisse in und um Stalins geheimen Atombereich. Dokumentation einer ungewöhnlichen Kriegsgefangenschaft 1945 bis November 1953, Aachen 1993.

spre¹⁵. Die SMAD wandelte diese Oberspreewerke (OSW) in die Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) „Labor- und Versuchswerk Oberspreewerke“ um. Allein aus den OSW kamen 58 Prozent der Spezialisten der Elektroindustrie. Des Weiteren gründete die SMAD auf dem Gelände der Gesellschaft für Maschinenbau (GEMA) das Konstruktionsbüro „Institut Berlin“. Aus diesem Institut rekrutierten sich 15 Prozent der Fachleute aus der Elektroindustrie, die in die UdSSR gebracht wurden. Diese Gruppe beschäftigte sich im wesentlichen mit Problemen der Hochfrequenztechnik und der Fernlenkwaffenentwicklung. Hier waren allerdings auch Spezialisten aus Einrichtungen beschäftigt, die eigentlich anderen Industriebetrieben zugeordnet werden müßten. So dürften unter anderem Fachleute aus dem Henschel-Unternehmen dort tätig gewesen sein, da sich Henschel in beträchtlichem Maße während des Krieges auf Entwicklungen für Fernlenkwaffen konzentriert hatte¹⁶. Eine dritte große Spezialistengruppe stellte das Siemens-Unternehmen. Ihr Anteil an den Spezialisten der Elektroindustrie machte zirka 20 Prozent aus.

Aus dem Bereich der Feinmechanik/Optik holte sich die sowjetische Seite zwölf Prozent der Spezialisten, etwas weniger als aus der Elektroindustrie (Tab. 1). Hier stellte mit fast 91 Prozent das Unternehmen Carl Zeiss aus Jena den Hauptanteil. Weitere Gruppen von Spezialisten der Feinmechanik/Optik kamen aus den Schott-Werken (vier Prozent), die ebenfalls in Jena standen, und den feinmechanischen Askania-Werken.

Der vierte Industriebereich, der eine signifikante Anzahl von Spezialisten für die UdSSR stellen mußte, war die chemische Industrie mit einem Anteil von zirka vier Prozent an den Spezialisten aus der Industrie (Tab. 1). Der Hauptteil der Chemie-Spezialisten wurde aus den Leuna-Werken (Anteil 48 Prozent), der Agfa-Filmfabrik Wolfen (Anteil 23 Prozent) sowie aus Bitterfeld und von Buna abgezogen.

Bei der Betrachtung der nicht zu den Industriebranchen zählenden Bereiche fällt auf, daß mit rund drei Prozent nur wenige Spezialisten direkt aus wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen kamen. Die Ursache lag wohl in der Tatsache begründet, daß durch den Krieg der überwiegende Teil der deutschen Naturwissenschaftler und Tech-

niker in die Forschungsinstitute und -einrichtungen der deutschen Rüstungsindustrie gedrängt wurden. Die oben aufgeführten Industriebereiche galten ohne Zweifel als Schwerpunktbereiche der Rüstungsindustrie und -entwicklung. Ein Großteil des Forschungspersonals muß deshalb auch in den angeführten prozentualen Anteilen der Industriebereiche vermutet werden.

3. Tätigkeit in der UdSSR und Forschungskontrolle in der SBZ/DDR

Dieses beschriebene Strukturbild blieb in der UdSSR allerdings in dieser Form nicht weiter bestehen, da dort zum Teil neue Spezialistengruppen gebildet wurden und es zu einer weiteren „Durchmischung“ entsprechend der Forschungsprojekte kam. Nach Schätzungen von Albrecht u. a. gab es in der UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 59 deutsche „Spezialisten“-Gruppen und eine Reihe von Einzelforschern, die sich maßgeblich auf den Gebieten Chemie (3 Prozent), Optik (12 Prozent), Raketen (17 Prozent), Flugzeugentwicklung (35 Prozent), Marine (3 Prozent) und Atomforschung (11 Prozent) betätigten¹⁷. Hinsichtlich der Verteilung der Spezialisten auf bestimmte Forschungsgebiete muß jedoch der von Albrecht u. a. angenommene Anteil der Luftfahrtforschung wesentlich höher veranschlagt werden, wenn man davon ausgeht, daß 47 Prozent der Spezialisten – gemessen am Gesamtumfang vor der Verschickung – in Unternehmen des Flugzeug- und Triebwerksbaus beschäftigt waren. Dagegen dürfte der von Albrecht u. a. ausgewiesene Anteil der deutschen Spezialisten an der Raketenforschung eher geringer gewesen sein. Für die Optik und Chemie stimmen die Anteile dieser Forschungsbereiche weitestgehend mit den prozentualen Anteilen der Industriestruktur vor der Verschickung überein, wie Tab. 1 zeigt.

Parallel zum Spezialistentransfer liefen in den verbliebenen Versuchskonstruktionsbüros bzw. Wissenschaftlich-technischen Büros, die meist zu SAGs gehörten, weniger brisante Forschungsarbeiten in der SBZ/DDR weiter. Ferner wurden die Hochschulen, Universitäten sowie wieder zugelassene wissenschaftliche Institute der SBZ/DDR mit Forschungsaufträgen verschiedener SAG-Betriebe oder sowjetischer Ministerien betraut¹⁸. Die mei-

17 Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 180.

18 BAP DF 4, Zusammenfassender Plan, 1952, Sign.-Nr. 124; BAP DF 4, Aktenvermerk über Kontrollratsthemen des VEB Carl Zeiss Jena, 1952, Sign.-Nr. 717; BAP DF 4, Sign.-Nr. 720, Blatt (Bl.) 19–21 und 47–52; Universitätsarchiv der TU Dresden, Rektorat, Meldungen über Forschungsangelegenheiten, 1948, Signatur I/693.

15 Vgl. Gert Hausch, Das Imperium AEG-Telefunken. Ein multinationaler Konzern, Frankfurt/M. 1979, S. 41 ff.; U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 161.

16 Vgl. Heinz J. Nowarra, Die deutsche Luftrüstung 1933–1945, Band 2, Koblenz 1987, S. 17.

sten der Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die nicht unter die alliierten Produktions- und Forschungsbeschränkungen¹⁹ fielen, mußten ungeachtet dessen ein Genehmigungsverfahren bei der SMAD/Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) durchlaufen²⁰. Das gleiche traf auch für neu zu gründende wissenschaftliche Forschungseinrichtungen und deren Forschungspläne zu²¹. So konnten auf der Grundlage der alliierten Kontrollratsbestimmungen über die Entmilitarisierung Deutschlands die in der SBZ/DDR verbliebenen Naturwissenschaftler und Techniker sehr wirksam überwacht und unter anderem auch weiter indirekt für die sowjetische Rüstungsindustrie genutzt werden²².

4. Die Rückführung der deutschen Spezialisten aus der UdSSR (1949–1958)

Die Rückkehrdaten der MdI-Kartei bestätigen die von Albrecht u. a. ermittelten Remigrationsschübe weitestgehend. Allerdings ergibt sich hinsichtlich der Relationen der Rückkehrschübe in den Jahren 1950 bis 1956 bei den Daten der MdI-Kartei ein anderes Bild, wie Tab. 2 verdeutlicht.

Die eigentliche Rückführung der Spezialisten aus der UdSSR begann 1950. Damit wird indirekt verdeutlicht, daß nach etwa vier bis fünf Jahren die sowjetische Seite das Wissen der Deutschen meist abgeschöpft hatte. Nach der „Abschöpfungsphase“ (1945–1950/51) folgte eine „Abkühlungsphase“ (1951–1958), in der die in der UdSSR weiter verbliebenen deutschen Spezialisten sich mehr und mehr mit zivilen Forschungsprojekten beschäftigen konnten. Die territoriale und informelle Isolation in der UdSSR schränkte die Bedeutung solcher Forschungsarbeiten jedoch ein.

Die Betrachtung der Rückwanderung unter dem Aspekt der Beschäftigungsstruktur vor der Verschickung der Spezialisten (Tab. 1 und 2) zeigt, daß bis 1955 das Gros der Spezialisten aus dem Maschinenbau, der Elektroindustrie, Feinmecha-

Tabelle 2: Rückkehrverteilung der Spezialisten nach Jahren im Vergleich (in Prozent)

Jahre	Rückkehrverteilung nach Albrecht u. a.	Rückkehrverteilung nach MdI-Kartei
1947–1949	1	–
1950	12	24,3
1951	9	9,7
1952	25	31,2
1953	7	15,2
1954	14	11,0
1955	24	5,7
1956/57	5	2,8 ¹
1958/59	3	0,1 ²

1 Für das Jahr 1957 lagen keine Angaben vor. Vgl. auch Anm. 6.

2 Für das Jahr 1959 lagen keine Angaben vor. Vgl. ebd.

Quelle: U. Albrecht u. a. (Anm. 1) S. 182. Nach BAP 34.0, Spezialistenkartei A–Z, Sign.-Nr. 34661.

nik/Optik und Chemie in die DDR zurückgekehrt war. Während die Spezialisten des Maschinenbaus „permanent“ in großen Schüben zwischen 1950 und 1954 zurückkehrten, waren für die Rückkehrer, die ehemals aus der Elektroindustrie kamen, in den Jahren 1950 und 1952 Migrationsschübe zu verzeichnen. 83 Prozent der Spezialisten aus dem Bereich Feinmechanik/Optik kamen im Jahre 1952 aus der UdSSR zurück, und von den Chemie-Fachleuten erhielten die meisten ihre Rückkehrerlaubnis 1951 und 1954. Der größte Teil der bei der Verbringung direkt aus dem Bereich „Forschung“ mitgenommenen Spezialisten traf ab 1954 in der DDR ein. Etwa 68 Prozent der im Oktober 1946 zwangsverpflichteten Raketenforscher kehrten 1952 aus der UdSSR zurück. Das gleiche traf auch für 78 Prozent der Spezialisten aus dem Carl-Zeiss-Unternehmen zu. Viele der Atomforscher, die als erste in die UdSSR gebracht wurden, konnten ab 1955 nach Deutschland zurückkehren²³.

Die DDR-Führung brachte den Rückkehrern große Aufmerksamkeit entgegen, da man sich von diesen Spitzenkräften belebende Impulse im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit der DDR-Wirtschaft und einen Reputationsgewinn versprach²⁴. So versuchte man, den heimkehrenden Spezialisten und ihren Familien die meisten ihrer – für die damalige Zeit nicht einfachen – Wünsche zu erfüllen. Dies löste unter der Bevölkerung einigen Mißmut aufgrund der Bevorzugungen aus. Es gab vor allem Probleme bei der beruflichen Neuorientierung und bei den Arbeitsverträgen durch hohe Gehaltsforde-

19 Es handelte sich hierbei um das am 29. April 1946 verabschiedete „Gesetz zur Regelung und Überwachung der wissenschaftlichen Forschung“ Nr. 25 des Alliierten Kontrollrates. Der SMAD-Befehl Nr. 79 vom 9. April 1947 unterstrich dieses Gesetz noch einmal ausdrücklich. Eine teilweise Aufhebung der Beschränkungen erfolgte im April 1951. BAP DF 4. Weitere Einzelheiten zum Fortfall der Produktionsbeschränkungen, 1951, Sign.-Nr. 717.

20 BAP DF 4, Forschungs-/Entwicklungsarbeiten laut Kontrollratsgesetz Nr. 25, Sign.-Nr. 717.

21 BAP DF 4, Antrag auf Genehmigung der Tätigkeit der wissenschaftlichen Forschungsanstalten (Formulare), Sign.-Nr. 717.

22 Universitätsarchiv der TU Dresden (Anm. 18), Signatur I/693.

23 Vgl. A. Steiner (Anm. 4), S. 10.

24 Vgl. ebd., S. 13.

rungen der Spezialisten sowie Unstimmigkeiten bei der Betreuung der Rückkehrer unter den Mitarbeitern in den staatlichen Stellen²⁵.

Die Intensität der Aufmerksamkeit der DDR-Führung nahm ab 1953 noch weiter zu, als die sowjetische Seite immer mehr darauf drängte, den verbliebenen hochqualifizierten deutschen Spezialisten in der UdSSR lukrative Arbeitsmöglichkeiten in der DDR zu bieten, um einer Abwanderung in den Westen entgegenzuwirken²⁶. Darüber hinaus gingen die Sowjets auch unterschwellig davon aus, daß die zurückgekehrten deutschen Spezialisten schnell wieder ihren Platz in der „scientific community“ des geteilten Deutschlands finden würden und wissenschaftliche und technische Informationen aus dem Westen damit vielleicht leichter für die UdSSR zugänglich sein würden. In diesem Sinne äußerte sich jedenfalls im Oktober 1955 ein Sowjetunion-Spezialist in einem Gespräch mit Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Er wies darauf hin, daß die UdSSR außerordentlich daran interessiert sei, „unsere Beziehungen zu Westdeutschland und zu den kapitalistischen Ländern zu benutzen, damit wir auf diese Art die neuesten Informationen empfangen können“. Weiter heißt es, „wir hätten die Aufgabe, das, was für die Sowjetunion schwer zu beschaffen ist, zu besorgen“²⁷.

Die Befürchtungen einer hohen Abwanderung von Spezialisten in den Westen war durchaus zutreffend. Aus der Spezialistenkartei des MfI ergab sich ein Anteil von zirka elf Prozent an Spezialisten, die in den Westen abgewandert waren. Da aber davon ausgegangen werden muß, daß diese Eintragungen nicht durchgängig beim MfI erfolgten bzw. ab 1958 mit dem Eintreffen der letzten Spezialisten die Angelegenheit abgeschlossen wurde und es damit noch bis zum Bau der Mauer drei – in dieser Kartei nicht erfaßte – Jahre der „offenen“ Grenze gab, muß mindestens ein Anteil von 20 bis 25 Prozent vermutet werden²⁸.

25 BAP DF 4, Betreuung heimkehrender Spezialisten aus der SU, 28. 6. 1952, Sign.-Nr. 483; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO-BArch), SED IV 2/13, Betreuung der Spezialisten, die aus der Sowjetunion zurückkehren, 18. 7. 1952, Sign. 389. Vgl. A. Steiner (Anm. 4), S. 2ff.

26 Vgl. ebd., S. 8ff.

27 SAPMO, SED J IV/202, Tonbandprotokoll, 16. 10. 1956, Sign.-Nr. 56.

28 Die Annahme von Manfred Heinemann, daß knapp 70 Prozent der Rückkehrer in den Westen gegangen wären, erscheint jedoch als stark überhöht. Manfred Heinemann im Vorwort zu Werner Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, hrsg. von Manfred Heinemann, Geschichte von Bildung und Wissenschaft, Reihe E: Erinnerungen, Biographien, Band 1, Hannover 1993, S. 55.

5. Die Qualifikationsstruktur

Die ermittelte Qualifikationsstruktur der deutschen Spezialisten in der UdSSR bestätigt die angenommene Relation von Albrecht u. a. hinsichtlich der „Akademiker“ zu den „Nicht-Akademikern“ und zeigt, daß fast die Hälfte der Spezialisten „Nicht-Akademiker“ (45 Prozent) waren, d. h. Facharbeiter, Techniker, Meister oder Vorarbeiter. Die USA hatten im Gegensatz dazu nicht mehr als schätzungsweise fünf bis zehn Prozent „Nicht-Akademiker“ als deutsche Spezialisten im Rahmen ihres Wissenschaftlerprogramms „Project Paperclip“ (ab 1946) herangezogen²⁹. Bei den „Akademikern“ (55 Prozent) betrug der Anteil der Professoren etwa ein Prozent und derjenigen mit Dokortitel rund 16 Prozent. Der Ingenieursanteil machte zirka 83 Prozent – gemessen an allen „Akademikern“ – aus und war vor allem dem Interesse der sowjetischen Seite geschuldet, Spezialisten der angewandten Forschung anzuwerben (Tab. 3)³⁰.

Tabelle 3: Die Qualifikationsstruktur der deutschen Spezialisten im Vergleich (in Prozent)

	Struktur nach Albrecht u. a.	Struktur nach MfI-Kartei
„Akademiker“	52,0	55,0
„Nicht-Akademiker“	48,0	45,0
	(100,0)	(100,0)
davon:		
Professoren	4,0	1,0
mit Dokortitel ¹	31,0	15,7
Ingenieure ²	65,0	83,3
	(100,0)	(100,0)

1 Einschließlich Dr.-Ingenieure.

2 Nur Dipl.- und Fach-Ingenieure.

Quelle: s. Tab. 2.

Die bereits erwähnte überwiegende Rückkehr der Spezialisten aus dem Bereich „Forschung“ ab 1954 weist auch darauf hin, daß die höher qualifizierten bzw. wichtigeren Spezialisten zeitlich verzögert zurückkehrten. So betrug beispielsweise bei den im Juli 1954 zurückgekehrten letzten Luftfahrt- und Triebwerksspezialisten das Verhältnis der „Akademiker“ zu den „Nicht-Akademikern“ 133 zu 15. Diese Tatsache war den verantwortlichen Stellen schon frühzeitig bekannt. Im Zusammenhang mit den bestehenden Problemen bei der Eingliederung

29 Vgl. Burghard Ciesla, Das „Project Paperclip“ – deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946 bis 1952), in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Band 1 (i. E.).

30 Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 181.

der Spezialisten heißt es in einem Bericht vom Juni 1952 hierzu, daß „die jetzt noch in der SU weilenden Spezialisten hohe Qualifikation besitzen und darum in jeder Beziehung gut betreut werden müssen“³¹. Während anfangs die Rückkehrankündigungen durch die sowjetischen Stellen meist kurzfristig und überraschend eintrafen, wurden die deutschen Stellen auf die den Sowjets wichtig erscheinenden deutschen Fachleute ausreichend vorbereitet. Ende 1954 reisten hierzu unter anderem SED-Parteifunktionäre in die UdSSR und erstellten nach Einsichtnahme der notwendigen Unterlagen und Gesprächen einen ausführlichen Bericht über die noch verbliebenen deutschen Spezialisten in der UdSSR. Er beinhaltete Bewertungen über die politische Einstellung, die Verbindungen zum Westen, mögliche Perspektiven für die Betroffenen in der DDR und Hinweise für die operative Bearbeitung durch das MfS³².

6. Die Verteilung der Spezialisten nach ihrer Rückkehr (1950–1958)

Die schon aus der Verteilungsstruktur vor der Verschickung der deutschen Spezialisten bekannte Rangfolge bei den Wirtschaftsbereichen war auch nach der Rückführung erhalten geblieben. Prinzipiell verschob sich die Struktur bei der Rückkehr weiter in Richtung zu den „nichtproduzierenden Bereichen“ (Tab. 1).

Die meisten der zurückgekehrten Spezialisten arbeiteten nach ihrer Rückkehr wieder im Maschinenbau. Der überwiegende Teil ging in den Fahrzeug- bzw. Schiffsbau (45 Prozent). Später wechselten viele dieser Spezialisten in die 1954 neugegründete und 1961 wieder aufgelöste Flugzeugindustrie der DDR. Es zeigt sich aber, daß der Maschinenbauanteil bei den Spezialisten im Vergleich zum Anteil vor der Verschickung signifikant zurückgegangen war. Dieser Rückgang kam vor allem durch den Wechsel einer Reihe von Spezialisten in andere Industriebereiche, wie z. B. in die Elektroindustrie (zirka acht Prozent), und durch „Westabgänge“ zustande. Etwa neun Prozent der vor der Verschickung im Maschinenbau beschäftigten Spezialisten galten des weiteren bei ihrer Rückkehr als „ungeklärte Fälle“.

Der leichte Rückgang bei den im Bereich Elektroindustrie eingestellten Spezialisten hatte insbesondere mit der Abwanderung von ehemals zur Elektroindustrie zählenden Fachleuten zum Rundfunk zu tun. Von den bei ihrem Abtransport als Rake-

tenspezialisten geführten Fachkräften gingen zirka 60 Prozent in verschiedene Industriebereiche, davon mehr als die Hälfte in den Maschinenbau. Rund sieben Prozent der Raketenleute kamen bei ihrer Rückkehr in Forschungsinstitutionen der DDR unter, und 15,5 Prozent wanderten in den Westen ab (Tab. 1). Der Forschungsbereich hatte ganz allgemein von der Rückführung der „SU-Spezialisten“ profitiert, wobei in dem hier zugrunde gelegten Anteilswert die Industrieforschung nicht berücksichtigt ist.

Grundsätzlich wirkte sich der Weggang von Spezialisten nach Westdeutschland auf die absolute Verteilung nach der Rückkehr nachhaltig aus. Diese Tatsache war für die Verantwortlichen auch immer wieder Anlaß zur Feststellung, daß die Abwanderung in den Westen eine erhebliche politische Bedeutung besitze und die Arbeit der Eingliederung deshalb verbessert werden müsse³³.

III. Schlußbemerkungen

Die Nutzung deutscher Fachkräfte durch die alliierten Siegermächte erreichte durch den nahtlosen Übergang in den Kalten Krieg eine Eigendynamik, die zu einer unerwarteten Aufwertung des deutschen Wissenschaftspotentials in den einzelnen Besatzungszonen Deutschlands führte. Da eine klare völkerrechtliche Grundlage für die Vereinnahmung des geistigen Eigentums und der Spezialisten, die über entsprechendes Wissen verfügten, im Jahre 1945 fehlte, schufen sich die Alliierten eine entsprechende Rechtfertigung³⁴. Eine zumindest sehr weite Auslegung des Spezialistentransfers lieferte in diesem Sinne die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 5. Juni 1945³⁵.

33 Vgl. BAP (Anm. 25).

34 Vgl. U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 28. Warum unter den Alliierten letztendlich keine strenge Sprachregelung über die Behandlung von verwertbarem Know-how und Spezialisten bestand und die Mitnahme von Fachleuten nicht als Reparationsvorgang behandelt wurde, hat der Schweizer Historiker Jörg Fisch – vom juristischen Standpunkt – aus dem Fehlen einer entsprechenden Rechtsgrundlage im Jahre 1945 erklärt. Vgl. Jörg Fisch, War-induced Burdens after World War II. Some Remarks about the Term „Intellectual Reparations“, Vortragsfassung für die Konferenz (Anm. 4).

35 Darin hieß es unter anderem, daß die deutschen Behörden „zugunsten der Vereinten Nationen alle die von den Alliierten Vertretern vorgeschriebenen Maßnahmen für Rückerstattung, Wiedereinsetzung, Wiederherstellung, Reparation, Wiederaufbau, Unterstützung und Rehabilitierung durchführen (müssen). Zu diesem Zwecke müssen die deutschen Behörden... Arbeitskräfte, Personal und fachmännische und andere Dienste zum Gebrauch innerhalb und außerhalb Deutschlands zur Verfügung stellen, wie sie von den Alliierten

31 Vgl. BAP (Anm. 25).

32 Vgl. A. Steiner (Anm. 4), S. 9.

Albrecht u. a. stellten in diesem Zusammenhang fest, daß ein „Meisterplan“, wie ihn die Amerikaner mit dem „Project Paperclip“ versucht hatten, der sowjetischen Seite jedoch fehlte. Vielmehr bestimmte vorbehaltloser Pragmatismus das Handeln, der „dann mit erstaunlichem organisatorischen Aufwand umgesetzt wurde“³⁶. Die großangelegte Aktion vom Oktober 1946 muß beispielsweise vorrangig als eine direkte Reaktion auf das angelaufene amerikanische „Project Paperclip“ angesehen werden³⁷.

Die Auswirkungen des Spezialistentransfers in die UdSSR für die SBZ bestanden wohl vor allem darin, daß es durch den Entzug von Fachkräften auch zu einer weiteren Demontage der mit diesen Spezialisten verbundenen und einheitlich gewachsenen industriellen Struktur und „Forschungslandschaft“ kam. Dies betraf zwar vor allem Betriebe, die unter die alliierten Festlegungen über die Liquidierung der Rüstungsindustrie und -forschung fielen, doch wurden durch diese radikal vorgenommenen „Entnahmen“ von Personen und Anlagen ohne Zweifel die Ausgangsbedingungen in Ostdeutschland weiter nachteilig beeinflusst.

Die Heimkehr der „SU-Spezialisten“ für die DDR hatten allerdings nicht die von der DDR-Führung erwarteten innovationsfördernden Effekte gebracht. Zwar wurden beachtliche Anstrengungen unternommen, so beispielsweise durch die Initiierung von Forschungsprogrammen, die Neugründungen von wissenschaftlichen Institutionen oder den schon genannten Neuaufbau eines ganzen Industriezweiges wie der Flugzeugindustrie³⁸. Doch die Ausrichtung der Forschungs- und Industriepolitik auf die osteuropäischen Länder hatte zur Folge, daß ein Exportbedarf auf die DDR zukam, der nur untergeordnet kostenintensive und qualitativ anspruchsvolle Produkte berücksichtigte. Noch schmerzlicher war die weiter fortschreitende Auf-

ten Vertretern angeordnet werden.“ BAP DO 3, Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland Nr. 1, 29. Oktober 1945, Proklamation Nr. 2 vom 5. Juni 1945, Abschnitt VI (deutsche Fassung), Paragraph 19 a, S. 14, Sign.-Nr. 1655, Bl. 17.

36 U. Albrecht u. a. (Anm. 1), S. 183.

37 Vgl. B. Ciesla (Anm. 29).

38 Neben der Luftfahrtindustrie ist die Gründung von luftfahrttechnischen Fakultäten an Universitäten und Hochschulen zu nennen. Die Schaffung des Ardenne-Institutes in Dresden und die Gründung weiterer Forschungsinstitute bzw. -bereiche bei der Akademie der Wissenschaften hing mit der Rückkehr bekannter Spitzenwissenschaftler aus der UdSSR zusammen. Vgl. hierzu auch Peter Nötzold, Zur Umgestaltung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in eine „sozialistische Akademie“, Vortrag beim Workshop „Science Under Socialism In Comparative Perspective“, Berlin, vom 1. bis 4. September 1993, Humboldt-Foundation; A. Steiner (Anm. 4), S. 13ff.

lösung der Verflechtungsbeziehungen der ostdeutschen Exportindustrie mit dem offenen Weltmarkt. Die „Innovationsträgheit“ der DDR-Planwirtschaft konnten auch die zurückkehrenden deutschen Spezialisten nicht verhindern.

Abschließend sei angemerkt, daß vielen der deutschen Spezialisten die Zwangsverschickung zum Zeitpunkt des Abtransports nicht durchweg als eine Art Verschleppung oder „Entführung“ erschien. Ein großer Teil der Spezialisten stand plötzlich aufgrund ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für den Krieg ohne berufliche Perspektive da. Die mit der Zuteilung von Nahrung und anderen Mangelgütern gut abgesicherte Tätigkeit für die sowjetische Seite machte es vielen leicht, sich in der schwierigen Nachkriegszeit für die sowjetischen Angebote zu entscheiden³⁹. Der Physiker Werner Holzmüller bemerkte in seinen Erinnerungen in diesem Zusammenhang: „In jenen Tagen kam bei uns der Gedanke, daß es sich bei der Übersiedlung um einen rechtlosen Akt handelte, um eine Zwangsverpflichtung... gar nicht auf. Im Gegenteil: Die damaligen Verhältnisse in Berlin und die Befürchtung, es könne zu einer Hungersnot kommen, ließen die Hoffnung aufkommen, daß wir einer guten Zukunft entgegengingen.“⁴⁰

Bisher hat hinsichtlich der „Mentalität der Akteure“ eine Aufarbeitung dieses Aspektes der Geschichte ernsthaft noch nicht stattgefunden. Der amerikanische Historiker Mitchell G. Ash warnte in diesem Zusammenhang vor einer naiven Moralisierung des Themas. Eine Beurteilung der Tätigkeit der deutschen und alliierten Wissenschaftler während und nach dem Krieg nach dem Muster vorzunehmen, „wer gute Wissenschaft gemacht hat, muß auch ein guter Mensch gewesen sein, ist empirisch nicht haltbar; leider gilt die Umkehrung dieses Satzes ebensowenig“⁴¹. Ash fordert deshalb eine Historisierung dieser Thematik und bemerkte, daß die Fachwelt „sich wohl auf etwas kompliziertere Deutungs- und Bewertungsmuster einrichten“⁴² muß.

39 Vgl. Mark Walker, Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe, Berlin 1992, S. 222; Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, in: Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Reinhart Koselleck/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Bd. 50, Stuttgart 1990, S. 10f.

40 W. Holzmüller (Anm. 28), S. 55.

41 Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Modernisierung im Nationalsozialismus und danach – Programmatische Überlegungen, Vortrag beim Symposium für Gerhard Baader „Medizingeschichte und Gesellschaftskritik“ in Berlin, 18. Juli 1993, S. 18.

42 Ebd.

Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus

Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947

Die Etablierung und Ausprägung der Wirtschaftsplanung in der SBZ wurde seit den achtziger Jahren in der Zeitgeschichtsschreibung stärker thematisiert. Hatte man sich zunächst auf die politischen Implikationen der Bildung gesamtzonaler Wirtschaftsinstanzen in den Westzonen und in der SBZ konzentriert, rückten nun auch zunehmend deren ökonomische Ursachen und Folgen in den Blick. Im Westen blieb man dabei in vieler Hinsicht auf Vermutungen angewiesen¹. Im Osten entstand neben denen, die dem Sog eines indoktrinierten Geschichtsbildes erlagen, manch materialreiche Darstellung². Die Öffnung der DDR-Archive bietet nun die Möglichkeit, bisher vertretene Thesen im Lichte authentischer Quellen zu überprüfen.

Dabei können verschiedene bisher unbekanntere interessante, aber auch überraschende Details entdeckt werden, die diesen oder jenen Prozeß anders beleuchten. In den grundsätzlichen Entwicklungen erweist sich aber der bisherige Forschungsstand für den hier betrachteten Gegenstand als erstaunlich beständig³. Jedoch auch mit den nun zur Verfügung stehenden Quellen lassen sich noch nicht alle Lücken schließen und Ungereimtheiten aufklären. Weiteren Aufschluß werden Recherchen in den ehemals sowjetischen Archiven erbringen.

1 Vgl. Bernd Niedbalski, Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 33 (1985) 3, S. 457 ff.; Wolfgang Zank, Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone – Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet 1945–1949, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 71 (1984) 4, S. 485 ff.; ders., Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 253 ff.

2 Vgl. Wolfgang Mühlfriedel, Die Wirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone von den Anfängen bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, (1985) 2, S. 9 ff.

3 Vgl. vor allem W. Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen (Anm. 1).

I. Anfänge der Wirtschaftsplanung

Nach einer relativ raschen Produktionsentwicklung in den ersten anderthalb Jahren nach Kriegsende verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in der SBZ⁴ Ende 1946 erheblich – infolge des strengen Winters, der zu Ende gehenden Rohstoffvorräte und einer Steuerungspolitik, mit der versucht wurde, die Wirtschaft zu lenken und deren Eigentumsverhältnisse radikal umzugestalten. Dies, aber auch die eklatanten Disproportionen und mehr noch die Reparationen stellten die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)⁵ vor erhebliche Probleme. 1945 hatte sie begonnen, der Industrie mit Produktionsbefehlen Vorgaben zu machen. Für 1946 wurden erste Quartalspläne aufgestellt. Sie basierten auf betrieblichen Angaben, die unter Mitwirkung der Landesverwaltungen⁶ sowie der Zentralverwaltungen⁷, insbesondere der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie (DZVI), zusammengefaßt und den SMA der Länder bzw. der SMAD übergeben wurden. Die SMAD stellte dann den letztlich gültigen Plan auf. Die Schwierigkeit bestand bereits darin, exakte Kenntnisse über die zur Verfügung stehenden Produktionskapazitäten, Rohstoff- und Materialvorräte sowie Arbeitskräfte zu erlangen. Die Rohstoffbewirtschaftung lag bei der SMAD

4 Auf die realwirtschaftliche Entwicklung wird in diesem Beitrag aus Platzgründen nicht eingegangen.

5 Mit SMAD wird die Militäradministration für die gesamte SBZ in Berlin-Karlshorst bezeichnet. Unter SMA werden die Administrationen in den Ländern verstanden.

6 Durch SMAD-Befehl waren im Juli 1945 die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen sowie die Provinzen Brandenburg und Sachsen (später: Sachsen-Anhalt) wieder entstanden. Die beiden Provinzen wurden 1947 zu Ländern umgewandelt. Im vorliegenden Beitrag wird einheitlich von Ländern bzw. Landesverwaltungen gesprochen.

7 Mit Befehl Nr. 17 des Obersten Chefs der SMAD vom 27. 7. 1945 wurden in der SBZ elf Zentralverwaltungen für verschiedene Wirtschaftsbereiche gebildet. Dabei blieben aber ihre Rechte und Kompetenzen unregelt. Vgl. Dokumente aus den Jahren 1945–1949. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin (Ost) 1968, S. 100 ff.

und den Wirtschaftsministerien der Länder. Der DZVI fehlten Verteilungskompetenzen und Kontrollrechte. Sie war „mehr ein statistisches Büro“ sowie im großen und ganzen ein Hilfsorgan der SMAD. Die Planung wurde zudem dadurch erschwert, daß sich die Besatzungsmacht bei den Demontagen und den Entnahmen aus der Produktion nicht an die von ihr selbst aufgestellten Pläne hielt. Dies alles wiederum bot den Betrieben Gelegenheit, ihre Waren für Kompensationsgeschäfte zu nutzen oder direkt auf dem schwarzen Markt anzubieten. Damit beschafften sie sich sowohl für die Produktion benötigte Rohstoffe als auch Lebensmittel für ihre Beschäftigten. Steuerung über den Plan war unter diesen Umständen nahezu unmöglich⁸. Bereits im April 1946 kam eine SMAD-Kommission zu dem Ergebnis, daß aus wirtschaftlichen Gründen die gesamtzonale Wirtschaftslenkung verstärkt werden müsse⁹. Auch bei der SED lagen seit dem Sommer 1946 Konzepte für die Bildung einer Wirtschaftsinstanz für die gesamte SBZ vor¹⁰. Im Herbst arbeitete man bereits an Verordnungen, Stellenplänen und konkreten Personalvorschlägen¹¹. Von den sowjetischen Stellen wurde dies wohl geduldet, aber offiziell nicht in Erwägung gezogen, weil sie sich gegenüber den Westalliierten weiter alle Optionen offenhalten wollten.

II. Planvorbereitungen für 1947

In der Vorbereitung des Planes für 1947 sahen sich die Länder und Zentralverwaltungen im Herbst 1946 vor den inhaltlich und methodisch gleichen Problemen wie bisher. Die Minister wandten sich an die SED-Spitze, damit diese bei der SMAD vor-

8 Vgl. Bruno Leuschner, Kritische Betrachtungen über die Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone, 10. 8. 1946, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Bestand SED (im folgenden: SAPMO-BA, SED) NL182/951, Bl. 104f., 114.

9 Von ihrem Bericht ist bislang nur die wahrscheinlich in der Abteilung Wirtschaft des Zentralsekretariats der SED erstellte zusammenfassende Übersetzung bekannt, die zur Unterrichtung der SED-Spitze angefertigt wurde. Vgl. Bericht über das Referat der Kommission zur Untersuchung der Strukturfragen in der Wirtschaft, 28. 4. 1946, in: SAPMO-BA, SED NL182/950, Bl. 135–148.

10 Abt. Wirtschaft, Leuschner an das Zentralsekretariat: Bildung eines Wirtschaftsbüros für die sowjetische Besatzungszone, einschließlich planökonomischer Abteilung, 6. 8. 1946, in: SAPMO-BA, SED NL182/950, Bl. 125.

11 Vorschläge über die Umbildung der Wirtschaftsverwaltung, 19. 10. 1946; Verordnung und Statut für das Deutsche Amt für Wirtschaftsplanung, 21. 11. 1946; Personalvorschläge, Stellenplan, in: SAPMO-BA IV 2/602/109, Bl. 1–15, 27–29, 35–38.

stellig werde. Nach wie vor gingen die erteilten Reparationsaufträge weit über ihren Anteil in den Verteilungsplänen hinaus. Die SMAs der Länder gaben uneinheitliche Anweisungen für die Einbeziehung der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) in die Produktionsplanung. Letztlich umfaßten die bestätigten Gesamtpläne, die die DZVI von der SMAD erhielt, trotz eindeutiger Absprachen wiederum nur die deutschen Betriebe. Darüber hinaus hatten die SAG gesonderte Verteilungspläne, deren Zuteilungen vorrangig zu erfüllen waren. Damit blieben die SAG für die deutschen Instanzen planerisch unzugänglich und deren Rückgriff auf die begrenzten Ressourcen unberechenbar. Der sächsische Wirtschaftsminister Fritz Selbmann sprach von einem „chaotischen Zustand“, in dem „von keiner Wirtschaftsplanung mehr die Rede sein kann“¹².

Für den Planungsprozeß selbst ergaben sich Schwierigkeiten aus den ständigen Veränderungen der zugrundeliegenden Warenverzeichnisse (Nomenklaturen). In den ersten drei Quartalen des Jahres 1946 waren jeweils unterschiedliche Nomenklaturen für die Produktionsplanung gültig. Bei der Erarbeitung der Rohstoff-, Bedarfs- und Verteilungspläne wurden von der SMAD wiederum verschiedene Nomenklaturen vorgegeben. Aber auch eine von der DZVI erarbeitete Planungsliste mit etwa 1 200 Positionen, die diese Zersplitterung überwinden sollte, konnte infolge von Kompetenzüberschneidungen und Nachlässigkeiten in der SMAD für 1947 nicht in Kraft gesetzt werden. Aus gleichen Gründen wurde die sowohl von den Ländern als auch von der DZVI geforderte und der SMAD vorgeschlagene Verlängerung des Planungszeitraums auf ein halbes Jahr nicht wirksam. Ein Quartal hatte sich als zu kurz erwiesen, da zwischen dem Planungsvorschlag, seiner Bestätigung durch die sowjetischen Instanzen und der darauf basierenden Rohstoffzuteilung so viel Zeit verging, daß die Arbeiten für ein Quartal noch nicht abgeschlossen waren, wenn das nächste bereits vorbereitet werden mußte¹³.

Von den Zeitgenossen wurde wohl am stärksten wahrgenommen, daß sich zwei Tendenzen gegenüberstanden: das zentralisierende, zur Vereinheitlichung strebende Wirken der Zentralverwaltun-

12 Selbmann an Leuschner, 16. 8. 1946 und 24. 10. 1946, Selbmann an Ulbricht, 16. 11. 1946, in: SAPMO-BA, SED NL113/16, Bl. 117, 119, 121. Ähnliche Berichte liegen auch aus den anderen Ländern vor.

13 Plan-Arbeitsbesprechung mit Ländern und Provinzen in der ZVI, 29. 10. 1946; Strassenberger an Leuschner: Situation bei der Planung für das Jahr 1947, 18. 11. 1946; in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/82, Bl. 148–150, 311–314.

gen und die gleichzeitige Dezentralisierung der Entscheidungen durch die Kompetenzen nicht nur der Länder, sondern auch der Kreise. Der Präsident der DZVI hatte die Präsidenten der Landesverwaltungen zwar bereits Anfang Mai 1946 gebeten, bei der Planausarbeitung die Vorschläge der DZVI zu berücksichtigen, damit trotz getrennter Planung der Länder eine Koordinierung für die gesamte SBZ gewährleistet werden könne. Er forderte ausdrücklich, nicht von einer Autarkie der Länder auszugehen, sondern die gesamte Zone als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Das blieb jedoch folgenlos, denn bis in das Jahr 1947 hinein bestärkten die SMAs der Länder die Landesverwaltungen in ihren partikularistischen Bestrebungen. So wies die SMA Sachsen das Land an, geplante Lieferungen an andere SBZ-Länder erst dann auszuführen, wenn die im Plan vorgesehenen Gegenlieferungen erfolgt waren. Dies führte besonders in Großbetrieben zu außerordentlichen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Rohstoffen und Material. Damit wiederum wuchs die Bedeutung lokaler Quellen und d. h. auch der dortigen Verwaltungen. Das verstärkte sich in dem Maße, wie die Zentralverwaltungen nicht in der Lage waren, den Betrieben zu helfen. Erschwerend kam hinzu, daß die Zentralverwaltungen ihre Tätigkeit untereinander nicht koordinierten¹⁴.

Viele Beteiligte hielten die Pläne für eine Zahlenspielerei der Besatzungsmacht und nahmen sich ihrer nur schematisch an. Bei ihrer Verwirklichung beobachtete man „meist dieselbe Lahmheit und Starrheit wie in der Aufstellung“. Aber auch die Kontrolle war infolge der institutionellen Unzulänglichkeiten und der nicht klar definierten Kompetenzen unwirksam¹⁵. Stellt man die Diskrepanzen zwischen Produktion und Bedarf sowie zwischen Produktion und Verteilung in den Plänen und die sich dort ebenfalls niederschlagenden Differenzen zwischen Länder- und Zoneninteressen sowie den großen, der Planung der deutschen Instanzen nicht zugänglichen Industriebereich der SAGs in Rechnung, ist zu schlußfolgern, daß die zweifellos auf allen Ebenen großen planerischen Anstrengungen im Grunde in verschiedenster Hinsicht gegeneinander liefen. Daher blieb die Steuerung der SBZ-Wirtschaft eine bloß operative, die

sich an groben Vorgaben orientieren sollte und selbst dies kaum vermochte. Die Betriebe blieben in der hier betrachteten Zeit letztlich in ihren Entscheidungen autonom.

III. Krisenmanagement

In den Augen der Verantwortlichen sowohl der Länder als auch der Zentralverwaltungen war die Situation Ende 1946 untragbar und außerordentlich ernst. Auch in den Ländern erörterte man inzwischen Vorschläge, wie den Gefahren des Partikularismus innerhalb der SBZ begegnet werden könnte¹⁶. Neben der problematischen wirtschaftlichen Steuerung war dies dem hereinbrechenden starken Winter und seinen Folgen geschuldet. In der DZVI bemerkte man, daß die Bevölkerung das Vertrauen zu den deutschen und den sowjetischen Instanzen zunehmend verlor und die „glänzende Fassade ... vom Mann auf der Straße nur als Kulisse erkannt“ wurde. Man „resignierte vor der hoffnungslosen und meist sehr durchsichtigen Verquickung und Verfilzung der privaten, wirtschaftlichen, militärischen, politischen und lokalen Interessen, die einen unentwirrbaren Knoten bilden, der nicht zu lösen ist“. Der Ausweg wurde in der Übertragung des Gesetzgebungsrechts an die DZVI und damit in der Schaffung einer wirklichen wirtschaftlichen Zentrale gesehen¹⁷. Dazu mochte sich die SMAD weiterhin nicht entschließen, um sich bei den Westalliierten nicht dem Verdacht auszusetzen, zonale Regierungsinstanzen zu bilden. Jedoch wurde noch 1946 eine Bewirtschaftungskommission aus Vertretern der DZVI und der Landesregierungen gebildet, um ein einheitliches Vorgehen in dieser Frage zu erreichen. In ähnlicher Weise bereitete man im Januar 1947 die Bildung einer Planungskommission vor¹⁸.

Ab 1. Januar 1947 sollte die Verantwortung für die Realisierung der Wirtschaftspläne den Landesregierungen übertragen werden. Eine Voraussetzung war die Errichtung qualifizierter Institutionen. Dafür war nach den Landtagswahlen im

16 Vgl. W. Mühlfriedel (Anm. 2), S. 24.

17 DZVI, Hartmann an Vizepräsident Boulanger: Offener Brief an den Obersten Chef der SMAD (Entwurf), 4. 11. 1946, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/82, Bl. 151–156. Der Brief wurde letztlich nicht abgeschickt.

18 Strassenberger, Mitteilung Nr. 1/47, 13. 1. 1947, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/82, Bl. 170. Dies war die Einladung zur 1. Sitzung der Planungskommission. Es findet sich aber kein Beleg, daß sie wirklich arbeitete. Vgl. die gegenteilige Annahme bei W. Mühlfriedel (Anm. 2), S. 27.

14 Skrzypczynski an den Präsidenten der Landesverwaltung Thüringen, Dr. Paul, 7. 5. 1946, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/22, Bl. 192f.; Plan-Arbeitsbesprechung (Anm. 13), Bl. 149; DZVI an SMAD: Strukturuntersuchungen in der Industrie (Entwurf), 16. 1. 1947, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/20, Bl. 12–16; vgl. W. Mühlfriedel (Anm. 2), S. 22.

15 Vgl. Siegbert Kahn, Zu einigen Fragen der Wirtschaftsplanung, 7. 1. 1947, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/82, Bl. 1–6.

Oktober 1946 im Zuge der Regierungsbildung bei den Wirtschaftsministerien der Länder ein Amt für Wirtschaftsplanung bzw. eine planökonomische Abteilung zu bilden. Die Verantwortung und Initiative in den Fragen der zentralen Wirtschaftsorganisation übernahm immer direkter die SED. Beim Zentralsekretariat sollten im Ergebnis einer Besprechung der beiden für Wirtschaft zuständigen stellvertretenden Parteivorsitzenden, Max Fechner und Walter Ulbricht, mit dem Leiter der Abteilung Wirtschaft, Bruno Leuschner, am 31. Dezember 1946 „zur laufenden Klärung grundlegender Wirtschaftsfragen und der behelfsmäßigen Abstimmung der einzelnen Pläne zum Gesamtwirtschaftsplan“ Beratungen sowohl mit den Präsidenten der wirtschaftlichen Zentralverwaltungen als auch mit den Wirtschaftsministern der Länder stattfinden. Daher wurde ein Ausbau der Abteilung Wirtschaft im Zentralsekretariat als erforderlich angesehen¹⁹. Diese Schritte hatte die SED-Spitze zweifellos mit Zustimmung der SMAD unternommen. Eine offen zentralistische Lösung lehnte die SMAD jedoch ab. Deshalb erschien selbst ein Mitte Januar 1947 ausgearbeiteter Kompromißvorschlag als nicht durchsetzbar. Danach sollte die DZVI die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns setzen. Den Wirtschaftsministerien der Länder hatte die praktische Planung, deren Realisierung und Kontrolle zu obliegen²⁰.

In einer Konferenz teilte der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Wirtschaftsfragen, Konstantin Kowal, am 24. Januar 1947 den Präsidenten und Vizepräsidenten der wirtschaftlichen Zentralverwaltungen mit, daß ab dem 1. Quartal 1947 den Zentralverwaltungen und Landesregierungen die verantwortliche Leitung wesentlicher Industriebranchen (u. a. der Chemie) übertragen werde. Für das 2. Quartal kündigte er weitere Übergaben an. Darüber hinaus gab er bekannt, daß die Zentralverwaltungen nun verantwortlich seien: 1. für die Rohstoffbewirtschaftung in der gesamten SBZ, 2. für die Kontrolle der Planumsetzung, 3. für eine schnelle Wirtschaftsentwicklung in der gesamten Zone sowie 4. für eine zoneneinheitliche Buchführung und Statistik. Diese Maßnahmen flankierten die vom Chef der SMAD gegenüber der SED-Spitze im Januar 1947 zuge-

19 Zentralsekretariat an die Landes- und Provinzialvorstände der SED: Rundschreiben Nr. 29/46, 17. 12. 1946, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/109, Bl. 66–68. Protokoll der Besprechung mit den Genossen Fechner, Ulbricht, Leuschner über Wirtschaftsfragen, 31. 12. 1946, in: SAPMO-BA, SED NL182/950, Bl. 166f.

20 DZVI an SMAD (Anm. 14).

sagten Mäßigungen in der Reparationspolitik (Demontagestopp, Teiltrückgabe von SAG-Betrieben). Von besonderer Bedeutung war, daß nunmehr die Verantwortung für die gesamte Industrieentwicklung sowie die Produktions- und Verteilungsplanung, die bis dahin noch von der SMAD wahrgenommen worden war, bei den zuständigen Zentralverwaltungen liegen sollte. Damit erfolgte aber keine neue Kompetenzverteilung zwischen Zentralverwaltungen und Landesregierungen, obwohl diese im Interesse der Wirtschaftsentwicklung der gesamten Zone notwendiger als vorher erscheinen mußte. Kowal erklärte, daß die Landesregierungen gewählt und damit dem Volk verantwortlich seien. Sie müßten dem Rechnung tragen. Nach wiederholtem Drängen mehrerer Präsidenten auf ein präzises Statut für die Zentralverwaltungen mit klaren Vollmachten gegenüber den Ländern stellte Kowal fest: „Laden Sie die Länder, die Ministerpräsidenten selbst ein. Werden die Abmachungen abgestimmt und von den Ministerpräsidenten und den Zentralverwaltungen unterzeichnet, stimmen wir zu... Ich kann mit ihnen die Frage der provisorischen Regierung nicht entscheiden.“ Kowal setzte unter Leitung eines SMAD-Vertreters eine Kommission mit den Präsidenten der Zentralverwaltungen für Industrie, Brennstoff und Energie sowie Handel und Versorgung ein, die in Abstimmung mit den Wirtschaftsministern der Länder Richtlinien für die Zusammenarbeit der Zentralverwaltungen und der Länder ausarbeiten sollten²¹.

Daß die Sowjetunion nach der Bildung der Bizone im Westen, d. h. nach dem Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum, die Kompetenzen der Zentralverwaltungen erweiterte, war folgerichtig – auch angesichts der schlechten Wirtschaftslage. Daß sie jedoch die Klärung des Verhältnisses zwischen den Zentralverwaltungen und den Ländern aufschob und der Abgrenzung ihrer Kompetenzen mit Verweis auf die demokratische Legitimation der Landesregierungen aus dem Wege ging, überrascht – gerade im Hinblick auf die beginnende zentralistische Ausgestaltung des politischen Systems in der SBZ. Dies mag jedoch ein Hinweis darauf sein, daß noch nicht eindeutig entschieden war, welche Entwicklung der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands nehmen würde. Im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz, in Erwartung einer gesamtdeutschen Regelung, wurde weiterhin Zurückhal-

21 Konferenz Kowal – ZV-Präsidenten bzw. -Vizepräsidenten, 24. 1. 1947, in: SAPMO-BA, SED NL90/314, Bl. 44–51.

tung bei der Bildung von gesamtzonalen Regierungsinstanzen geübt. Das Kalkül der Sowjetunion wurde jedoch in einer Unterredung der SED-Spitze mit Stalin am 31. Januar 1947 deutlich. Dort machte Stalin den Einwurf, daß ein Zonenorgan erst gebildet werden könne, wenn eine gesamtdeutsche Zentralverwaltung nicht zustande komme. In seinen Schlußbemerkungen erläuterte er, daß die Westalliierten für den Föderalismus in Deutschland seien, weil er die deutsche Weltmarktposition schwäche. Die USA wollten den Weltmarkt beherrschen. Der Sowjetunion aber sei an einem wirtschaftlich starken Deutschland gelegen, weil damit für sie die Weltmarktsituation günstiger sei. Völlig überraschend machte er sogar das Angebot, die Reparationsleistungen auszusetzen, wenn sie den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands behindern sollten²². Sicher läßt sich über die Verbindlichkeit solcher Erwägungen streiten. Jedoch wird die bei Stalin vorherrschende Angst vor dem wirtschaftlichen Expansionismus der USA deutlich, die eine der Ursachen der Ambivalenz sowjetischer Deutschlandpolitik bildete²³.

IV. Vereinbarung der Zentralverwaltungen und der Länder

Zur Erfüllung des Auftrages von Kowal vom 24. Januar trafen sich am 4. Februar 1947 die Vertreter der Länder und der drei angesprochenen Zentralverwaltungen in Karlshorst unter SMAD-Vorsitz. Der Entwurf der Zentralverwaltungen für eine Vereinbarung mit den Ländern wurde mit kleineren, aber nicht substantiellen Änderungen von den Beauftragten der Länder gebilligt. Allerdings sahen sie sich nicht legitimiert, den Text ohne Zustimmung der Kabinette zu signieren. Daher vereinbarte man, daß die Vereinbarung nach Einwilligung der Regierungen am 10. Februar unterschrieben werden sollte. An diesem Tag unterzeichneten nach nochmaligen kleineren Änderungen die Präsidenten der Zentralverwaltungen für Industrie, Brennstoffe und Energie sowie Handel und Versorgung und die Vertreter Brandenburgs, Mecklenburgs und Sachsens-Anhalts. Der Wirtschaftsminister Sachsens war durch eine Autopan- ne am Erscheinen gehindert und erklärte tele-

fonisch, daß er der Vereinbarung zustimme und diese am folgenden Tag signieren werde²⁴. Der Wirtschaftsminister Thüringens, Georg Appell, hingegen weigerte sich mit Berufung auf einen Regierungsbeschluß und ein Gutachten des Thüringer Oberverwaltungsgerichts, das Dokument zu unterschreiben. Mit Verweis auf ihre Landesverfassung sprach die thüringische Regierung den Zentralverwaltungen alle Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Weisungsrechte ab. Außerdem verlangte sie, daß Aufbau und Befugnisse der Zentralverwaltungen nur durch Vereinbarung der Länder zu bestimmen seien und zudem von den Landtagen akzeptiert werden müßten. Der SMAD-Vertreter erklärte daraufhin, seiner Institution sei durchaus bewußt, daß mit dem Dokument kein vollkommenes System geschaffen werde. Es solle auch nur bis zu der baldigst zu erwartenden Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gültig sein. Die Thüringer Forderung indes laufe darauf hinaus, Zonenministerien zu schaffen. Er führte aus: „Wir können auf die Leitung der Industrie nicht verzichten, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß die Zentralverwaltungen über die im Dokument festgelegten Möglichkeiten verfügen. Die Zentralverwaltungen tragen uns gegenüber die Verantwortung. Wenn Sie so wollen, sind die ZV der Apparat der SMA... Diese Regelung bedeutet in ihrer Wirkung weniger Willkürakte kleiner russischer Beamter, wie sie begangen worden sind.“ Aber der Vertreter Thüringens blieb bei seiner Weigerung – trotz separater Besprechungen mit dem Vertreter des SED-Zentralsekretariats und dem Präsidenten der DZVI sowie der telefonisch gegebenen Empfehlung des Ministerpräsidenten und des Leiters der SMA von Thüringen, das Dokument zu unterzeichnen²⁵.

Die Vereinbarung hätte die Zentralverwaltungen berechtigt, die Arbeiten in den Ländern zur Planung, Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft zu koordinieren. Das sollte insbesondere die vier von Kowal am 24. Januar angekündigten Verantwortungsbereiche betreffen. Jedoch hätten die Zentralverwaltungen die Pläne und Anordnungen mit den Ländern abzustimmen gehabt, bevor sie sie der SMAD zur Bestätigung vorlegten. Von den Zentralverwaltungen erlassene Anordnungen sollten für die Landesregierungen verbindlich sein. Außerdem hätten die Zentralverwaltungen die Be-

22 Vgl. Rolf Badstübner, „Beratungen“ bei J. W. Stalin. Neue Dokumente, in: Utopie kreativ, (1991) 7, S. 108.

23 Vgl. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1989⁷, S. 50 ff., 69 ff.

24 Er weigerte sich also nicht, die Vereinbarung zu unterzeichnen, wie dies von Zank angenommen wurde. Vgl. W. Zank, Zentralverwaltungen (Anm. 1), S. 262.

25 Abt. Wirtschaft, Bericht: Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen..., 11.2. 1947; Land Thüringen, Minister für Justiz an die Minister der Thüringischen Landesregierung, 8. 2. 1947, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/20, Bl. 74 ff., 82.

triebe, aber auch die Landesverwaltungen nach vorheriger Information der Landesregierung kontrollieren können²⁶. Durch die Haltung Thüringens blieb dieses Dokument jedoch zunächst ohne Konsequenzen. Die von der SMAD angekündigte Übergabe von Teilen der Industrie in deutsche Eigenverantwortung wurde bis in den Mai hinein nicht realisiert²⁷.

Wiederum ergriff die SED-Spitze die Initiative und veranstaltete am 28. Februar 1947 eine Wirtschaftskonferenz mit Parteimitgliedern aus den Zentralverwaltungen und Länderministerien. Ganz offensichtlich wollte die Parteispitze durch die Erörterung wirtschafts- und planungspraktischer Probleme allen Beteiligten verdeutlichen, wie notwendig eine zentrale Stelle für die Koordinierung der Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet sei, einer Instanz, deren Fehlen Ulbricht explizit beklagte. Er forderte ferner insbesondere eine öffentliche Berichterstattung über die Planung und ihre Schwierigkeiten, die Abkehr von mechanischen und formalen Methoden in der Planung, mehr Kontrolle und nicht zuletzt wirtschaftlich besser geschulte Angestellte in den Zentralverwaltungen²⁸.

Ob nun Thüringens Zustimmung zu der Vereinbarung vom 10. Februar 1947 über eine solcherart erzeugte „Einsicht in die Notwendigkeit“ oder mit Hilfe anderer Formen der direkten bzw. indirekten Einflußnahme zustande kam, kann mit den bisher bekannten Dokumenten nicht klar beantwortet werden. Doch in einer neuerlichen Beratung der Wirtschaftsminister der Länder und der Präsidenten der Zentralverwaltungen für Industrie sowie Brennstoff und Energie am 18. April 1947 stimmte schließlich auch sein Vertreter der Vereinbarung zu. Es wurde beschlossen, sie von diesem Tage an als Arbeitsgrundlage zu benutzen. Zur Verbesserung der Produktions- und Verteilungsplanung sollten ab sofort Halbjahrespläne und ab 1948 Jahrespläne aufgestellt und die Nomenklatur der DZVI einheitlich angewandt werden. Allerdings wurde bereits auf einer parallel stattfindenden Besprechung der stellvertretenden Wirtschaftsminister der Länder mit den Hauptabteilungsleitern der DZVI der Wunsch von Kowal übermittelt, in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage nochmals einen Quartalsplan auszuarbeiten. Neben verschiedenen operativen Maßnahmen beriet

man über die Vereinheitlichung des Ablaufs und der Methodik der Planung in der SBZ. Es wurde verlangt, den Plan für die SMAD gleichermaßen wie für die deutschen Instanzen verbindlich zu machen. Die Pläne sollten den Landesparlamenten vor der Bestätigung durch die SMAD zur Diskussion und nach der Bestätigung zur Verabschiedung als Gesetz zugeleitet werden, um Vertrauen zur Planung herzustellen²⁹. Zwar waren diese Forderungen nur längerfristig zu realisieren, doch wurden die Vereinbarung vom 10. Februar sowie die Beschlüsse vom 18. April 1947 der SMAD zur Bestätigung übermittelt.

V. Bemühungen um sowjetische Zustimmung

Zusammen mit dem Bemühen um die Regelung der institutionellen Zusammenarbeit bei der Planung begann eine stärkere Beschäftigung mit ihren methodischen und inhaltlichen Problemen. Angeregt von einem Artikel über die „Mängel unserer Planwirtschaft“³⁰ wandte sich Selbmann an den sächsischen Landesvorstand der SED und forderte, „daß endlich die Partei angesichts der immer schwieriger werdenden Wirtschaftslage und angesichts der wachsenden ungünstigen Stimmung der Bevölkerung die führende Rolle in der Durchsetzung entscheidender Forderungen hinsichtlich der weiteren Fortführung unserer Wirtschaftspolitik übernimmt“³¹. Selbmann befürchtete offenbar, daß die SMAD – so wie sie die Zusage über den Demontagestopp nicht einzuhalten vermocht hatte – die Vereinbarungen und Beschlüsse zur Zusammenarbeit zwischen Zentralverwaltungen und Landesregierungen und zu den planmethodischen Problemen nicht bestätigen würde. Um auf die daraus folgenden Konsequenzen aufmerksam zu machen, ließ er sich von der planökonomischen Abteilung seines Ministeriums ein Papier über die Voraussetzungen für eine geregelte Wirtschaftsplanung ausarbeiten³². Nach eigener Darstellung übersandte er den leicht überarbeiteten und ergänzten Text am 12. Mai 1947 auf informellem

29 Boulanger an Leuschner, 25.4. 1947: Beschlüsse der Konferenz der Wirtschaftsminister... am 18.4. 1947, Niederschrift über die Konferenz der Stellvertreter der Wirtschaftsminister, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/105, Bl. 99–105.

30 Berliner Zeitung vom 4. 5. 1947, S. 1.

31 Selbmann an den Landesvorstand der SED, 8. 5. 1947, in: SAPMO-BA, SED NL113/16, Bl. 126.

32 Planökonomische Abteilung (Anm. 27), Bl. 128–137.

26 Dokumente (Anm. 7), S. 380 ff.

27 Planökonomische Abteilung an Minister Selbmann, 8. 5. 1947, in: SAPMO-BA, SED NL113/16, Bl. 135 f.

28 Stenographische Niederschrift über die Wirtschaftskonferenz am 28. 2. 1947, in: SAPMO-BA, SED NL182/950, Bl. 201 ff.

Wege der Sowjetspitze in Moskau³³. Er forderte Maßnahmen, die die Vereinbarung und Beschlüsse vom Februar und April bereits vorgesehen hatten bzw. deren Grundlage gewesen waren. Das betraf vor allem die Forderungen, bestimmte Industriezweige, wie angekündigt, der Verantwortung deutscher Instanzen zu unterstellen, die SMA auf Kontrollfunktionen zu beschränken und die Verantwortung der Landesregierungen für die Erfüllung der Produktions- und Verteilungspläne nicht durch eigene, unplanmäßige Dispositionen einzuschränken. Selbmann unterstrich weiter, daß ein einheitliches System der Rohstoffbewirtschaftung in der SBZ zur Ausschaltung des Wirtschaftsseparatismus der Länder erforderlich sei. Die Zentralverwaltung sollte vielmehr den Ländern Lieferkontingente zuweisen, die diese wiederum auf die Betriebe zu verteilen hatten und die in der gesamten SBZ realisierbar sein sollten. Weitere Anregungen des Memorandums zielten darauf, für die Produktionsauflagen der Betriebe die erforderlichen Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, für alle Pläne einheitliche Nomenklaturen zu nutzen und sie rechtzeitig und nicht erst in der Mitte des Quartals auszuhändigen. Die Forderungen zur Verminderung der Reparationen und zur Aufhebung der Sonderstellung der SAGs thematisierte Selbmann nur im Zusammenhang mit Fragen der Planungsrealität und der Möglichkeit, mit solchen Instrumentarien die Wirtschaft zu steuern. Selbst die im Punkt 9 des Memorandums geforderte Annullierung der Reparationsaufträge, die im Verteilungsplan nicht bilanziert waren, erscheint ihm wichtig, weil ansonsten alle anderen Pläne wertlos würden. Insofern stellte Selbmann nicht „taktisch geschickt“ Fragen der Wirtschaftsplanung nach vorn und behandelte das Reparationsproblem weiter hinten³⁴, sondern es ging ihm um eine geordnete Wirtschaftsplanung, um ein einheitliches, berechenbares System. Daher wandte er sich gegen die willkürlichen, d. h. gegen die ungeplanten Entnahmen aus der Produktion und auch gegen die Sonderstellung der SAGs. Seine grundsätzlichen Forderungen waren bereits früher von anderen SED-Funktionären vertreten worden, allerdings nicht in dieser kompakten

33 Diese Darstellung einschließlich des Dokuments ist in den Erinnerungen enthalten, die Selbmann nach seinem Ausscheiden aus Staatsfunktionen 1964 im Auftrag der SED niederschrieb. Vgl. SAPMO-BA, SED EA 1098/1, Bl. 102–131. Rainer Karlsch hat kürzlich das Memorandum editiert, wobei er es einseitig mit Bezug auf die Reparationsproblematik bewertet. Vgl. Rainer Karlsch, Das „Selbmann-Memorandum“ vom Mai 1947. Fritz Selbmann und die Reparationslasten der sächsischen Industrie, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 35 (1993) 2, S. 88–125.

34 Vgl. R. Karlsch, ebd., S. 101.

Form³⁵. Damit hatte Selbmann zwangsläufig die Berechenbarkeit der Reparationen als wesentliche Voraussetzung für die Planung im Auge. Diese auch nur implizit zu thematisieren, erforderte zweifellos Mut. Doch das Memorandum dürfte mit ein Anstoß für die SMAD gewesen sein, die Vereinbarungen und Beschlüsse vom Februar bzw. April zu bestätigen.

Mit dem Befehl Nr. 138 des Obersten Chefs der SMAD vom 4. Juni 1947 wurde das Abkommen vom 10. Februar 1947 als Arbeitsgrundlage gebilligt. Damit waren die Zentralverwaltungen für Industrie, Brennstoffe und Energie, Handel und Versorgung sowie Land- und Forstwirtschaft für die Aufstellung und Realisierung der Produktions- und Verteilungspläne der gesamten Zone und die Landesregierungen im Rahmen der Länder verantwortlich. Die Zentralverwaltungen hatten die Produktions- und Verteilungspläne sowie Verfügungsentwürfe bzw. Fragen von grundsätzlicher wirtschaftlicher Bedeutung der SMAD vorzulegen. Die Ministerpräsidenten der Länder mußten eine regelmäßige Berichterstattung an die Zentralverwaltungen und deren Präsidenten sowie die systematische Kontrolle über die Planumsetzung in den Ländern gewährleisten. Zusätzlich zu der Vereinbarung zwischen den Zentralverwaltungen und den Ländern wurde von der SMAD der Vorschlag aufgegriffen, eine Wirtschaftsinstanz mit zonenweiten Kompetenzen zu bilden.

Nach der Schaffung des Wirtschaftsrats der Bizone Ende Mai 1947 sah die UdSSR nun offenbar keinen Grund mehr, sich bei der Bildung einer derartigen Zoneninstitution zurückzuhalten. Daher hieß es in dem Befehl: „Zur Erreichung der erforderlichen Übereinstimmung in der Arbeit der deutschen Verwaltungen für Industrie, Transportwesen, Brennstoffe und Energie, Landwirtschaft, Handel und Versorgung ist die Errichtung einer ständigen Wirtschaftskommission, bestehend aus den Präsidenten der oben angeführten Verwaltungen und einer dazugehörigen Wirtschaftsabteilung mit einem Personalbestand bis 100 Personen unter der Leitung eines Präsidenten – eines Mitglieds der Wirtschaftskommission –, zu gestatten.“³⁶

Zum Leiter der Abteilung für Wirtschaftsfragen, die faktisch die zentrale planökonomische Abteilung der SBZ darstellte, wurde Leuschner beru-

35 Vgl. u. a. Kritische Feststellungen und konstruktive Vorschläge zur Wirtschaftsplanung, 26. 9. 1946, in: SAPMO-BA, SED IV 2/602/108, Bl. 125–140.

36 Dokumente (Anm. 7), S. 467f.

fen³⁷. Die damit entstandene Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) bildete in ihrer ersten Form eine Art Koordinierungsorgan, das unter Vorsitz von Leuschner tagte, das aber damit formal keine besonderen Rechte erhielt. Dem Zentralisierungserfordernis, wie es sich aus der wirtschaftlichen Situation heraus als Bedarf an Koordinierung ergeben hatte, konnte mit dieser Kommission zunächst auch Genüge getan werden. Ob sie und ihr Status allerdings auch den Vorstellungen und Ansprüchen der Verfechter einer zentralistischen Planwirtschaft entsprach, muß bezweifelt werden.

VI. Fazit

Aus der sich verschlechternden realwirtschaftlichen Entwicklung sowie der Notwendigkeit handlungstechnischer Effektivierung der Wirtschaftsteuerung ergab sich die Notwendigkeit einer gewissen Zentralisierung der Lenkungscompeten-

37 Allerdings gibt es für die Behauptung von Bernd Niedbalski keinen Beleg, daß die Wirtschaftsabteilung des Zentralsekretariats der SED in die von Bruno Leuschner geleitete Abteilung innerhalb der DWK übernommen wurde. Vgl. B. Niedbalski (Anm. 1), S. 459.

zen. Ein solcher Prozeß entsprach den ideologischen Präferenzen und Denkmustern sowohl bei den führenden Vertretern der Besatzungsmacht als auch der SED. Insbesondere die SED-Spitze wurde zur Vorreiterin und Organisatorin dieser Entwicklung, wobei sie sich intern der Zustimmung der SMAD sicher war. Festzuhalten ist aber auch die Vielstimmigkeit, die sich innerhalb der SED bei diesen Fragen auftat. Natürlich versuchten auch die Zentralverwaltungen, ihre Kompetenzen zu erweitern. Dieser Prozeß konnte jedoch immer nur so weit fortschreiten, wie es der Sowjetunion angesichts ihrer deutschland- und westpolitischen Kalküle intern geraten erschien. Darüber hinaus benötigte man zumindest formal die Zustimmung der Länder, die wiederum erst erreicht werden konnte, als sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert hatte. Überraschend bleibt, daß selbst die SMAD und nicht nur die SMA der Länder zeitweise auf Länderinteressen Rücksicht nahm – wenn auch in einer für ihre Zwecke instrumentalisierten Form. Mit Blick auf die ökonomische Lage hatte der Mitte 1947 erreichte Stand der Zentralisierung sicher Berechtigung. Politisch barg er angesichts des inzwischen allgemein wahrgenommenen Kalten Krieges die Ansatzpunkte für eine Zonenregierung, die sich aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht zwangsläufig durchsetzen mußten.

Ulrich Mählert: „Die gesamte junge Generation für den Sozialismus begeistern“. Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/93, S. 3–13

Im Jahre sieben der DDR war die Umformung der FDJ von einer formal überparteilichen und demokratischen Einheitsjugendorganisation zu einer Massenorganisation der SED abgeschlossen. Die Arbeit der FDJ wies damals bereits alle Wesensmerkmale auf, die für sie in den folgenden nahezu vier Jahrzehnten bestimmend sein sollten. Kennzeichnend für die weitere Entwicklung der FDJ in der DDR war, daß in dem Maße, in dem die Verbandsarbeit den SED-Interessen untergeordnet wurde, die Jugendorganisation bei den Jugendlichen an Resonanz verlor. Darüber hinaus waren der Jugendverband und die SED seit Mitte der fünfziger Jahre wiederholt vor allem an den Hochschulen mit Jugendlichen konfrontiert, die in der FDJ politisch sozialisiert worden waren und die Verwirklichung der humanistischen Ideale des Sozialismus in der DDR einforderten.

Rainer Karlsch: „Ein Staat im Staate“. Der Uranbergbau der Wismut AG in Sachsen und Thüringen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/93, S. 14–22

Der Uranbergbau der Wismut AG war ein besonders schwerwiegender Sonderfall der industriellen Tätigkeit der sowjetischen Besatzungsmacht und genoß höchste strategische Priorität. Bis 1956 unterstand das Unternehmen direkt dem sowjetischen Verteidigungsministerium; auch später blieb der sowjetische Einfluß dominierend. Die Wismut AG wurde materiell und personell mit rigiden Methoden zu einem monopolartigen Unternehmen ausgebaut. In den „Wismut-Kreisen“ fand ein Sozialisierungsprozeß statt, wie es ihn in keiner anderen Region der SBZ/DDR gegeben hat. Die Direktion der Wismut AG betrieb in der Aufbauphase des Unternehmens gegenüber der Belegschaft eine Politik von Vergünstigung und Zwang. Vergleichsweise hohen materiellen Zuwendungen stand ein äußerst restriktives Betriebsregime gegenüber.

Die auf dem Reparationskonto gutgeschriebene Summe von höchstens 335 Mio. US-Dollar spiegelte die tatsächlichen Aufwendungen der SBZ/DDR für die Wismut AG im Zeitraum von 1946 bis 1953 nur sehr unvollkommen wider. Auch nach deren 1954 erfolgter Umwandlung in eine sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft lastete der Uranbergbau schwer auf der Wirtschaft der DDR. Ob für die Zeit von 1954 bis 1990 von reparationsähnlichen Leistungen, ungleichem Handel oder von systembedingten Verlusten gesprochen werden soll, bedarf der weiteren Erörterung. Die gesundheitlichen Folgen für die Bergleute, das Ausmaß der atomar verseuchten Gebiete sowie die Kosten der Sanierung der von der Sowjetunion hinterlassenen Altlasten gehen in die Milliarden.

Burghard Ciesla: Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/93, S. 23–31

Eine der Folgelasten des Zweiten Weltkrieges für Deutschland war die Verschickung von deutschen Naturwissenschaftlern und Technikern in die alliierten Siegerländer. Aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden zwischen 1945 und 1947 wahrscheinlich die meisten Fachleute mit ihren Familien in die UdSSR gebracht. Bis heute sind die Ereignisse und Hintergründe dieses Transfers und seine Auswirkungen nur rudimentär bekannt. Erst seit 1992 liegt eine systematische Untersuchung über die Migration und den Einsatz der deutschen Fachleute in der UdSSR nach 1945 vor.

Viele Daten, Fakten und Schauplätze, die mit diesem Thema im Zusammenhang stehen, sind noch nicht geklärt. Auf der Basis der vom Ministerium des Inneren (MdI) der DDR bei der Rückkehr der deutschen Fachleute angelegten „Spezialistenkartei“ wird versucht, einige der bestehenden Unklarheiten in der Datenbasis zu klären. Des Weiteren werden Strukturwirkungen des Spezialistentransfers auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche bzw. Industriebranchen für die SBZ und DDR dargestellt. Die Verschickung der „Spezialisten“ in die UdSSR, ihre dortige Tätigkeit, die sowjetische Forschungskontrolle in der SBZ/DDR und die Rückkehr der „Spezialisten“ nach Ostdeutschland wird beschrieben. Hinzu kommen Aussagen über die Qualifikationsstruktur der deutschen Spezialisten in der UdSSR.

André Steiner: Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschafts- lenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/93, S. 32–39

Ende 1946 mußte man in der SBZ erkennen, daß es im Grunde nur gelang, die Wirtschaft operativ zu steuern, da die planerischen Anstrengungen verschiedener Instanzen gegeneinander liefen. Um dem Anspruch an die Planung Genüge zu tun, ergab sich aus der verschlechterten realwirtschaftlichen Entwicklung sowie der Notwendigkeit der Effizienz der Wirtschaftssteuerung der Zwang zur Zentralisierung der Lenkungs Kompetenzen. Natürlich versuchten auch die Zentralverwaltungen aus ureigensten Interessen, die Erweiterung ihrer Kompetenzen voranzutreiben. Real konnte dieser Prozeß immer nur so weit fortschreiten, wie es einerseits der Sowjetunion mit Rücksicht auf die Westalliierten angeraten erschien. Andererseits benötigte man zumindest formal die Zustimmung der Länder, die wiederum erst zu erreichen war, nachdem sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert hatte.